ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute

Article

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2004

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (2004) : Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2004, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 57, Iss. 08, pp. 3-46

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/164048

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2004

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Hamburg:

DIW Berlin, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA)
ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München
Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Berlin am 23. April 2004

1. Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Die Weltwirtschaft befindet sich im Aufschwung. Seit Mitte 2003 expandiert die Produktion in vielen Ländern ausgesprochen kräftig, und die Kapazitätsauslastung steigt. Der Aufschwung hat mit Nordamerika und Ostasien zwei Zentren. Wie gefestigt er mittlerweile ist, zeigt sich in der deutlichen Ausweitung der Investitionen und auch darin, dass weder die jüngsten Terroranschläge noch die erneute Zuspitzung der Lage im Irak den Optimismus an den Aktienmärkten nachhaltig gedämpft haben.

Die Investitionsdynamik wurde von der Geldpolitik begünstigt: Die US-Notenbank und die Bank von Japan, aber auch die Europäische Zentralbank sind seit geraumer Zeit auf expansivem Kurs. Die Fremdkapitalkosten sind, auch in realer Rechnung, weltweit niedrig. Zudem haben viele Unternehmen in den vergangenen Jahren erfolgreich konsolidiert. Bei alledem haben sich die Absatzperspektiven aufgehellt, nicht zuletzt in dem von der Rezession des Jahres 2001 stark betroffenen Informations- und Kommunikationssektor, wo Produktinnovationen die Nachfrage belebt haben.

In den USA haben im vergangenen Jahr eine nochmalige Senkung der Einkommensteuer, eine massive Expansion der staatlichen Ausgaben und historisch niedrige Leitzinsen zu einer kräftigen Nachfragesteigerung von Unternehmen und privaten Haushalten geführt. Die Konjunktur in Ostasien erhält starke Impulse von dem Importsog aus China, der zu einem Gutteil auf den dortigen Investitionsboom zurückzuführen ist. In Japan, wo die Binnennachfrage in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre nahezu stagniert hatte, sind neben der Auslandsnachfrage die privaten Investitionen zu einer Stütze des Aufschwungs geworden. Hierzu haben Fortschritte bei der Konsolidierung des Finanzsektors beigetragen; auch die fortgesetzte Politik rascher Geldmengenexpansion trägt erste Früchte.

Nachzügler der Weltkonjunktur ist weiterhin der Euroraum. Hier hat sich die Produktion in der zweiten Jahreshälfte 2003 nur zögerlich aus der Stagnation gelöst. Vor allem die dämpfenden Effekte der Euroaufwertung belasten immer noch die konjunkturelle Erholung. Dagegen fügen sich Großbritannien und die Länder, die im Mai der Europäischen Union beitreten werden, in das Bild eines weltweiten Aufschwungs ein.

Starker Anstieg der Rohstoffpreise

Im Zuge des globalen Aufschwungs haben sich die Preise für Rohstoffe ohne Energie drastisch erhöht. In US-Dollar sind sie seit Februar 2003 um 30% gestiegen. In Phasen kräftiger weltwirtschaftlicher Expansion ist ein solcher Anstieg nicht unüblich; angesichts der Tatsache, dass die Industrieproduktion in der OECD erst zu steigen begonnen hat, fällt er jedoch bemerkenswert deutlich aus (Abb. 1.1 a). Eine wesentliche Ursache hierfür ist die starke Nachfrageausweitung in China. In jüngster Zeit kamen spekulativ motivierte

Tab. 1.1
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %			Verbraucherpreise[1] Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %			Arbeitslosenquote[2] in %		
		2003	2004	2005	2003	2004	2005	2003	2004	2005
Deutschland	22,0	-0,1	1,5	1,5	1,0	1,3	1,2	9,3	9,4	9,2
Frankreich	15,8	0,2	1,5	2,0	2,2	1,8	1,6	9,4	9,5	9,3
Italien	13,1	0,3	1,2	1,7	2,8	2,0	2,2	8,6	8,4	8,2
Spanien	7,2	2,4	2,8	3,2	3,1	2,5	2,8	11,3	11,1	10,9
Niederlande	4,6	-0,7	0,7	1,7	2,2	1,2	1,3	3,8	4,4	4,4
Belgien	2,7	1,1	1,9	2,6	1,5	1,4	1,5	8,1	8,3	8,1
Österreich	2,3	0,7	1,8	2,6	1,3	1,4	1,6	4,4	4,5	4,4
Finnland	1,5	1,9	2,4	3,2	1,3	1,2	1,5	9,0	8,9	8,6
Griechenland	1,5	4,7	4,5	3,5	3,4	4,0	3,7	9,2	8,8	8,6
Portugal	1,3	-1,3	0,6	1,6	3,3	2,0	2,3	6,4	7,0	7,0
Irland	1,3	1,4	3,3	4,0	4,0	2,5	2,7	4,6	4,5	4,4
Luxemburg	0,2	1,8	2,0	3,0	2,5	2,3	2,5	3,7	3,9	3,7
Euroraum[3]	**73,6**	**0,4**	**1,6**	**2,0**	**2,1**	**1,7**	**1,8**	**8,8**	**8,8**	**8,6**
Großbritannien	17,3	2,3	3,2	2,8	1,4	1,7	1,9	5,0	4,9	4,8
Schweden	2,7	1,6	2,4	2,6	2,3	0,8	1,8	5,6	5,9	5,7
Dänemark	1,9	0,0	1,6	2,2	2,0	1,6	1,7	5,6	5,9	5,6
EU 15[3]	**95,5**	**0,8**	**1,9**	**2,2**	**1,9**	**1,7**	**1,8**	**8,0**	**8,0**	**7,9**
Polen	2,1	3,7	4,3	4,3	0,8	2,5	2,5	19,2	18,8	18,5
Tschechien	0,8	2,9	3,0	3,5	0,1	3,0	2,4	7,8	8,3	8,0
Ungarn	0,7	2,9	3,2	3,5	4,7	7,0	5,0	5,8	5,9	5,9
Slowakei	0,3	4,2	4,4	4,5	8,6	8,0	5,0	17,1	16,6	16,2
Slowenien	0,2	2,3	3,0	3,5	5,6	4,5	3,8	6,5	6,4	6,2
Litauen	0,2	8,9	9,0	7,5	-1,2	1,0	2,0	12,7	11,4	11,0
Zypern	0,1	2,0	3,5	3,8	4,1	2,0	2,5	4,5	5,0	4,5
Lettland	0,1	7,5	6,7	6,0	2,9	3,6	3,2	10,5	10,4	10,1
Estland	0,1	4,7	5,5	5,0	1,3	2,0	3,0	10,1	9,3	9,1
Malta	0,0	0,8	1,8	2,0	1,3	2,5	2,0	8,2	8,8	8,5
EU-Beitrittsländer	**4,5**	**3,6**	**4,0**	**4,1**	**2,1**	**3,7**	**3,1**	**14,3**	**14,1**	**13,8**
EU 25[3]	**100,0**	**0,9**	**2,0**	**2,3**	**1,9**	**1,8**	**1,8**	**9,0**	**9,0**	**8,8**
Nachrichtlich: Exportgewichtet[4]		1,2	2,2	2,6	2,1	2,0	2,0			

1 EU 15: Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – **2** Standardisiert. – **3** Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2002 in US-Dollar; Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2002. – **4** Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2002.

Quelle: OECD; ILO; IMF; Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2004 und 2005: Prognose der Institute.

Käufe hinzu. Die Institute erwarten, dass die Preise für Industrierohstoffe im Prognosezeitraum weiter steigen, wenn auch deutlich langsamer, weil das Angebot der Nachfrage allmählich folgt und die Weltwirtschaft etwas schwächer expandieren wird.

Auch der Preis für Rohöl ist seit dem Sommer 2003 wieder deutlich gestiegen. Er liegt mittlerweile mit rund 32 US-Dollar pro Barrel (Brent) wieder annähernd auf dem Niveau, das er unmittelbar vor dem Irak-Krieg hatte. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass die Ölnachfrage vor allem in China und in den USA kräftig zunahm. Obwohl der Preis deutlich über dem offiziellen Zielband der OPEC von 22 bis 28 US-Dollar liegt, wurde Ende März eine seit längerem angekündigte Förderkürzung beschlossen. Die Ölförderländer sind offenbar bestrebt, ihre Realeinkommen zu stabilisieren, indem sie den durch die Dollarabwertung verursachten Verlust an internationaler Kaufkraft durch höhere Preise in US-Dollar auszugleichen suchen. Die Zielzone der OPEC ist damit faktisch außer Kraft gesetzt. Der Ölpreis wird im Frühjahr trotz der zu erwartenden saisonbedingt schwächeren Nachfrage kaum zurückgehen. Auch danach wird er ungeachtet der sich verlangsamenden Weltkonjunktur nur wenig nachgeben, zumal die politischen Risiken in vielen Förderländern fortbestehen. Der Prognose ist ein Ölpreis von 30 US-Dollar pro Barrel ab Mitte dieses Jahres zugrunde gelegt.

Der starke Rohstoffpreisanstieg dämpft einerseits die Konjunktur in den Industrieländern. Für den Euroraum wurde er allerdings zunächst durch die Aufwertung der Währung stark gemildert, doch zuletzt zogen die Rohstoffnotierungen auch in Euro gerechnet deutlich an (Abb. 1.1 b). Andererseits stimulieren höhere Preise die Expansion in einer Reihe von rohstoffproduzierenden Ländern. In Russland nahm die ge-

Tab. 1.2
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %			Verbraucherpreise Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %			Arbeitslosenquote in %		
		2003	2004	2005	2003	2004	2005	2003	2004	2005
Industrieländer										
EU 25	31,1	0,9	2,0	2,3	1,9	1,8	1,8	9,0	9,0	8,8
Schweiz	0,9	-0,6	1,0	1,6	0,6	0,5	0,8	4,1	4,0	3,8
Norwegen	0,7	0,3	2,0	2,2	2,0	0,0	1,8	4,5	4,4	4,0
West- und Mitteleuropa	32,7	0,9	2,0	2,3	1,9	1,7	1,8	8,9	8,9	8,7
USA	35,7	3,1	4,7	3,3	2,3	2,2	2,8	6,0	5,5	5,4
Japan	13,7	2,7	3,2	2,1	-0,2	-0,2	0,0	5,3	5,0	4,8
Kanada	2,5	1,7	3,0	3,2	2,8	1,4	2,3	7,6	7,5	7,2
Industrieländer, insg.	**84,6**	**2,1**	**3,4**	**2,7**	**1,8**	**1,6**	**2,0**	**7,4**	**7,1**	**7,0**
Schwellenländer										
Russland	1,2	7,3	6,0	5,0	13,6	11,0	9,0	8,3	8,0	7,5
Ostasien[1]	4,5	3,6	5,1	4,6	.	.	.	.	.	.
China	4,8	9,1	8,5	7,5	.	.	.	.	.	.
Lateinamerika[2]	4,9	0,8	3,5	3,5	.	.	.	.	.	.
Schwellenländer, insg.	**15,4**	**4,7**	**5,7**	**5,2**	**.**	**.**	**.**	**.**	**.**	**.**
Insgesamt[3]	**100,0**	**2,5**	**3,7**	**3,1**	**.**	**.**	**.**	**.**	**.**	**.**
Nachrichtlich:										
Exportgewichtet		1,6	2,8	2,7	.	.	.	.	.	.
Welthandel, real		5,0	9,5	8,0						

1 Gewichteter Durchschnitt aus Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2002 in US-Dollar. – **2** Gewichteter Durchschnitt aus Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2002 in US-Dollar. – **3** Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2002 in US-Dollar.

Quelle: OECD, ILO, IMF, Statistisches Bundesamt, Berechnungen der Institute; 2004 und 2005: Prognose der Institute.

samtwirtschaftliche Produktion beschleunigt zu; die Konjunktur in Lateinamerika belebte sich zuletzt ebenfalls.

Der Anstieg der Rohstoffpreise könnte zu einer Erhöhung der Inflationsraten in den Industrieländern führen. Es zeigt sich, dass zumindest die Produzentenpreise – mit leichter Verzögerung – auf eine Bewegung der Rohstoffpreise stark reagieren (Abb. 1.1 c).[1] Ein inflationärer Prozess wird dadurch allerdings nicht zwangsläufig ausgelöst. So stiegen die Verbraucherpreise im Gefolge von Rohstoffpreisschocks seit Anfang der achtziger Jahre jeweils nur vorübergehend schneller. Der von der Geldpolitik bestimmte Trend rückläufiger Inflation wurde dabei nicht gebrochen.

Geld- und Finanzpolitik vor der Wende

Der jüngste Anstieg der Rohstoffpreise trifft die Weltwirtschaft in einer Situation, in der ein hohes Maß an Liquidität vorhanden ist. Insbesondere in den USA stellt sich angesichts der kräftigen Expansion von Produktion und Nachfrage nun verstärkt die Frage, wie lange die Notenbankzinsen auf dem derzeitigen extrem niedrigen Niveau bleiben können, ohne dass sich Inflationserwartungen bilden. Sobald die Einschätzung überwiegt, dass der Aufschwung in den USA nicht mehr auf wirtschaftspolitische Impulse angewiesen ist, dürfte die amerikanische Notenbank beginnen, die Leitzinsen anzuheben. Die Institute erwarten, dass dies im Sommer der Fall sein wird, wenn sich die Erholung am Arbeitsmarkt gefestigt hat. Allerdings wirkt die Geldpolitik auch bei einem Zinssatz von 2,5%, wie er von den Instituten am Ende des Prognosezeitraums erwartet wird, noch expansiv. Die EZB wird angesichts der nur schwach ausgeprägten konjunkturellen Erholung im Euroraum in nächster Zeit keinen Anlass für eine Zinserhöhung sehen. Die Bank von Japan dürfte ebenfalls ihren expansiven Kurs auf absehbare Zeit beibehalten, da die Verbraucherpreise im kommenden Jahr nicht spürbar steigen werden.

Die langfristigen Zinsen sind ebenfalls seit geraumer Zeit sehr niedrig. Trotz der günstigen konjunkturellen Entwicklung in den USA sind sie auch dort bisher wenig gestiegen. Ein wesentlicher Grund dafür ist neben der Erwartung einer weiterhin expansiven Geldpolitik der umfangreiche Kapitalzufluss aus Ostasien. Dieser ist zum Teil auf die Rolle des US-Dollar als wichtigste Weltreservewährung zurückzuführen. Schon deshalb führt die monetäre Expansion in den schnell wachsenden Schwellenländern zu einer Ausweitung der Dollarbestände der betreffenden Zentralbanken. Hinzu kam, dass in Lateinamerika das gegenwärtig reichliche Dol-

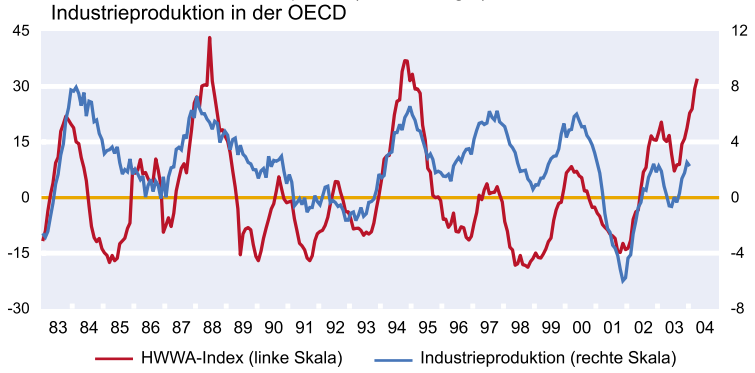
[1] Die Wirkung der in der Abbildung dargestellten Rohstoffpreisentwicklung in US-Dollar auf die Inflation außerhalb der USA – und damit im OECD-Raum insgesamt – ist in Phasen einer Aufwertung des US-Dollar wechselkursbedingt verstärkt, in Abwertungsphasen hingegen gedämpft.

Abb. 1.1

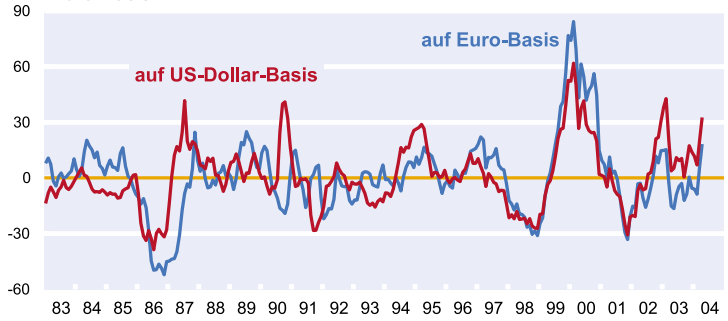
Rohstoffpreise, Konjunktur sowie Produzenten- und Konsumentenpreise

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

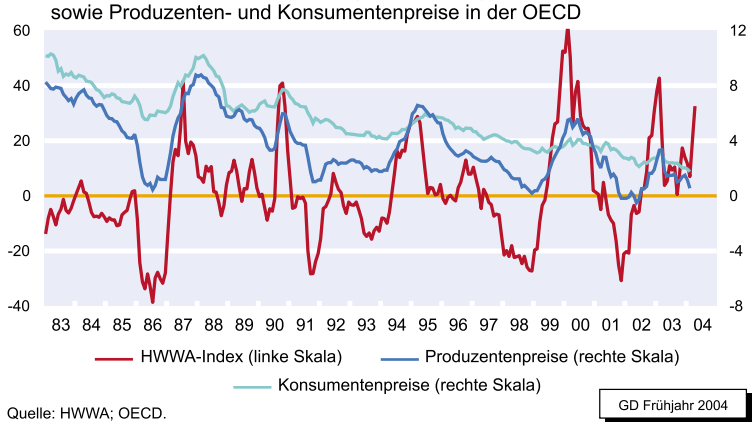
1.1a HWWA-Index der Rohstoffpreise (ohne Energie) auf US-Dollar-Basis und Industrieproduktion in der OECD



1.1b HWWA-Index der Rohstoffpreise (Gesamtindex) auf US-Dollar- und Euro-Basis



1.1c HWWA-Index der Rohstoffpreise (Gesamtindex) auf US-Dollar-Basis sowie Produzenten- und Konsumentenpreise in der OECD



Quelle: HWWA; OECD.

GD Frühjahr 2004

larangebot dazu genutzt wurde, die in den vergangenen Jahren stark geschrumpften Währungsreserven aufzustocken, um die Anfälligkeit für Währungskrisen zu verringern. Quantitativ bedeutsamer waren aber Devisenmarktinterventionen der ostasiatischen Währungsbehörden in dem Bemühen, eine Aufwertung ihrer Währungen zu verhindern oder zu bremsen, um die starke Wettbewerbsposition der eigenen Exportindustrien zu verteidigen. Auch in Russland wurde starkem Aufwertungsdruck mit Dollarkäufen der Zentralbank begegnet.

Fraglich ist, wie lange die Interventionen fortgesetzt werden, die US-Wirtschaft also noch von solch günstigen Finanzierungsbedingungen profitieren kann. Ein abrupter Politikwechsel scheint unwahrscheinlich, da die ostasiatischen Zentralbanken daran interessiert bleiben, die internationale Wettbewerbsposition der heimischen Produzenten nicht zu schwächen. Auch deshalb stehen die Chancen gut, dass die umfangreichen Kapitalzuflüsse in die USA im Prognosezeitraum bei nur leicht steigenden Zinsen anhalten. Zudem sind die USA wegen der guten mittelfristigen Wachstumsaussichten als Anlageland attraktiv. Die Institute unterstellen deshalb einen stabilen Wechselkurs des US-Dollar gegenüber den ostasiatischen Währungen. Für den Euro ist ein Wechselkurs von 1,25 im Schnitt dieses und des nächsten Jahres angenommen. Unter diesen Umständen dürfte sich das hohe US-Leistungsbilanzdefizit nicht verringern. Damit bleibt ein Risikopotential für die weltwirtschaftliche Stabilität erhalten, da eine spannungsfreie Finanzierung des Defizits ein stabiles Vertrauen von Anlegern in die wirtschaftliche Entwicklung der USA voraussetzt.

Die Finanzpolitik in den Industrieländern war in den vergangenen Jahren insgesamt deutlich expansiv ausgerichtet, vor allem in den USA und in Großbritannien. Auch im laufenden Jahr werden hier nochmals spürbare fiskalische Impulse wirksam. Doch sind die Haushaltsdefizite in diesen Ländern inzwischen so hoch, dass der Konsolidierungsbedarf erheblich geworden ist. Im Euroraum und in Japan sind die finanzpolitischen Spielräume aufgrund der hohen strukturellen Defizite schon seit geraumer Zeit sehr begrenzt. Im kommenden Jahr wird die Finanzpolitik insgesamt leicht restriktiv wirken. Dabei wird das strukturelle Defizit vor allem in den USA zurückgeführt. Insgesamt bleibt der weltweite staatliche Kreditbedarf groß. Hiervon könnte bei steigender weltwirtschaftlicher Kapazitätsauslastung ein zusätzlicher zinssteigernder Effekt ausgehen.

Weltwirtschaftlicher Aufschwung setzt sich verlangsamt fort

Nach kräftiger Expansion in der ersten Hälfte dieses Jahres wird sich der Aufschwung in den Wachstumszentren etwas abschwächen. In den USA wird die gesamtwirtschaftliche Produktion wegen des Wegfalls der fiskalischen Impulse im späteren Verlauf dieses Jahres nicht mehr so stark ausge-

weitet. Die Konjunktur ist aber so gefestigt, dass im Jahre 2005 die Gesamtwirtschaft noch im Tempo des Produktionspotentials expandiert. Auch im ostasiatischen Raum wird sich der Produktionsanstieg etwas verlangsamen. Im Zuge der stürmischen Expansion der chinesischen Wirtschaft haben sich im vergangenen Jahr Engpässe im Transport- und im Energiesektor sowie in den Grundstoffindustrien gebildet. Um einer weiteren Überhitzung der Wirtschaft vorzubeugen, versucht die Wirtschaftspolitik, die Nachfrage zu dämpfen, indem sie die Kreditausweitung begrenzt. Im Euroraum wird die Konjunktur angesichts der weiterhin zügigen weltwirtschaftlichen Expansion an Fahrt gewinnen, zumal die dämpfenden Wirkungen der Währungsaufwertung allmählich auslaufen. Ein kräftiger Aufschwung entwickelt sich jedoch nicht. Ein Grund hierfür sind gedrückte Einkommens- und Beschäftigungsperspektiven, zumal die Umgestaltung der sozialen Sicherungssysteme die privaten Haushalte kurzfristig belastet.

In den Industrieländern insgesamt dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in diesem Jahr mit 3,4% deutlich rascher zunehmen als 2003. Im nächsten Jahr wird der Zuwachs mit 2,7% etwas geringer sein. Der Produktionsanstieg in den Schwellenländern wird abermals deutlich über dem in den Industrieländern liegen. Der reale Welthandel dürfte im Jahre 2005 um 8% ausgeweitet werden, nach 9,5% in diesem Jahr.

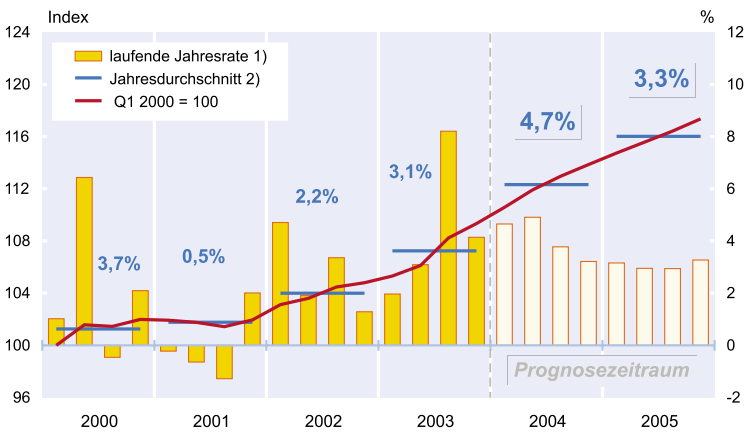
Selbsttragender Aufschwung in den USA

In den USA hat sich der Aufschwung im zweiten Halbjahr 2003 spürbar verstärkt. Zu einem erheblichen Teil war dies das Resultat einer sehr expansiven Wirtschaftspolitik. Die Geldpolitik wirkte weiter stark anregend auf die Konjunktur. Die Federal Funds Target Rate liegt seit Juni 2003 bei 1%, und die Geldmarktzinsen blieben in den vergangenen sechs Monaten nahezu unverändert; in realer Rechnung sind sie seit rund zweieinhalb Jahren negativ. Die Kapitalmarktzinsen waren ebenfalls niedrig. Erst in den letzten Wochen sind sie nennenswert gestiegen; der Realzins liegt aber immer noch deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt. Die monetären Rahmenbedingungen haben sich durch die kräftige Abwertung des US-Dollar verbessert. Sehr wichtig für das Anziehen der Nachfrage war auch die ausgesprochen expansive Finanzpolitik. Die Ausgaben des Staates stiegen nicht zuletzt wegen erhöhter Sicherheitsvorkehrungen und der Kosten des Irak-Konflikts kräftig. Vor allem aber wurden die verfügbaren Einkommen durch vorgezogene Steuersenkungen erheblich gestärkt. In der Folge expandierte der private Konsum besonders im Spätsommer deutlich. Aber auch die Investitionen profitierten von den fiskalischen Maßnahmen der Regierung, sowohl direkt, durch günstigere Abschreibungsmöglichkeiten, als auch indirekt, durch die gestiegene Nachfrage der privaten Haushalte. Vor allem die Ausrüstungsinvestitionen entwickelten sich mit zweistelligen Zuwachsraten sehr dynamisch. Die Exporte nahmen infolge der Dollarabwertung und der kräftigen Auslandsnachfrage in der zweiten Jahreshälfte rascher zu als die Importe. Die Preisentwicklung blieb trotz fühlbar gestiegener Importpreise moderat; allerdings hat sich in jüngster Zeit der Preisauftrieb verstärkt. Die Teuerungsrate für die private Lebenshaltung war gleichwohl mit 1,7% bis zuletzt niedrig.

Von der Finanzpolitik gehen im laufenden Fiskaljahr (bis 30. September 2004) vor allem durch die Steuerrückzahlungen im Frühjahr, aber auch durch die Verteidigungsausgaben nochmals kräftige Impulse aus. Das Budgetdefizit des Bundes wird erneut steigen; es dürfte etwa 520 Mrd. US-Dollar bzw. 4,5% des Bruttoinlandsprodukts betragen, nach 3,5% im Fiskaljahr 2003. Im kommenden Jahr dürfte sich der Ausgabenanstieg abschwächen; außerdem werden die Einnahmen beschleunigt zunehmen, da keine weiteren Steuersenkungen vorgesehen sind und einige sogar zurückgenommen werden. Die Finanzpolitik schwenkt damit im Jahre 2005 auf einen leicht restriktiven Kurs ein. Allerdings wird die Rückführung des strukturellen Defizits wohl erheblich schwächer ausfallen als nach den Plänen der Regierung. Das Budgetdefizit dürfte auf rund 3,8% des Bruttoinlandsprodukts zurückgehen.

Angesichts des fiskalpolitischen Kurswechsels kommt dem Arbeitsmarkt nach der Mitte dieses Jahres besondere Bedeutung für die Entwicklung des privaten Konsums – und

Abb. 1.2
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
Saisonbereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: BEA; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2004: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2004

damit für den Fortgang des Aufschwungs – zu. Gemessen an üblichen konjunkturellen Mustern hat die Beschäftigung bis Jahresanfang ungewöhnlich schwach zugenommen, verbunden mit einem außerordentlich hohen Produktivitätsanstieg. Zuletzt deutete sich allerdings eine Wende am Arbeitsmarkt an. Die Institute erwarten, dass die Beschäftigung weiter merklich steigen wird, auch weil Produktivitätsreserven in den Unternehmen zunehmend ausgeschöpft sein dürften.

Angesichts eines sich mehr und mehr selbsttragenden Aufschwungs wird die amerikanische Zentralbank wohl im Sommer damit beginnen, die geldpolitischen Zügel zu straffen, um einem Aufkeimen von Inflationserwartungen vorzubeugen. Bis Ende des Jahres 2005 dürfte die Federal Funds Target Rate um insgesamt 1,5 Prozentpunkte auf dann 2,5% angehoben werden. Die Geldpolitik ist im gesamten Prognosezeitraum aber immer noch expansiv.

Die konjunkturelle Dynamik in den USA wird noch bis zur Mitte dieses Jahres hoch bleiben. Insbesondere nimmt der private Konsum in Folge der Steuersenkungen zunächst noch kräftig zu. Mit dem Wegfall der steuerlichen Impulse wird sich seine Expansion allerdings deutlich verlangsamen. Hinzu kommt, dass bei dem hier angenommenen Zinsanstieg dämpfende Wirkungen vom Immobilienmarkt ausgehen werden. Einer starken Abschwächung beim privaten Verbrauch wirkt jedoch die beschleunigte Zunahme der Beschäftigung entgegen. Die Ausrüstungsinvestitionen werden im Laufe des Prognosezeitraums angesichts der Konsumabschwächung und der leicht steigenden Zinsen etwas geringer expandieren. Überlagert wird diese Tendenz durch Effekte auslaufender Steuervergünstigungen, die einen Anreiz darstellen, für 2005 geplante Investitionen auf das laufende Jahr vorzuziehen. Gestützt vom gesunkenen Außenwert des US-Dollar und von einer weiter steigenden Auslandsnachfrage expandieren die Exporte in diesem Jahr deutlich rascher; im kommenden Jahr werden sie etwas geringer ausgeweitet. Die Importe werden im Prognosezeitraum zunächst noch von der Dollarabwertung und später von der schwächeren Zunahme des privaten Konsums gedämpft. Der Außenbeitrag wie auch das Leistungsbilanzdefizit bleiben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt nahezu unverändert.

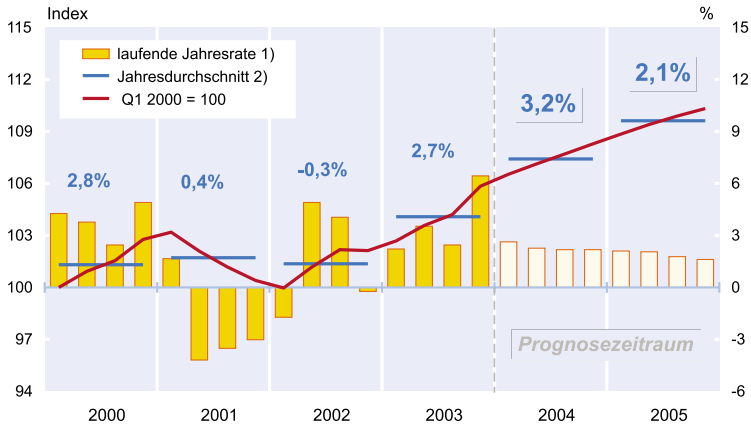
Alles in allem wird in den USA die gesamtwirtschaftliche Aktivität weiter deutlich zunehmen, auch wenn sich die Dynamik nach der Jahresmitte 2004 abschwächt. Nach 4,7% in diesem Jahr wird das Bruttoinlandsprodukt im kommenden Jahr um 3,3% steigen. Die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten werden im nächsten Jahr etwa normal ausgelastet sein.

Fortgesetzte Erholung in Japan

In Japan expandierte die gesamtwirtschaftliche Produktion 2003 mit 2,7% kräftig, wobei sich das Tempo zum Jahresende noch einmal beschleunigte. Möglicherweise ist der reale Zuwachs wegen einer Überschätzung des Preisrückgangs durch den Deflator allerdings etwas zu hoch ausgewiesen; das nominale Bruttoinlandsprodukt stieg lediglich geringfügig. Die konjunkturelle Erholung wird zum einen von einer starken Exportdynamik infolge der kräftigen wirtschaftlichen Entwicklung in den asiatischen Schwellenländern getragen. Zum anderen legten die privaten Investitionen beschleunigt zu. Zuletzt wurde angesichts einer verbesserten Situation auf dem Arbeitsmarkt auch der private Verbrauch deutlich stärker ausgeweitet.

Die japanische Zentralbank will an ihrem Kurs einer reichlichen Liquiditätsversorgung der Geschäftsbanken und an Geldmarktzinsen von null festhalten, bis die Deflation nachhaltig überwunden ist. Dies zeichnet sich derzeit noch nicht ab, auch wenn die Verbraucherpreise in den vergangenen Monaten kaum noch gesunken sind; hierfür waren nicht zuletzt Sonderfaktoren verantwortlich. Trotz Fortschritten bei der Bankensanierung ist die Transmission der geldpolitischen Impulse noch gestört; bei einem starken Anstieg der Zentralbankgeldmenge nehmen die weiter gefassten Geldmengenaggregate nach wie vor nur sehr mäßig zu. Die monetären Rahmenbedingungen haben sich wegen der real effektiven Aufwertung des Yen um etwa 8% von August 2003 bis März 2004 tendenziell verschlechtert. Zwar intervenierte die Bank von Japan in den letzten Monaten kräftig auf dem Devisenmarkt; dies hat jedoch nur eine noch stärkere Aufwertung des Yen gegenüber dem US-Dollar verhindert. Auch vor diesem Hintergrund ist ein geldpolitischer Kurswechsel im Prognosezeitraum nicht zu erwarten.

Abb. 1.3
Reales Bruttoinlandsprodukt in Japan
Saisonbereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

GD Frühjahr 2004

Quelle: Nationale Statistiken; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2004: Prognose der Institute.

Von der Finanzpolitik gehen seit längerem keine nennenswerten Impulse mehr aus. Im Prognosezeitraum dürfte sich daran wenig ändern. Angesichts eines Defizits von 7,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2003 und einer Staatsverschuldung, welche eine Größenordnung von mehr als 150% des Bruttoinlandsprodukts erreicht hat, ist die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte dringlich. Eine deutliche Senkung des strukturellen Defizits ist allerdings weder für dieses noch für das nächste Jahr zu erwarten.

Im Prognosezeitraum wird die japanische Wirtschaft weiter expandieren, wenn auch langsamer als zuletzt. Der Exportanstieg bleibt zunächst kräftig, verliert jedoch im Zeitverlauf an Dynamik. Dazu trägt einerseits die Aufwertung des Yen, andererseits die erwartete Nachfrageabschwächung in China bei. Auch die Dynamik der Investitionstätigkeit wird im kommenden Jahr nachlassen. Hingegen gewinnt der private Verbrauch bei einer weiter verbesserten Situation auf dem Arbeitsmarkt an Schwung. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2004 um 3,2% und im Jahre 2005 um 2,1% zulegen. Das Verbraucherpreisniveau dürfte sich kaum verändern.

Kräftiger Aufschwung in den Schwellenländern

Nur leichte konjunkturelle Abschwächung in Asien

In China befindet sich die Wirtschaft seit geraumer Zeit in einem ausgeprägten Boom. Im vergangenen Jahr verstärkte sich der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts auf reichlich 9%. Inzwischen zeigen sich Anzeichen einer Überhitzung. So beschleunigte sich der Preisanstieg, der in den Jahren zuvor sehr niedrig gewesen war, spürbar. Auch gibt es inzwischen erhebliche Engpässe bei der Energieversorgung. Die Regierung hat daher im vergangenen Sommer Maßnahmen ergriffen, um das Kreditwachstum zu verringern – zumal der Bankensektor mit notleidenden Krediten in erheblichem Umfang belastet ist. Bislang haben diese jedoch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage noch nicht gedämpft; die Zentralbank zog daher die Zügel Ende März nochmals an. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen dürften im Verlauf dieses Jahres zunehmend Wirkung entfalten und zu einer allmählichen Verlangsamung des Anstiegs von Produktion und Nachfrage führen. Für 2004 und 2005 ist mit einer Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts von rund 8,5 bzw. 7,5% zu rechnen.

Das stürmische Wachstum in China strahlte auf die übrigen Länder der Region aus; sie erhöhten ihre Exporte stark. Zudem wurde die Konjunktur in den Ländern, deren Wirtschaft zu Beginn des vergangenen Jahres zur Schwäche neigte, durch eine expansive Ausrichtung der Wirtschaftspolitik angeregt. Insbesondere in Südkorea gewann die Inlandsnachfrage spürbar an Fahrt, nachdem die Regierung expansive Maßnahmen ergriffen und die Notenbank ihre Zinsen erneut gesenkt hatte. Die Binnennachfrage dürfte im asiatischen Raum weiter in zügigem Tempo expandieren. Angesichts der langsameren Gangart in den wichtigen Exportmärkten China und USA wird sich der Produktionsanstieg in den ostasiatischen Schwellenländern im Jahre 2005 gleichwohl leicht abschwächen.

Russland weiter auf Wachstumskurs

In Russland nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion mit 7,3% auch im Jahre 2003 kräftig zu. Aufgrund der starken Nachfrage nach Rohstoffen stiegen die Exporte kräftig, und die Leistungsbilanz wies hohe Überschüsse auf. Das führte dazu, dass die Rohstoffproduzenten – aber auch Unternehmen in anderen Bereichen – ihre Investitionen deutlich ausweiteten. Die gestiegenen Rohstoffexporte und -preise bescherten darüber hinaus dem Staat erhebliche Einnahmezuwächse, die er nutzte, um seine Ausgaben kräftig zu erhöhen. Davon profitierten insbesondere die unteren Einkommensschichten, was den ohnehin kräftig expandierenden privaten Konsum zusätzlich stimulierte.

Die Festigung der Investitionsneigung und die positive Entwicklung an den Aktienmärkten werden durch den Umbau des Steuersystems begünstigt, mit dem die Bemessungsgrundlage verbreitert und die Steuern für bisher hoch belastete Unternehmen gesenkt werden. Ein weiterer Teil dieses Reformprozesses war die jüngst erfolgte Senkung der Mehrwertsteuer. Zudem ist für dieses Jahr eine Reduzierung der Sozialabgaben beabsichtigt.

Für den Prognosezeitraum ist mit einem leichten Rückgang des Produktionsanstiegs auf 6% im Jahre 2004 und 5% im Jahre 2005 zu rechnen. Die im internationalen Vergleich noch recht hohen Inflationsraten haben zusammen mit der leichten nominalen Aufwertung des Rubels gegenüber dem US-Dollar zu einer deutlichen real effektiven Aufwertung geführt, welche die Konkurrenzfähigkeit russischer Produkte beeinträchtigt und die Importe stimuliert. Dies wird zu einer Abnahme des zurzeit sehr hohen Außenbeitrags führen. Die Inflationsrate dürfte von 13,6% im vergangenen Jahr auf 9% im Jahre 2005 zurückgehen.

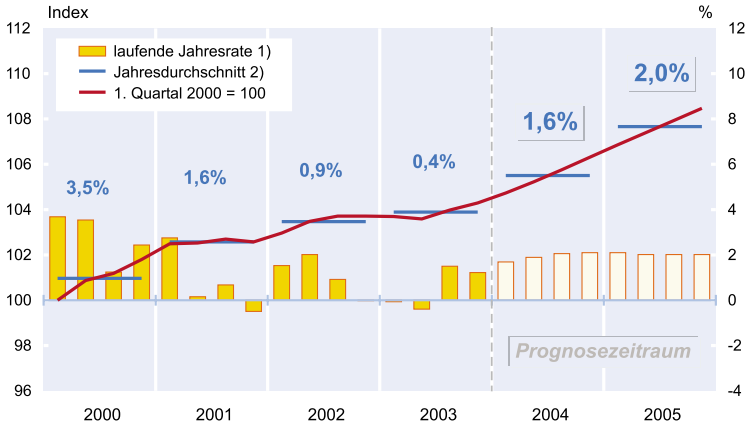
Deutlich verbesserte Wirtschaftslage in Lateinamerika

Die Wirtschaft in Lateinamerika hat sich im zweiten Halbjahr 2003 deutlich belebt. Damit ging eine mehr als dreijährige Stagnationsphase zu Ende. Getragen wurde die Expansion vor allem von einer kräftig expandierenden Aus-

fuhr, wobei besonders die Lieferungen von Industrierohstoffen und Agrargütern nach China sprunghaft zunahmen. Da die Einfuhr nur langsam stieg und sich die Terms of Trade infolge der Hausse an den Rohstoffmärkten wesentlich verbesserten, wies die zusammengefasste Leistungsbilanz erstmals seit Jahrzehnten einen Überschuss aus. Die Wirtschaftspolitik ist in vielen Ländern von vertrauensbildenden Maßnahmen geprägt. Dies und ein verlangsamter Preisauftrieb sowie die Schwäche des US-Dollar erlaubten spürbare Zinssenkungen. In der Folge belebte sich auch die Inlandsnachfrage. Trotz ungelöster Schuldenproblematik erholte sich Argentinien weiter von der Depression. Zuletzt belebte sich sogar die Wirtschaft im krisengeschüttelten Venezuela, nicht zuletzt wegen des hohen Ölpreises.

Abb. 2.1

Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
Saisonbereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Eurostat; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2004: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2004

Im Jahre 2004 gewinnt die konjunkturelle Erholung in Lateinamerika weiter an Schwung und an Breite. Stimuliert vom weltweiten Wirtschaftsaufschwung nimmt die Ausfuhr erneut stark zu. Hiervon gehen verstärkt Anstöße auf die Inlandsnachfrage aus. Zudem werden die Zinsen wohl nochmals gesenkt, weil sich der Preisanstieg noch etwas verlangsamt und die Lage der Leistungsbilanzen nicht zuletzt dank weiterhin hoher Rohstoffpreise günstig bleibt. Dies und die zumeist konsolidierungsorientierte Finanzpolitik fördern den Zufluss von Kapital. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte um 3,5% steigen, nach 0,8% im Jahre 2003. Für 2005 ist ein Anstieg der Produktion in ähnlicher Größenordnung zu erwarten. Allerdings verschlechtern sich die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen infolge der nachlassenden Wirtschaftsdynamik im Ausland und der abklingenden Hausse der Rohstoffpreise. Ein besonderes Risiko ergibt sich aus der in einigen Ländern sehr hohen Verschuldung in US-Dollar. In dieser Situation wäre Lateinamerika von einem stärkeren als dem hier unterstellten weltweiten Zinsanstieg besonders betroffen. Denn die weitere konjunkturelle Erholung hängt nicht zuletzt davon ab, dass die Belastung der öffentlichen Haushalte durch den Schuldendienst tragbar bleibt.

2. Die wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union

Schwache Binnenkonjunktur im Euroraum

Die Konjunktur im Euroraum hat sich im zweiten Halbjahr 2003 aus einer längeren Stagnationsphase gelöst. Ausschlaggebend war die Trendwende bei den Exporten. Trotz des starken Euro profitierte der Außenhandel erheblich vom Aufschwung in Ostasien und in den USA sowie von der kräftigen Expansion in den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländern. Der Außenbeitrag nahm erstmals seit über einem Jahr wieder zu.

Die Binnennachfrage blieb hingegen schwach. Zwar stieg der öffentliche Verbrauch weiterhin kräftig, die privaten Konsumausgaben expandierten im Verlauf des vergangenen Jahres aber kaum noch. Es gibt derzeit keine Anzeichen dafür, dass die Konsumschwäche im Euroraum in naher Zukunft überwunden wird. Auch bei den Investitionen hat noch keine allgemeine Aufwärtsbewegung eingesetzt. Die seit längerem erstmals wieder positive Zuwachsrate der Bruttoanlageinvestitionen im vierten Quartal 2003 lässt sich vor allem auf die Entwicklung in der Bauwirtschaft zurückführen. Hingegen blieben die Ausrüstungsinvestitionen im Euroraum schwach.

Der Preisauftrieb hat sich angesichts der trägen gesamtwirtschaftlichen Expansion und sinkender Einfuhrpreise weiter verlangsamt; der HVPI lag zuletzt um 1,6% über dem Niveau vom Vorjahr.

Finanzpolitik im Euroraum neutral

Die Lage der öffentlichen Haushalte im Euroraum hat sich im vergangenen Jahr noch einmal verschlechtert. Die Haushaltsfehlbeträge sind in fast allen Ländern höher ausgefallen als in den – ohnehin mehrfach revidierten – nationalen Stabilitätsprogrammen vorgesehen. Die Verschlechterung der Budgetsituation war konjunkturbedingt. Das aggregierte Defizit war mit 2,7% im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt um fast einen halben Prozentpunkt höher als im Vorjahr. In Deutschland und Frankreich lag das Budgetdefizit erheblich über der im Stabilitätspakt vorgesehenen Obergrenze von 3%.

Tab. 2.1
Indikatoren zur Situation der öffentlichen Haushalte in den EWU-Ländern

	Bruttoschulden[1]					Finanzierungssaldo[1]				
	2001	2002	2003	2004	2005	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland	59,4	60,8	64,2	65,9	67,3	-2,8	-3,5	-3,9	-3,7	-3,5
Frankreich	56,8	58,6	63,0	64,5	65,5	-1,5	-3,2	-4,1	-3,7	-3,2
Italien	110,6	108,0	106,2	105,3	104,0	-2,6	-2,3	-2,4	-3,2	-3,6
Spanien	57,5	54,6	50,8	48,5	46,5	-0,4	0,0	0,3	0,5	0,5
Niederlande	52,9	52,6	54,8	56,0	57,0	0,0	-1,9	-3,2	-3,0	-2,5
Belgien	108,1	105,8	100,5	97,0	94,0	0,5	0,1	0,2	-0,3	-0,1
Österreich	67,1	66,6	65,0	64,8	64,1	0,2	-0,2	-1,1	-0,9	-0,8
Finnland	43,9	42,6	45,3	44,0	42,0	5,2	4,3	2,3	1,9	2,4
Griechenland	106,9	104,7	104,0	101,0	97,0	-1,4	-1,4	-3,0	-3,1	-3,2
Portugal	55,5	58,1	59,5	60,0	60,0	-4,4	-2,7	-2,8	-2,9	-2,4
Irland	36,1	32,3	32,0	32,0	31,0	1,1	-0,2	0,2	-0,6	-0,8
Luxemburg	5,5	5,7	4,9	5,2	5,5	6,3	2,7	-0,1	-0,9	-0,9
Euroraum[2]	**69,4**	**69,2**	**70,4**	**70,8**	**70,8**	**-1,6**	**-2,3**	**-2,7**	**-2,7**	**-2,6**

1 In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts; gemäß Abgrenzung nach dem Vertrag von Maastricht. – **2** Summe der Länder; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2002 in Euro.

Quelle: Eurostat, Europäische Kommission; 2004 und 2005: Prognose der Institute.

In diesem Jahr wird auch Italien die Marke von 3% überschreiten. Dies war im vergangenen Jahr nur durch einmalige diskretionäre Maßnahmen verhindert worden. Insbesondere eine Steueramnestie, in deren Rahmen für die straffreie Rückführung von Schwarzgeldern aus dem Ausland eine einmalige Sondersteuer zu zahlen war, hatte für höhere Einnahmen gesorgt. Die Niederlande, Portugal und Griechenland laufen in diesem Jahr ebenfalls Gefahr, das Maastricht-Kriterium zu verletzen; in Deutschland und in Frankreich wird dies trotz einer Rückführung der Defizite nochmals der Fall sein.

Im Gefolge der konjunkturellen Erholung werden auch die Staatseinnahmen wieder stärker steigen. In vielen Ländern werden außerdem Reformen – insbesondere im Bereich der Arbeitslosen- und Rentenversicherungen – durchgeführt, die auf eine Reduzierung der Ausgabenexpansion der öffentlichen Haushalte hinauslaufen, so dass das Budgetdefizit zumeist etwas sinkt. Infolge der erheblichen Verschlechterung des Haushaltssaldos in Italien wird das Defizit für den Euroraum insgesamt in diesem Jahr mit 2,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt etwa so hoch ausfallen wie 2003. Im nächsten Jahr dürfte die Defizitquote leicht sinken; die Finanzpolitik bleibt annähernd neutral ausgerichtet.

Moderate Lohnentwicklung

Die Löhne stiegen im vergangenen Jahr im Durchschnitt des Euroraums mit einer Rate von 2,6% in wenig verändertem Tempo. Allerdings erhöhten sich die Lohnstückkosten im Jahresdurchschnitt mit 2,4% recht deutlich, weil die Produktivität stagnierte. Dabei gab es deutliche Unterschiede zwischen den Ländern. Ohne Deutschland, das lediglich einen Zuwachs von 0,6% auswies, betrug die Zunahme 3,2%. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Arbeitsentgelte je Arbeitnehmer in einigen Ländern – wie in Italien und Spanien – trotz der seit längerem schwachen Produktivitätsentwicklung kräftig gestiegen sind. Im Prognosezeitraum dürften sich die Lohnabschlüsse ähnlich entwickeln wie in der jüngsten Vergangenheit. Bei konjunkturbedingt stärkerem Produktivitätszuwachs wird sich der Anstieg der Lohnstückkosten verlangsamen. Damit dürfte von der Lohnentwicklung kein Preisdruck ausgehen.

Monetäre Rahmenbedingungen weniger günstig

Die EZB hat die Leitzinsen im Euroraum seit Mitte vergangenen Jahres unverändert gelassen. Der Satz für Dreimonatsgeld liegt seitdem bei wenig mehr als 2%. Bei einer gegenwärtigen Kerninflationsrate von 1,9% impliziert dies einen kurzfristigen Realzins nahe null.[2] Die Geldpolitik im Eu-

[2] Die Kerninflationsrate wird hier mit der Veränderungsrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindex ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak approximiert.

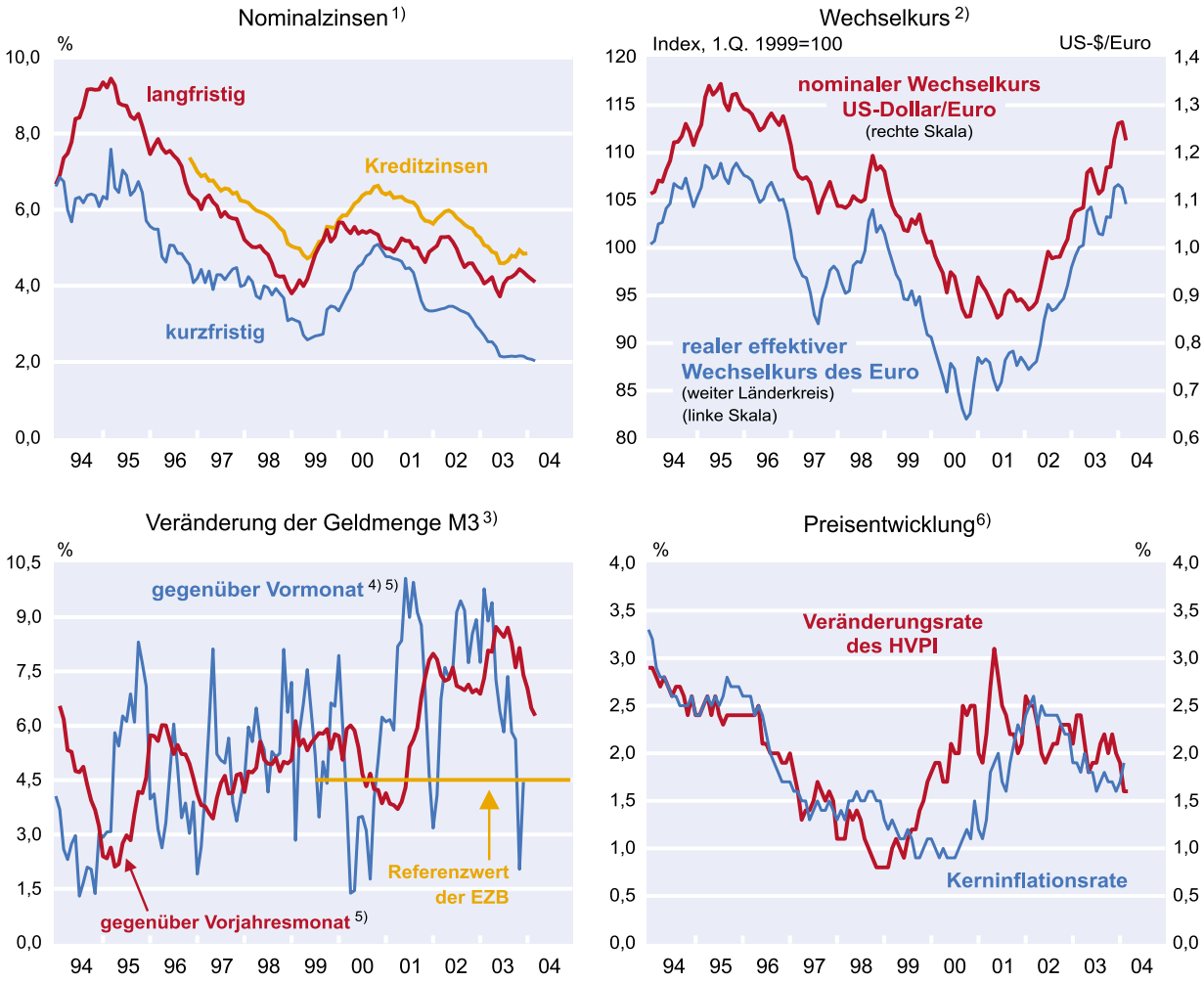
Tab. 2.2
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2002	2003	2004	2005
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Reales Bruttoinlandsprodukt	0,9	0,4	1,6	2,0
Privater Konsum	0,1	1,0	1,0	1,7
Öffentlicher Konsum	2,9	1,9	1,5	1,3
Bruttoanlageinvestitionen	-2,8	-1,2	2,3	3,5
Exporte[1]	1,5	0,0	4,3	4,3
Importe[1]	-0,1	1,5	4,0	4,2
Außenbeitrag[2]	0,6	-0,6	0,2	0,1
Verbraucherpreise[3]	2,3	2,1	1,7	1,8
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo[4]	-2,3	-2,7	-2,7	-2,6
Leistungsbilanzsaldo	0,9	0,4	0,5	0,3
In % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote[5]	8,4	8,8	8,8	8,6

1 Einschließlich Intrahandel. – **2** Wachstumsbeitrag. – **3** Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – **4** Gesamtstaatlich.. – **5** Standardisiert.

Quelle: Eurostat, Europäische Zentralbank; Berechnungen der Institute; 2004 und 2005: Prognose der Institute.

Abb. 2.2
Zur monetären Lage im Euroraum



1) Kurzfristig = 3-Monats-Euribor, langfristig = zehnjährige Staatsanleihen; Kreditzinsen = Unternehmenskredite mit einer Laufzeit von mehr als 1 Jahr.- 2) Vor 1999: ECU.- 3) M3 = Bargeldumlauf, täglich fällige Einlagen, Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu 2 Jahren, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten, Repogeschäfte, Geldmarktfondstanteile und -papiere, Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren; Index, Veränderungsraten in %.- 4) Saisonbereinigt auf Jahresrate hochgerechnet.- 5) Zentrierter gleitender Dreimonatsdurchschnitt.- 6) HVPI = Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Kerninflationsrate = Veränderungsrate des HVPI ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak.

Quelle: Europäische Zentralbank; Eurostat, Deutsche Bundesbank; Berechnungen der Institute.

GD Frühjahr 2004

roraum ist damit weiterhin als deutlich expansiv einzuschätzen. Auch die Rendite zehnjähriger Staatsanleihen, die um die Jahreswende vorübergehend angezogen hatte, liegt gegenwärtig mit 4% auf einem niedrigen Niveau. Die Kreditzinsen blieben weitgehend unverändert. Die Geschäftsbanken haben ihre Kreditvergabebedingungen zwar nochmals verschärft, die Erholung an den Aktienmärkten hat aber für sich genommen die Finanzierung erleichtert. Alles in allem haben sich im vergangenen halben Jahr die Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen kaum verändert.

Die Ausweitung der Kreditvergabe an den Unternehmenssektor war im Februar mit knapp 3% gegenüber dem Vorjahr weiterhin niedrig. Die Expansion der Buchkredite an den privaten Sektor insgesamt hat sich in den vergangenen Monaten etwas beschleunigt und beträgt im Vorjahresvergleich 5,5%. Die Expansion der Geldmenge M3 hat sich seit Mitte vergangenen Jahres deutlich abgeflacht (Abb. 2.2), was zum Teil auf eine verringerte Unsicherheit an den Finanzmärkten zurückzuführen sein dürfte.

Die Aufwertung des Euro, die vor etwa zwei Jahren begonnen hatte, setzte sich seitdem fast durchgängig fort. Im ersten Quartal 2004 lag der Euro real effektiv um 6,9% über dem Vorjahrsniveau, gegenüber dem US-Dollar hat er nominal

sogar um 16,5% aufgewertet. Von Oktober 2003 bis März 2004 gewann der Euro real effektiv um 1,3% und gegenüber dem US-Dollar um 5% an Wert. Insgesamt haben sich die monetären Rahmenbedingungen damit verschlechtert, sind aber im historischen Vergleich noch günstig.

Unter der Annahme eines gleich bleibenden Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar und vor dem Hintergrund einer sich zunächst noch leicht öffnenden Produktionslücke dürfte die Inflation im Prognosezeitraum bei einer Rate liegen, die nach Vorstellung der EZB mit Preisniveaustabilität vereinbar ist. Es ist damit zu rechnen, dass die EZB die Leitzinsen im Prognosezeitraum auf dem gegenwärtig niedrigen Niveau belässt. Die Kapitalmarktzinsen werden im Zuge der weltweiten konjunkturellen Erholung leicht anziehen.

Ausblick

Aktuelle Frühindikatoren wie der Indikator der EU-Kommission für die konjunkturelle Einschätzung deuten auf eine weiterhin sehr mäßige gesamtwirtschaftliche Expansion hin. Der hohe Ölpreis und der deutliche Anstieg anderer wichtiger Rohstoffpreise dürften zur Unsicherheit der Unternehmen und der Verbraucher über den weiteren Verlauf der Konjunktur beigetragen haben. Gleichzeitig hat sich aber die Aufwertung des Euro nicht fortgesetzt, und die Institute unterstellen, dass es auch nicht zu einem erneuten Aufwertungsschub kommt. Die Erholung der Konjunktur wird in den nächsten Monaten weiterhin von den Exporten getragen. Sie erhalten erhebliche Impulse vom weltweiten Aufschwung, die stärker zu Buche schlagen als die dämpfenden Effekte der Euro-Aufwertung. Dies dürfte auch die Ausrüstungsinvestitionen anregen; sie werden im Laufe dieses Jahres an Schwung gewinnen. Die Beschäftigung wird nur allmählich ausgedehnt, so dass die Arbeitslosenquote im Prognosezeitraum nur geringfügig sinkt und die Einkommensentwicklung gedrückt bleibt. Die privaten Verbrauchsausgaben werden daher auch in diesem Jahr das Sorgenkind der Konjunktur sein. Erst im kommenden Jahr dürfte sich der private Verbrauch etwas stärker beleben. Gleichzeitig werden die Exporte und die Investitionen im Zuge der Verlangsamung der Weltwirtschaft leicht an Schwung verlieren; stabilisierend wirkt hingegen das Abklingen der dämpfenden Effekte der Euro-Aufwertung.

Das Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr um 1,6% und im kommenden Jahr um 2% zunehmen. Die Inflationsraten werden mit 1,7 bzw. 1,8% mit dem Ziel der Europäischen Zentralbank vereinbar sein.

Zügige Expansion in Großbritannien

Getragen von einer kräftigen Expansion der Inlandsnachfrage nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion in Großbritannien in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres deutlich zu. Nicht nur wurden die öffentlichen Ausgaben, insbesondere für den Ausbau der Infrastruktur, zügig ausgeweitet, auch die private Nachfrage expandierte merklich beschleunigt. Die Schwäche bei den Unternehmensinvestitionen wurde zum Jahresende hin überwunden. Bei anhaltend positiven Vermögenseffekten – die Immobilienpreise stiegen weiter kräftig – und hohem Beschäftigungsstand verstärkte sich die Ausweitung des privaten Konsums. Um einer Überhitzung vorzubeugen, straffte die Bank von England im vergangenen November die geldpolitischen Zügel; sie erhöhte den Leitzins seither um einen halben Prozentpunkt auf 4%. Weitere Zinsanhebungen sind zwar zu erwarten. Sie werden aber angesichts der Stärke des britischen Pfundes moderat sein. Gleichwohl dürften die höheren Finanzierungskosten bewirken, dass sich der Preisanstieg bei Immobilien merklich abflacht.

Durch die höheren Zinsen nimmt die Schuldenlast der privaten Haushalte spürbar zu, da die in den vergangenen Jahren kräftig ausgeweiteten Immobilienkredite zu einem großen Teil mit variablen Zinsen ausgestattet sind. Unter diesen Umständen dürfte sich die Konsumdynamik nach und nach verringern. Hinzu kommt, dass die Regierung allmählich auf einen Konsolidierungskurs geht, nachdem sich das Budgetdefizit in den vergangenen Jahren kräftig erhöht hatte. Allerdings werden die öffentlichen Ausgaben weiter zügig steigen, und die gewerblichen Investitionen dürften sich beleben, so dass die Binnennachfrage weiter deutlich aufwärts gerichtet sein wird. Die Exporte werden durch die real effektive Aufwertung des Pfundes gedämpft und schwächer expandieren als die Importe. Insgesamt wird die gesamtwirtschaftliche Produktion in diesem und im nächsten Jahr abermals stärker zunehmen als im Euroraum. Die Arbeitslosenquote, die seit längerem schon mit rund 5% niedrig ist, geht noch ein wenig zurück. Der Preisanstieg (gemessen am HVPI) wird sich etwas verstärken, die Teuerungsrate wird aber unter 2%, dem Inflationsziel der Bank von England, bleiben.

Robuste Konjunktur in den Beitrittsländern

In den Beitrittsländern lag die Zuwachsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktion im vergangenen Jahr mit 3,6% erneut deutlich über der in der Europäischen Union. Im Jahresverlauf beschleunigte sich die Expansion sogar spürbar. Maßgeblich hierfür war die Erholung in Polen, der größten Volkswirtschaft unter den Beitrittsländern. Wichtigste Stütze der Konjunktur in der Ländergruppe war der private Konsum, der angesichts hoher Zuwächse bei den Reallöhnen kräftig zunahm. Bei gleichzeitig erheblichen Produktivitätsgewinnen legten die Investitionen in den meisten Ländern spürbar zu; in Polen stabilisierten sie sich nach

Tab. 2.3
Nominale Konvergenz in den Beitrittsländern

	Zypern	Tschech. Rep.	Estland	Ungarn	Lettland	Litauen	Malta	Polen	Slowakei	Slowenien	EU 12
Inflationsraten in %											
2000	4,1	3,9	4,0	9,8	2,7	1,0	2,4	10,1	12,0	8,9	2,1
2001	2,0	4,7	5,7	9,1	2,5	1,2	2,9	5,5	7,3	8,4	2,4
2002	2,8	1,8	3,6	5,5	1,9	0,3	2,2	1,9	3,3	7,5	2,3
2003	4,1	0,1	1,3	4,4	2,9	-1,2	1,3	0,8	8,6	5,6	2,1
Langfristige Zinsen[1] in %											
2000	7,5	6,5	8,8	9,1	.	7,8	5,4	13,8	4,7	10,9	5,2
2001	7,0	5,7	9,8	8,5	7,1	7,5	5,5	12,2	4,6	10,9	4,5
2002	5,1	4,1	7,9	7,8	5,2	5,3	5,4	7,8	3,4	8,7	4,4
2003	4,5	3,2	5,9	7,3	4,5	4,0	4,6	5,6	2,3	6,5	3,3
Schuldenstand in % des BIP											
2000	61,7	18,2	5,0	55,4	13,9	24,3	57,1	36,6	49,9	26,7	70,4
2001	64,4	25,2	4,7	53,5	16,2	23,4	61,8	36,7	48,7	26,9	69,4
2002	67,1	28,9	5,7	57,1	15,5	22,8	61,7	41,2	43,3	27,8	69,2
2003	72,2	37,6	5,8	59,0	15,6	21,9	72,0	45,4	42,8	27,1	70,4
Haushaltsdefizit in % des BIP											
2000	-2,4	-4,5	-0,3	-3,0	-2,7	-2,6	-6,5	-1,8	-12,3	-3,0	0,1
2001	-2,4	-6,4	0,3	-4,4	-1,6	-2,1	-6,4	-3,5	-6,0	-2,7	-1,6
2002	-4,6	-6,4	1,8	-9,3	-2,7	-1,4	-5,7	-3,6	-5,7	-1,9	-2,3
2003	-6,3	-12,9	2,6	-5,9	-1,8	-1,7	-9,7	-4,1	-3,6	-1,8	-2,7
Wechselkurs der heimischen Währung je Euro[2]											
2000	0,57	35,60	15,65	260	0,56	3,70	0,40	4,01	42,60	207	.
2001	0,58	34,07	15,65	257	0,56	3,58	0,40	3,67	43,30	218	.
2002	0,58	30,80	15,65	243	0,58	3,46	0,41	3,86	42,69	226	.
2003	0,58	31,85	15,65	254	0,64	3,45	0,43	4,40	41,49	234	.

1 5-jährige Staatspapiere; Estland: langfristige Kredite in estnischer Krone; Slowenien: treasury bill rate. – **2** Jahresdurchschnitt.
Quelle: Eurostat; International Financial Statistics.

zwei Jahren des Rückgangs. Sie wurden sowohl durch eine weniger restriktive Geldpolitik als auch durch öffentliche Investitionsprogramme, etwa zum Ausbau der Infrastruktur, begünstigt. Eine Ausnahme bildete im vergangenen Jahr die Slowakei, wo die Binnennachfrage sank: Die starke Anhebung der administrierten Preise und der Mehrwertsteuer zog einen erneuten Anstieg der Inflationsrate auf 8,6% nach sich und bewirkte einen Rückgang der realen verfügbaren Einkommen. Der Außenbeitrag ist in den Beitrittsländern nach wie vor überwiegend negativ, wenn auch weniger als zuvor. Die Exporte legten trotz der Konjunkturflaute in der Europäischen Union stärker zu als die Importe, wozu vor allem in Polen die Abwertung der Währung beitrug. In der Slowakei wurde das Leistungsbilanzdefizit, das im Jahre 2002 noch 8% des Bruttoinlandsprodukts betragen hatte, fast vollständig abgebaut. Ursächlich hierfür war eine kräftige Ausweitung der Exportproduktion in der Automobilindustrie.

Die Inflation ging 2003 in den meisten Ländern weiter zurück; in Litauen sank aufgrund der starken real effektiven Aufwertung des Litas das Preisniveau sogar. Zu Beginn dieses Jahres jedoch stiegen die Verbraucherpreise vielfach im Zusammenhang mit Anpassungen regulierter Preise und Anhebungen der Mehrwertsteuer wieder stärker; auch wirkte die Abwertung einiger Währungen preissteigernd. Die Beschäftigung wurde kaum ausgeweitet. Allerdings sank die Arbeitslosigkeit in den meisten Ländern im vergangenen Jahr. Im gewichteten Durchschnitt lag die Quote mit 14,3% weiterhin deutlich über derjenigen der EU-15.

Nach der erstmals vorgelegten Schätzung der Haushaltsdefizite durch Eurostat verfehlten im vergangenen Jahr sechs

der zehn Länder das Maastricht-Kriterium eines Defizits von maximal 3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Tab. 2.3); einen Überschuss verzeichnete lediglich Estland. Die stärkste Zielverfehlung wies die Tschechische Republik auf, wo sich das Defizit auf 12,9% des Bruttoinlandsprodukts belief.[3] Die Finanzpolitik wird im Prognosezeitraum in einigen Ländern einen restriktiven Kurs einschlagen, da die Regierungen bemüht sein dürften, ihre Defizite zu reduzieren. Außerdem werden einige Länder dem Europäischen Wechselkursmechanismus beitreten und somit auch ihre Geldpolitik auf das Ziel der Wechselkursstabilisierung ausrichten. Die Institute erwarten, dass dies ohne nennenswerte Zinsanhebungen möglich sein wird.

Die Perspektiven für die wirtschaftliche Entwicklung in den Beitrittsländern in diesem und im nächsten Jahr erscheinen günstig. Die Exporte werden von der Erholung der westeuropäischen Konjunktur profitieren. Zudem wird die EU-Mitgliedschaft durch sinkende Transaktionskosten, etwa durch den Wegfall von Zollabfertigungen oder bisher noch bestehender Restriktionen (wie für einige landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel), auch dem Handel der beitretenden Länder untereinander Impulse geben. Der Zuwachs der Investitionen wird in den meisten Ländern wieder stärker ausfallen, auch infolge zu erwartender Zuflüsse aus den EU-Strukturfonds. Der private Konsum wird weiterhin die Konjunktur stützen; Anhebungen administrierter Preise und indirekter Steuern werden jedoch die realen Einkommenszuwächse in diesem Jahr schmälern. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt in den Beitrittsländern 2004 und 2005 jeweils um etwa 4% zunehmen. Der Preisanstieg wird in diesem Jahr mit 3,7% höher als im Vorjahr ausfallen; im Jahre 2005 wird die Inflationsrate nur noch 3,1% betragen.

3. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Überblick

Die deutsche Wirtschaft löst sich langsam aus der Stagnation. Seit Herbst vergangenen Jahres nehmen Produktion und Nachfrage wieder zu, wenn auch noch mit sehr niedrigem Tempo; dabei hat sich der Rückgang der Kapazitätsauslastung fortgesetzt, und die Beschäftigung ist weiter gesunken. Maßgeblich für den Produktionsanstieg sind zum einen die Impulse, die – trotz der drastischen Aufwertung des Euro – vom Aufschwung der Weltwirtschaft ausgehen. Zum anderen kamen mit dem Nachlassen der Unsicherheiten nicht zuletzt im Gefolge des Irak-Krieges die Anregungen aus dem expansiven Kurs der Geldpolitik mehr und mehr zum Tragen; sie stärken die Konjunktur auch im übrigen Euroraum. Erste Zeichen einer binnenwirtschaftlichen Erholung zeigen sich in Deutschland bei den Ausrüstungsinvestitionen. Der private Konsum hingegen ist nach wie vor schwach.

Die Institute erwarten, dass sich die Wirtschaft in Deutschland im Prognosezeitraum weiter belebt. Allerdings wird sich die Aufwärtstendenz erst allmählich festigen. Zunächst wirkt die starke Aufwertung des Euro noch nach, mit der Folge, dass die Dynamik der Weltkonjunktur nur gedämpft auf den Export durchschlägt. Sofern die Annahme der Institute zutrifft, dass der US-Dollar gegenüber dem Euro nicht weiter an Wert einbüßt, wird dieses Hindernis im späteren Verlauf des Jahres 2004 an Bedeutung verlieren. Die außenwirtschaftlichen Impulse werden allmählich auf die Ausrüstungsinvestitionen übergreifen; Letztere dürften trotz der Belastungen durch die Finanzpolitik spürbar an Fahrt gewinnen. Stützend wirkt dabei, dass die Geldpolitik ihren expansiven Kurs beibehält und die monetären Rahmenbedingungen günstig bleiben. Dies beeinflusst die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen im Prognosezeitraum positiv.

Eigentlich wären bei dieser Konstellation die Voraussetzungen für einen kräftigen Aufschwung gegeben. Dazu wird es aber voraussichtlich nicht kommen, vor allem weil der private Verbrauch lahmt. So stehen den in diesem Jahr in Kraft getretenen und für das nächste Jahr beschlossenen Entlastungen der privaten Haushalte bei der Einkommensteuer jeweils etwas stärkere Kürzungen bei Steuervergünstigungen und Transfers sowie die Anhebung administrierter Preise gegenüber. Hinzu kommt, dass sich angesichts der demographischen Entwicklung immer mehr die Notwendigkeit eines verstärkten Sparens für die Altersvorsorge abzeichnet. Die Sparquote wird daher hoch bleiben. Nach dem Hin und Her um Reformen der sozialen Sicherungssysteme dürften die privaten Haushalte zudem verunsichert sein, zumal in der Renten- und der Krankenversicherung weitere Reformen angekündigt sind und damit weiter offen ist, in welchem Umfang künftig Beitragssätze angehoben und Leistungen gekürzt werden.

Die Institute erwarten, dass sich der Produktionsanstieg in diesem Jahr nur allmählich beschleunigt. Im kommenden Jahr wird sich das Expansionstempo nicht weiter erhöhen. Arbeitstäglich bereinigt beläuft sich der Zuwachs im Durchschnitt des Jahres 2004 auf 0,9%, im kommenden Jahr auf 1,7%. Im Jahre 2004 ist die Zahl der Arbeitstage überdurchschnittlich hoch. Unter Einschluss dieses Effekts ergibt sich in beiden Jahren eine Rate von 1,5% (Tab. 3.1). Bei dieser Entwicklung ist allenfalls im kommenden Jahr mit einem leichten Anstieg der Beschäftigung zu rechnen. Der Preisauftrieb bleibt gering.

[3] Fast die Hälfte dieses Defizits geht zulasten der Einbuchung staatlicher Garantien. Ohne diese hätte das Defizit 6,6% des Bruttoinlandsprodukts betragen.

Tab. 3.1
Prognose und Prognoseabweichungen für das Jahr 2003
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995

	Herbstgutachten		Statistisches Bundesamt				Prognosefehler	
	Prognosewerte für 2003		Ist-Werte[1] für 2003		Ist-Werte[2] für 2003		für 2003	
	Veränderung in % gegenüber Vorjahr	Wachstumsbeitrag in %-Punkten[3]	Veränderung in % gegenüber Vorjahr	Wachstumsbeitrag in %-Punkten[3]	Veränderung in % gegenüber Vorjahr	Wachstumsbeitrag in %-Punkten[3]	Differenz der Wachstumsbeiträge in %-Punkten	
							Spalte (4) abzüglich Spalte (2)	Spalte (6) abzüglich Spalte (2)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)		
Inlandsnachfrage	**0,8**	**0,8**	**0,1**	**0,1**	**0,3**	**0,3**	**-0,7**	**-0,5**
Privater Konsum	0,7	0,4	-0,2	-0,1	-0,1	-0,1	-0,5	-0,5
Staatlicher Konsum	0,6	0,1	0,7	0,1	0,9	0,2	0,0	0,1
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,7	0,1	-3,1	-0,3	-2,3	-0,2	-0,3	-0,3
Bauten	-3,5	-0,4	-3,4	-0,4	-3,4	-0,4	0,0	0,0
Vorratsveränderungen (Mrd. Euro)	-10,3	0,6	-8,0	0,7	-7,4	0,7	0,1	0,1
Außenbeitrag (Mrd. Euro)	**84,3**	**-0,8**	**97,0**	**-0,2**	**93,7**	**-0,4**	**0,6**	**0,5**
Ausfuhr	0,2	0,1	1,1	0,4	1,2	0,4	0,3	0,3
Einfuhr	3,0	-0,9	2,0	-0,6	2,6	-0,8	0,3	0,1
Bruttoinlandsprodukt	**0,0**	**0,0**	**-0,1**	**-0,1**	**-0,1**	**-0,1**	**-0,1**	**-0,1**
Nachrichtlich:								
Bruttoinlandsprodukt USA	2,7	-	3,1	-	3,1	-	-	-
Welthandel	3 1/2	-	5,0	-	-	-	-	-
Verbraucherpreisindex	1,0	-	1,1	-	1,1	-	-	-

1 Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Erste Ergebnisse der Inlandsproduktsberechnung, Januar 2004. – **2** Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, 4. Vierteljahr 2003, Februar 2004. – **3** Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der Wachstumsrate gewichtet mit dem Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukt aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

Während sich die Institute bei der Prognose für dieses und das kommende Jahr einig sind, beurteilen sie die Perspektiven für die Zeit danach unterschiedlich. Dies hängt vor allem damit zusammen, wie das Potentialwachstum in Deutschland eingeschätzt wird. Die Mehrheit der Institute ist hinsichtlich der mittelfristigen Wachstumsmöglichkeiten skeptisch; von daher erwarten sie keine so starke konjunkturelle Eigendynamik, dass unter den gegebenen Rahmenbedingungen ein Aufschwung mit Raten deutlich über 1,5% über einen längeren Zeitraum hinweg erreicht wird. Hingegen halten das DIW Berlin und das IWH dies für wahrscheinlich, auch weil sie die Unterauslastung derzeit größer einschätzen als die Mehrheit.

Kasten 3.1
Annahmen für die Prognose

Die Prognose beruht auf folgenden Annahmen:

- Der Ölpreis (Brent) beträgt im Durchschnitt dieses Jahres 31 US-Dollar pro Barrel, im nächsten Jahr 30 US-Dollar.
- Der Welthandel erhöht sich im Jahre 2004 um $9^{1}/_{2}$%, im kommenden Jahr um 8%.
- Der Wechselkurs liegt im Prognosezeitraum bei 1,25 US-Dollar je Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erhöht sich bis Ende 2005 leicht.
- Die Europäische Zentralbank belässt die Leitzinsen auf dem bisherigen Niveau. Die Kapitalmarktzinsen ziehen bis Ende 2005 etwas an.
- Die Tarifverdienste je Stunde steigen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt in diesem und im nächsten Jahr um jeweils 2%.
- Die Finanzpolitik setzt ihre Beschlüsse zur Haushaltskonsolidierung um. Weitere Maßnahmen werden nicht unterstellt. Das strukturelle Budgetdefizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr um 0,4 Prozentpunkte verringert; im nächsten Jahr ist eine Rückführung um 0,3 Prozentpunkte unterstellt.

Ausfuhren auf Expansionskurs

Im Gefolge der Erholung der Konjunktur im Ausland hat der deutsche Export im Verlauf von 2003 wieder Fahrt aufgenommen. Besonders dynamisch entwickelten sich die Lieferungen in die EU-Länder (Abb. 3.1), was sowohl auf die wirtschaftliche Belebung dort als auch auf die Verbesserung der Wettbewerbsposition deutscher Anbieter infolge des schwächeren Preisanstiegs in Deutschland zurückzuführen ist. Darüber hinaus waren die Ausfuhren nach Mittel- und Osteuropa weiterhin deutlich aufwärts gerichtet (Tab. 3.3), und die Lieferungen nach Russland nahmen wieder spürbar zu. Die Exporte nach China, wo die Wirtschaft besonders

Kasten 3.2
Überprüfung der Prognose vom Herbst 2003

Die Prognose der Institute vom Frühjahr 2003 für die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2003 hat sich als überhöht erwiesen; statt des erwarteten Anstiegs um 0,5% ergab sich ein Rückgang um 0,1%. Die im Herbst 2003 vorgelegte Prognose, die auf dem Datenstand der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) des ersten Halbjahres beruhte, wich nur um 0,1 Prozentpunkte von den im Januar bzw. im Februar 2004 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Werten ab (Tab. 3.2). Überschätzt wurde der Anstieg der Inlandsnachfrage, unterschätzt hingegen die Veränderung des Außenbeitrags. Relativ groß war die Abweichung bei den privaten Konsumausgaben. Hier schlug zu Buche, dass das Statistische Bundesamt zwischenzeitlich das Ergebnis für das zweite Quartal 2003, das zum Prognosezeitpunkt den aktuellen amtlichen Datenstand darstellte, von + 0,1% auf – 1,7% (laufende Jahresrate gegenüber dem Vorquartal) revidiert hat. Zudem fiel das Weihnachtsgeschäft angesichts der Unsicherheit der Verbraucher über die Höhe der anstehenden Steuerentlastung schlechter aus als erwartet. Die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen wurden ebenfalls überschätzt. Auch hier hat das Statistische Bundesamt die Zahlenbasis für die Prognose merklich nach unten korrigiert: Für das zweite Quartal 2003 wird saisonbereinigt jetzt ein Rückgang von 6,8% (laufende Jahresrate gegenüber dem Vorquartal) ausgewiesen; im Herbst zeigten die amtlichen Zahlen noch stagnierende Investitionen. Günstiger als erwartet entwickelte sich der Außenbeitrag: Die Exporte stiegen etwas stärker, die Importe etwas schwächer als damals prognostiziert.

Die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahre 2004 fällt im vorliegenden Gutachten um 0,2 Prozentpunkte geringer aus, als die Institute im Herbst 2003 prognostiziert hatten. Dies stellt jedoch keine grundsätzlich andere Einschätzung der Konjunktur dar. Der Hauptgrund der Revision liegt in der nun schwächer eingeschätzten Binnennachfrage. Insbesondere der private Konsum wird langsamer expandieren, nicht zuletzt weil das steuerliche Entlastungsvolumen geringer ist als damals unterstellt. Die Exporte werden dagegen im laufenden Jahr – trotz der stärkeren Aufwertung des Euro – aufgrund des kräftigeren Aufschwungs der Weltwirtschaft wohl etwas rascher steigen als im Herbst erwartet.

rasch expandierte, zogen kräftig an. Dagegen waren die Ausfuhren in die USA, das zweite Wachstumszentrum der Weltwirtschaft, rückläufig; hier überwog die aufwertungsbedingte Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Tab. 3.2
Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2001	2002	2003	2004	2005
Bruttoinlandsprodukt[1] (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,8	0,2	-0,1	1,5	1,5
Westdeutschland[2, 3]	1,0	0,2	-0,1	1,5	1,5
Ostdeutschland[3]	-0,2	0,1	0,2	1,3	1,5
Erwerbstätige[4] (1000 Personen)	38 911	38 671	38 246	38 165	38 277
Arbeitslose (1 000 Personen)	3 852	4 060	4 376	4 332	4 276
Arbeitslosenquote[5] (in %)	9,0	9,5	10,3	10,2	10,1
Verbraucherpreise[6] (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	2,0	1,4	1,1	1,3	1,2
Lohnstückkosten[7] (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,3	0,7	0,6	-0,5	-0,1
Finanzierungssaldo des Staates[8]					
In Mrd. Euro	-58,8	-74,3	-82,1	-80.2	-78,6
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-2,8	-3,5	-3,9	-3,7	-3,5
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. Euro)	1,7	45,7	46,8	64,0	67,0

1 In Preisen von 1995. – **2** Einschließlich Berlin. – **3** Rechenstand: April 2004. – **4** Im Inland. – **5** Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – **6** Verbraucherpreisindex (2000=100). – **7** Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. – **8** In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis VGR der Länder; Deutsche Bundesbank; 2004 und 2005: Prognose der Institute.

Im Prognosezeitraum erhält der Export weiter deutliche Impulse vom weltweiten Aufschwung. Diese schlagen stärker zu Buche als die dämpfenden Einflüsse der zurückliegenden Euro-Aufwertung, die noch einige Zeit nachwirken werden. Im kommenden Jahr wird die Weltkonjunktur zwar aufgrund nachlassender Dynamik in den USA und in Ostasien etwas an Schwung verlieren. Dann werden aber auch die retardierenden Effekte der Euro-Aufwertung abklingen. Überdies dürfte sich aufgrund vergleichsweise geringer Preissteigerungen in Deutschland die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure weiter leicht verbessern; bei der hier unterstellten Konstanz des US-Dollar/Euro-Kurses gilt das auch außerhalb des Euroraums. Vor diesem Hintergrund wird die Ausfuhr weiter zügig expandieren. In diesem Jahr wird sie arbeitstäglich bereinigt um 5,3% zunehmen, im Jahre 2005 um 5,4%. Einschließlich der Arbeitstageeffekte ergibt sich für 2004 ein Anstieg um 6,6% und für 2005 um 5,0% (Abb. 3.2).

Die Exportpreise sind im vergangenen Jahr leicht gesunken, auch weil die Exporteure die starke Aufwertung des Euro zum Teil in den Preisen aufgefangen haben. Bei fortgesetzter Erholung der Weltkonjunktur und nachlassenden dämpfenden Einflüssen von Seiten der Wechselkursentwicklung werden sich im Export allmählich wieder Preiserhöhungsspielräume ergeben. Diese werden von den Exporteuren angesichts der gedrückten Gewinnmargen zumindest teilweise genutzt werden, so dass die Exportpreise künftig wieder etwas anziehen werden.

Die Einfuhr hat im Zuge der leichten Belebung der Konjunktur in Deutschland seit Herbst vergangenen Jahres ebenfalls stärker zugenommen. Impulse erhielt sie auch von der Aufwertung, durch die sich die Wettbewerbsposition außereuropäischer Anbieter auf den Märkten in Deutschland merklich verbesserte. Vermehrt importiert wurden insbesondere Vorprodukte und Investitionsgüter, hier vor allem Güter der Informationstechnologie.

Von der allmählichen Festigung der Konjunktur in Deutschland wird die Einfuhr weiter angeregt. Im Durchschnitt des Jahres 2004 wird sie arbeitstäglich bereinigt um 4,7% (mit Arbeitstageeffekt: 5,7%) zunehmen, im Jahre 2005 um 5,2% (4,9%)

Abb. 3.1

Außenhandel nach Ländern und Regionen
Spezialhandel nominal; saison- und arbeitstäglich bereinigte Quartalswerte in Mrd. Euro

1) China, Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Thailand.- 2) Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei.
3) Algerien, Libyen, Nigeria, Venezuela, Irak, Iran, Saudi-Arabien, Kuwait, Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Indonesien.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

GD Frühjahr 2004

Tab. 3.3
Deutsche Exporte nach Regionen
Spezialhandel in jeweiligen Preisen

Ländergruppe	2001			2002			2003		
	Mrd. Euro	Anteile in %	In % des BIP[1]	Mrd. Euro	Anteile in %	In % des BIP[1]	Mrd. Euro	Anteile in %	In % des BIP[1]
EU	351	55,2	16,9	355	54,5	16,8	367	56,4	17,4
EFTA[2]	33	5,2	1,6	32	4,9	1,5	31	4,8	1,5
NAFTA[3]	78	12,2	3,7	79	12,2	3,8	71	11,0	3,4
Ostasien[4]	50	7,8	2,4	52	8,0	2,5	54	8,4	2,6
MOE[5]	62	9,7	3,0	66	10,2	3,1	70	10,7	3,3
Übrige Länder	63	9,9	3,0	66	9,2	2,8	68	9,6	3,0
Insgesamt	**637**	**100,0**	**30,7**	**651**	**100,0**	**30,8**	**662**	**100,0**	**31,4**

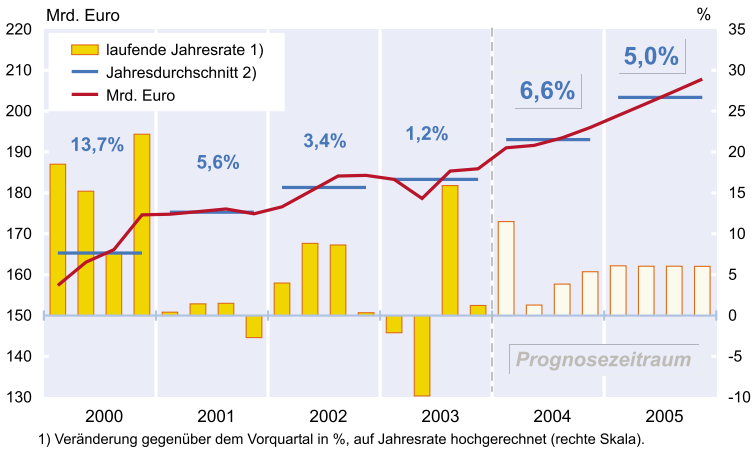
1 In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts. – **2** Schweiz, Norwegen, Island, Liechtenstein. – **3** USA, Kanada, Mexiko. – **4** Japan, China, Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea. – **5** Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Russland, Ukraine, Weißrussland.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

(Abb. 3.3). Der Anstieg fällt damit etwas schwächer aus als beim Export, und der Außenbeitrag wird wieder steigen.

Die Importpreise sind im vergangenen Jahr als Folge der Höherbewertung des Euro deutlich gesunken. Die kräftige Aufwertung gegenüber dem US-Dollar »neutralisierte« im Großen und Ganzen die starken Preissteigerungen an den Rohstoffmärkten. Insofern minderten günstigere Importpreise den aufwertungsbedingten Druck auf die Gewinnmargen. Im Prognosezeitraum werden die Rohstoffpreise weiter spürbar anziehen, wenngleich bei weitem nicht so rasch wie 2003. Mit dem Abklingen der Aufwertungsfolgen wird der Anstieg der Rohstoffnotierungen zusammen mit dem weltweiten Preisanstieg bei Fertigwaren wieder stärker durchschlagen, so dass die Importe sich verteuern, wenn auch nur moderat. Im kommenden Jahr werden sich die Terms of Trade nicht mehr verbessern (Tab. 3.4).

Abb. 3.2
Reale Exporte
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

GD Frühjahr 2004

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2004: Prognose der Institute.

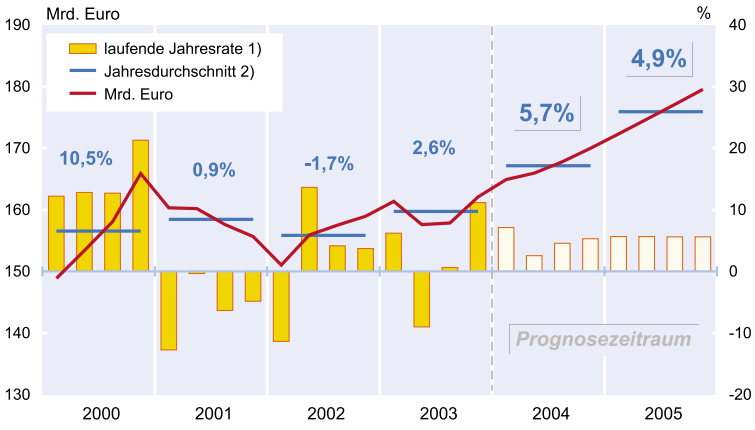
Allmähliche Erholung der Ausrüstungsinvestitionen

Die Investitionen in Ausrüstungsgüter wurden Ende 2003 erstmals seit drei Jahren wieder ausgeweitet. Im Prognosezeitraum werden sie weiter zunehmen. Positiv wirken sich vor allem die verbesserten Absatz- und Ertragserwartungen im Zuge der weltweiten Konjunkturerholung aus. Zunächst dürfte die Investitionsdynamik noch gering bleiben. Darauf deutet die nur verhaltene Zunahme der inländischen Bestellungen bei den Investitionsgüterproduzenten hin. Dämpfend wirken vor allem die geringe Kapazitätsauslastung, der Abbau von Steuervergünstigungen und Subventionen sowie verschlechterte Abschreibungsbedingungen. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums wird die Investitionstätigkeit aber infolge verbesserter Absatzerwartungen im Inland an Schwung gewinnen. Positiv auf die Gewinnaussichten wirkt zudem, dass die Arbeitskosten nur wenig steigen und die Finanzierungsbedingungen günstig bleiben. Die Kreditzinsen sind im langfristigen Vergleich relativ niedrig, und mit der Festigung der Aktienkurse hat sich auch die Mittelbeschaffung über den Kapitalmarkt verbessert. Zudem erhöhen sich die Eigenmittel infolge steigender Gewinne. Alles in allem dürften die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen in diesem Jahr arbeitstäglich bereinigt um 1,4% (mit Arbeitstageeffekten: 3,2%) und im nächsten Jahr um 5,4% (5,1%) ausgeweitet werden (Abb. 3.4).

Vorübergehende Zunahme im Wohnungsbau

Die Talfahrt der Bauinvestitionen kam im Verlauf des vergangenen Jahres zum Stillstand. Ausschlaggebend waren vorgezogene Bauaktivitäten privater Haushalte im Zusam-

Abb. 3.3
Reale Importe
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

GD Frühjahr 2004

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2004: Prognose der Institute.

menhang mit der Diskussion um die Kürzung der Eigenheimzulage, einzelne Großprojekte im gewerblichen Bau und noch von der Flutkatastrophe 2002 ausgelöste Aufbauarbeiten im Infrastrukturbereich.

Der Wohnungsbau dürfte auch im Prognosezeitraum von vorgezogenen Investitionen profitieren. In den Vorjahren hatten private Haushalte und Bauträger vorsorglich Baugenehmigungen beantragt, um den Anspruch auf Eigenheimzulage nach altem Recht zu sichern. Nunmehr werden diese Bauvorhaben verstärkt realisiert. Förderlich sind dabei die niedrigen Hypothekenzinsen. Dämpfende Wirkungen gehen aber nach wie vor von der nur geringen Zunahme der real verfügbaren Einkommen und den Arbeitsplatz- und Einkommensrisiken aus. Im Mietwohnungsbau setzt sich der Rückgang fort, da das Überangebot an Wohnraum in regionalen Teilmärkten sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland weiterhin groß ist. Das Programm der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Förderung der Wohnraummodernisierung, das Ende dieses Jahres ausläuft, wird nach wie vor nur wenig zusätzliche Nachfrage generieren, weil die Mitnahmeeffekte hoch sein dürften. Im Verlauf des nächsten Jahres schwächen sich die Sondereffekte ab. Die Investitionen in Wohnbauten werden im Jahre 2004 das Vorjahresniveau arbeitstäglich bereinigt um 1,2% übersteigen (mit Arbeitstageeffekt: 3,0%). Im nächsten Jahr nehmen sie um 1,6% (0,9%) zu.

Die gewerblichen Bauinvestitionen werden trotz der konjunkturellen Erholung zunächst noch spürbar sinken. Hierauf weisen die rückläufigen Baugenehmigungen hin. Maßgeblich dafür sind die vielerorts immer noch beträchtlichen Angebotsüberhänge, insbesondere bei Mietimmobilien im Dienstleistungssektor. Zudem werden bei der Deutschen Bahn aufgrund verringerter Bundeszuschüsse Investitionen gekürzt. Erst zum Ende des Jahres 2005 werden sich die Aktivitäten im gewerblichen Bau stabilisieren. Die Investitionen im Wirtschaftsbau sinken im Jahre 2004 arbeitstäglich bereinigt um 3,4% (mit Arbeitstageeffekt: 1,6%); im Jahre 2005 verringern sie sich um 0,9% (1,6%).

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden im Prognosezeitraum erneut zurückgehen, allerdings deutlich langsamer als in den Jahren zuvor. Die Kommunen, Hauptinvestor der öffentlichen Hand, werden sich wegen der ab 2004 gesenkten Gewerbesteuerumlage finanziell zwar etwas besser stehen, jedoch bleibt ihre Haushaltslage angespannt. Für den gesamten öffentlichen Bau ist für das Jahr 2004 arbeitstäglich bereinigt ein Rückgang um 3,7% (mit Arbeitstageeffekt: 1,9%) zu erwarten. Im kommenden Jahr sinken die öffentlichen Bauinvestitionen um 1,0% (1,7%).

Alles in allem verringern sich die Bauinvestitionen im Jahre 2004 arbeitstäglich bereinigt um 0,8%; unter Einrechnung von Arbeitstageeffekten steigen sie um 1,0%. Im Jahr darauf nehmen sie arbeitstäglich bereinigt um

Tab. 3.4
Indikatoren zur Außenwirtschaft[1]

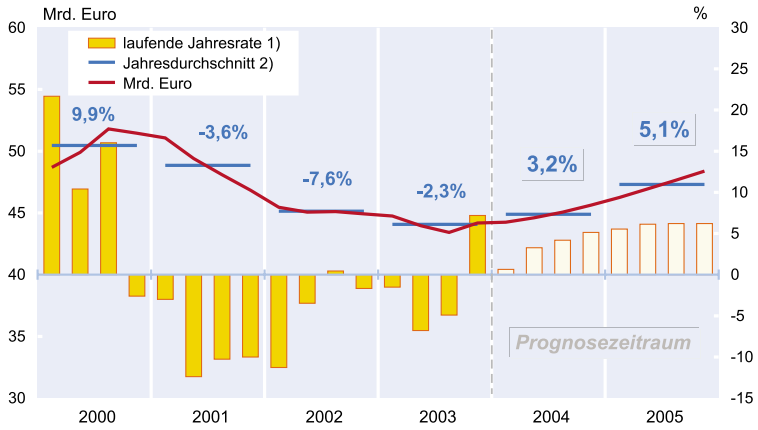
	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
Exporte, real[2]	13,7	5,6	3,4	1,2	6,6	5,0
Waren	13,6	5,3	2,7	2,5	7,2	5,0
Dienstleistungen	14,5	7,8	8,4	-7,1	1,9	5,3
Importe, real[2]	10,5	0,9	-1,7	2,6	5,7	4,9
Waren	10,7	-0,3	-1,5	5,0	7,1	4,9
Dienstleistungen	9,6	5,2	-2,2	-6,4	-0,1	5,0
Preise						
Exporte	2,9	1,0	0,2	-0,7	0,1	1,5
Importe	7,6	1,0	-1,7	-2,0	-0,5	1,7
Terms of Trade	-4,4	0,0	1,9	1,3	0,7	-0,1
in Mrd. Euro						
Nachrichtlich:						
Außenbeitrag, real[2]	34,8	66,8	101,1	93,7	105,2	111,0
Außenbeitrag, nominal	7,5	41,2	90,7	90,5	106,9	113,6
Leistungsbilanzsaldo[3]	-27,9	1,7	45,7	46,8	64,0	67,0

1 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. – **2** In Preisen von 1995. – **3** In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Berechnungen der Institute; 2004 und 2005: Prognose der Institute.

Abb. 3.4

Reale Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

GD Frühjahr 2004

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2004: Prognose der Institute.

Tab. 3.5
Reale Bauinvestitionen[1]

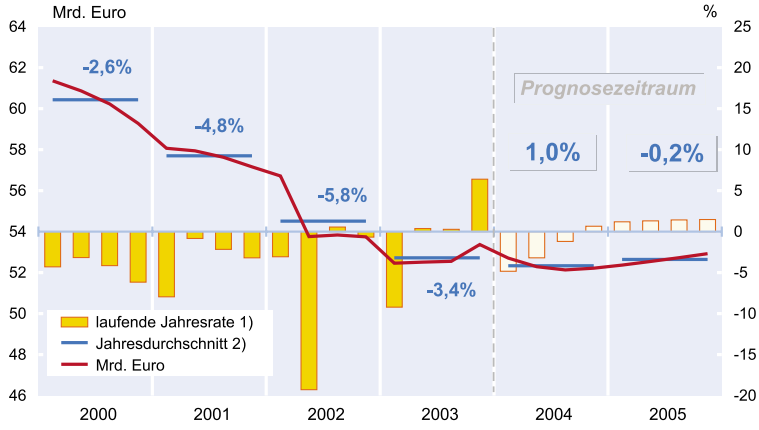
	2003	2002	2003	2004	2005
	Anteile in %	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Wohnbauten	57,9	-5,8	-2,7	3,0	0,9
Nichtwohnbauten	42,1	-6,0	-4,3	-1,7	-1,6
Gewerblicher Bau	29,8	-6,5	-2,9	-1,6	-1,6
Öffentlicher Bau	12,3	-4,7	-7,6	-1,9	-1,7
Insgesamt	**100,0**	**-5,8**	**-3,4**	**1,0**	**-0,2**

1 In Preisen von 1995.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2004 und 2005: Prognose der Institute.

Abb. 3.5

Reale Bauinvestitionen
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

GD Frühjahr 2004

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2004: Prognose der Institute.

0,5% zu, mit Arbeitstageeffekt gehen sie um 0,2% zurück (Tab. 3.5, Abb. 3.5).

Konsumflaute trotz Steuerreform

Die privaten Konsumausgaben dürften im ersten Quartal des laufenden Jahres erstmals seit einem dreiviertel Jahr wieder zugenommen haben. Der Anstieg war allerdings nur gering. Zwar erhöhten sich die verfügbaren Einkommen aufgrund der steuerlichen Entlastungen spürbar. Dem standen aber merkliche Kaufkrafteinbußen durch die Gesundheitsreform, insbesondere durch die neu eingeführte Praxisgebühr und höhere Zuzahlungen bei Medikamenten gegenüber.[4] Überdies ist der durchschnittliche Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) bisher nur geringfügig gesunken.

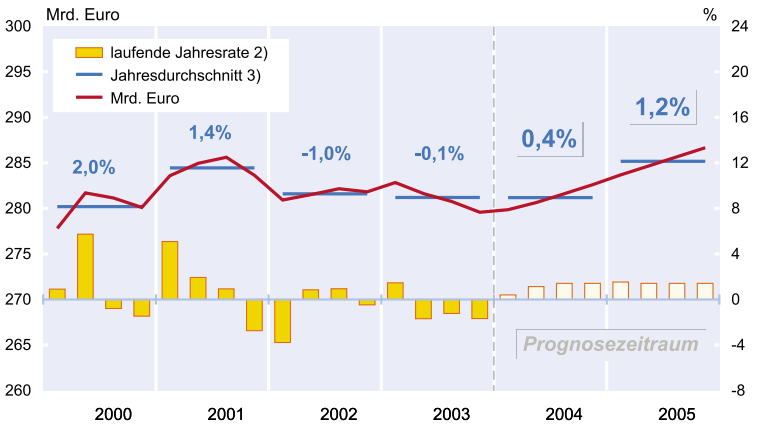
Im weiteren Jahresverlauf dürften sich die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nur wenig erhöhen. Zwar werden die Bruttolöhne und -gehälter trotz eines weiteren Abbaus außertariflicher Lohnbestandteile wieder zunehmen, da das bezahlte Arbeitsvolumen infolge des auslaufenden Beschäftigungsabbaus nicht mehr so stark sinkt. Die Nettolöhne und -gehälter werden, begünstigt durch die Steuerreform und durch den fallenden durchschnittlichen Beitragssatz in der GKV[5], mit 2,8% sogar recht kräftig expandieren. Die Transferbezüge der privaten Haushalte dürften aber merklich langsamer steigen als im vergangenen Jahr, denn die arbeitsmarktbedingten Ausgaben werden stagnieren und die Renten nicht angehoben; außerdem schlägt die vollständige Übernahme der Beiträge zur Pflegeversicherung durch die Rentner dämpfend zu Buche. Die Selbständigen- und Vermögenseinkommen werden allerdings mit der konjunkturellen Besserung leicht zulegen. Alles in allem nehmen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Jahre 2004 um 1,6% zu; real verbleibt ein Zuwachs von 0,4%.

[4] Die teilweise Verlagerung beitragsfinanzierter Leistungen auf die privaten Haushalte führt zu steigenden Verbraucherpreisen. Da die Beitragssätze zur GKV nicht in entsprechendem Maße sinken, kommt es zu einem Verlust an Kaufkraft.
[5] Im Jahresdurchschnitt ist ein Viertel Prozentpunkt veranschlagt.

Abb. 3.6

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte[1)]

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
2) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
3) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

GD Frühjahr 2004

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2004: Prognose der Institute.

Die Sparquote der privaten Haushalte dürfte im laufenden Jahr etwa so hoch sein wie im Vorjahr. Zwar gewinnt die private Altersvorsorge als Sparmotiv zunehmend an Bedeutung, weil die Ansprüche an die gesetzliche Altersversorgung gekürzt werden. Einem stärkeren Anstieg der Sparquote stehen aber die im Zuge der Gesundheitsreform stark erhöhten monetären Eigenleistungen der privaten Haushalte für die Gesundheitspflege entgegen. Der reale private Konsum bleibt arbeitstäglich bereinigt in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr unverändert; unter Berücksichtigung des Arbeitstageeffekts steigt er um 0,4% (Abb. 3.6).

Im Jahre 2005 werden die Bruttoarbeitseinkommen aufgrund der sich allmählich verbessernden Lage auf dem Arbeitsmarkt stärker zunehmen. Gleichwohl steigen die Nettolöhne und -gehälter deutlich langsamer als im laufenden Jahr, weil den Steuerentlastungen und der Senkung des durchschnittlichen Beitragssatzes in der GKV zusätzliche Beiträge zur Versicherung für Zahnersatz im Zuge der Gesundheitsreform gegenüberstehen.[6] Die Transfereinkommen werden sich erneut nur mäßig erhöhen, weil der Anstieg der Altersbezüge, nicht zuletzt aufgrund des neu eingeführten Nachhaltigkeitsfaktors in der Rentenformel, sehr gering ausfällt; außerdem sinken die arbeitsmarktbedingten Lohnersatzleistungen. Insgesamt dürften die verfügbaren Einkommen im nächsten Jahr um 2,4% zulegen, real um 1,2%. Bei unverändert hoher Sparquote wird der reale private Konsum arbeitstäglich bereinigt um 1,4% zunehmen; mit Arbeitstageeffekt ergibt sich ein Anstieg um 1,2%.

Geringer Verbraucherpreisanstieg – deutlich höhere administrierte Preise

Die Verbraucherpreise steigen schon seit längerer Zeit sehr moderat. Überlagert wird diese Tendenz allerdings immer wieder von Sondereinflüssen. So wurden zu Beginn dieses Jahres im Rahmen der Gesundheitsreform Praxisgebühren für Arztbesuche eingeführt, Zuzahlungen für Medikamente bzw. therapeutische Mittel erhöht und die Zuschüsse der Krankenkassen für Brillengläser gestrichen. Zusammengenommen hatten diese Maßnahmen einen preissteigernden Effekt von reichlich einem halben Prozentpunkt zur Folge. Im März wurde überdies die erste Erhöhungsstufe bei der Tabaksteuer wirksam; das schlug sich zusätzlich mit 0,2 Prozentpunkten in der Inflationsrate nieder. Gleichwohl lag der Anstieg der Verbraucherpreise in den vergangenen Monaten nur geringfügig über der 1-Prozent-Marke. Dämpfend wirkte der Rückgang der Importpreise im Gefolge der Aufwertung des Euro. Der verhaltene Preisauftrieb ist auch Ergebnis einer insgesamt moderaten Arbeitskostenentwicklung. Tariflohnanhebungen werden zum Teil durch den Abbau außertariflicher Leistungen ausgeglichen; die Lohnstückkosten sinken.

Die Politik der OPEC und eine anhaltend kräftige Nachfrage lassen erwarten, dass die Notierungen auf den Ölmärkten hoch bleiben. Die Preise für nichtenergetische Rohstoffe werden weiter spürbar anziehen, wenngleich deutlich langsamer als zuvor. Bei stabilem Euro, wie hier angenommen, fallen die dämpfenden Impulse von dieser Seite allmählich weg. Im Dezember dieses Jahres und im September 2005 stehen zudem weitere Erhöhungsstufen bei der Tabaksteuer an. Alles in allem wird für dieses Jahr mit einer durchschnittlichen Teuerungsrate von 1,3% gerechnet, für das kommende Jahr mit einer Rate von 1,2%.

Produktion nimmt verstärkt zu

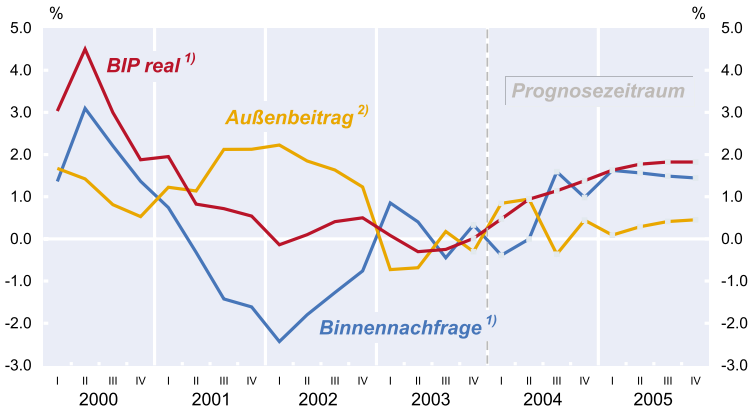
Die gesamtwirtschaftliche Produktion, die in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres nach einem Rückgang von drei Quartalen wieder leicht gestiegen war, dürfte ihre Aufwärtsbewegung im ersten Vierteljahr 2004 fortgesetzt haben. Das reale Bruttoinlandsprodukt hat voraussichtlich mit einer annualisierten Rate von etwa 1% zugenommen.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird sich die wirtschaftliche Dynamik verstärken (Abb. 3.7). Maßgeblich hierfür ist die Auslandsnachfrage. Dabei wird die Belebung der Ex-

[6] Von 2005 an wird der Zahnersatz aus dem Leistungskatalog der GKV ausgegliedert. In der Prognose wird angenommen, dass die hieraus resultierenden Risiken überwiegend über eine zusätzliche Versicherung innerhalb der GKV abgedeckt werden. Die entsprechenden Versicherungsprämien werden in der VGR als Sozialabgaben gebucht und vermindern das verfügbare Einkommen. Werden hingegen Verträge mit privaten Krankenkassen geschlossen, so würde dies den Verbraucherpreisindex erhöhen.

Abb. 3.7

Bruttoinlandsprodukt, Binnennachfrage und Außenbeitrag
Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte



1) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
2) Differenz zwischen dem realen Außenbeitrag im laufenden Quartal und im Vorjahresquartal in % des realen Bruttoinlandsprodukts im Vorjahresquartal (Wachstumsbeitrag).

GD Frühjahr 2004

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2004: Prognose der Institute.

portkonjunktur mehr und mehr auf die Binnenkräfte ausstrahlen. Die Bautätigkeit, die in den vergangenen Jahren stark rückläufig war, wird vornehmlich aufgrund der Vorzieheffekte im Wohnungsbau leicht zunehmen. Da die Konsumflaute nur langsam überwunden wird, erhöht sich die Wertschöpfung insbesondere in den verbrauchsnahen Produktions- und Dienstleistungsbereichen wenig. Für den Jahresdurchschnitt ist ein arbeitstäglich bereinigter Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 0,9% zu erwarten; unter Einschluss des Arbeitstageeffekts ergibt sich eine Zunahme um 1,5% (Tab. 3.6, Abb. 3.8).

Bei den hier unterstellten Rahmenbedingungen setzt sich die Erholung 2005 fort. Sie greift vom Export verstärkt auf die Investitionsaktivitäten über. So erhält die industrielle Erzeugung erneut Impulse, die vor allem auf die Unternehmensdienstleistungen und auf den Sektor Verkehr und Nachrichtenübermittlung übertragen werden. In den konsumnahen Bereichen der Industrie und des tertiären Sektors ergibt sich ein geringer Anstieg der Produktion, da die Nachfrage der privaten Haushalte nur zögerlich zulegt. Insgesamt steigt das Bruttoinlandsprodukt arbeitstäglich bereinigt um 1,7% (mit Arbeitstageeffekt: 1,5%).

Beschäftigungsperspektiven verbessern sich kaum

Als Folge der flauen Konjunktur hat sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter verschlechtert. Im Jahresdurchschnitt 2003 ist die Zahl der Erwerbstätigen nochmals kräftig gesunken. Allerdings hat sich der Rückgang im Verlauf spürbar verlangsamt; nach einer Abnahme um fast 200 000 Personen in der ersten Jahreshälfte hat sich die Zahl der Erwerbstätigen im zweiten Halbjahr saisonbereinigt nur noch um 45 000 verringert (Abb. 3.9). Dies erklärt sich zum Teil durch die Gründung von Ich-AGs, vor allem aber durch die Ausweitung geringfügiger Beschäftigung. Ende 2003 lag die Zahl der geringfügig Beschäftigten um etwa 340 000 über dem Vorjahresstand, während die Zahl der Voll- und Teilzeitkräfte um rund 600 000 zurückgegangen war. Etwas schwächer als die Erwerbstätigkeit sank im Jahre 2003 das Arbeitsvolumen (Abb. 3.10). Gründe dafür waren eine Zunahme der Nebenerwerbstätigkeit und ein nochmaliger Rückgang des – inzwischen im langfristigen Vergleich sehr niedrigen – Krankenstandes. Das Arbeitsvolumen ist inzwischen um reichlich 2% niedriger als Mitte der neunziger Jahre.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit blieb im vergangenen Jahr deutlich hinter dem Rückgang der Beschäftigung zurück (Tab. 3.7). Dabei war die Zahl der registrierten Arbeitslosen seit Mitte des Jahres sogar rückläufig. Dies war vor allem Folge einer Statistikbereinigung. So führten die verstärkten Aktivierungsanstrengungen der Bundesagentur für Arbeit dazu, dass viele Arbeitslose – insbesondere solche, die keine Leistungen bezogen – aufgrund mangelnder Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt oder fehlender Eigeninitiative bei der Beschäftigungssuche aus der Statistik gestrichen wurden oder aufgrund der verschärften Anforderungen erst einmal auf eine weitere Registrierung verzichteten. Zudem wurden Vorschriften ge-

Tab. 3.6
Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts[1]
in Prozentpunkten

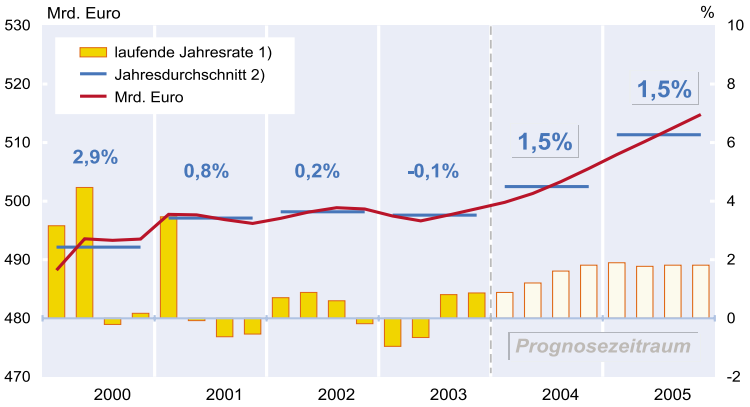
	2003	2004	2005
Konsumausgaben	0,1	0,1	0,8
Private Haushalte[2]	-0,1	0,2	0,7
Staat	0,2	-0,1	0,1
Anlageinvestitionen	-0,6	0,4	0,4
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-0,2	0,3	0,5
Bauten	-0,4	0,1	0,0
Vorratsveränderungen	0,7	0,4	0,0
Inlandsnachfrage	0,3	1,0	1,2
Außenbeitrag	-0,4	0,6	0,3
Ausfuhr	0,4	2,4	1,9
Einfuhr	-0,8	-1,8	-1,6
Bruttoinlandsprodukt[3]	**-0,1**	**1,5**	**1,5**

1 Zur Definition vgl. Tabelle 3.1. In Preisen von 1995, Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. – **2** Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – **3** Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2004 und 2005: Prognose der Institute.

Abb. 3.8

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



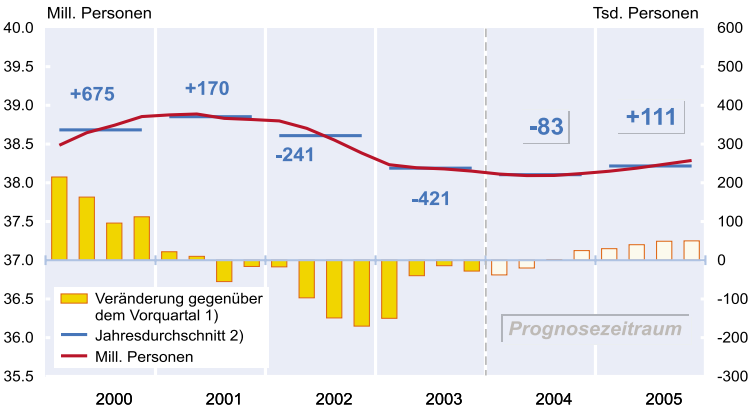
1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

GD Frühjahr 2004

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2004: Prognose der Institute.

Abb. 3.9

Erwerbstätige
Inländerkonzept, saisonbereinigter Verlauf

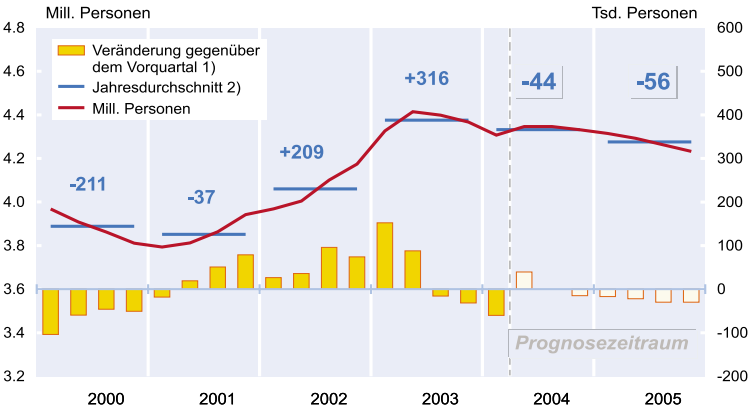


1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in tausend Personen (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

GD Frühjahr 2004

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2004: Prognose der Institute.

Arbeitslose
Saisonbereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in tausend Personen (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

GD Frühjahr 2004

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen der Institute; ab 2. Quartal 2004: Prognose der Institute.

ändert, um die durch das Sozialrecht induzierte Arbeitslosigkeit zu verringern.[7] Die Zahl derjenigen, die durch die »Statistikbereinigung« im vergangenen Jahr aus der Arbeitslosenstatistik herausfielen, lässt sich nur schwer quantifizieren; sie wird hier auf rund 150 000 veranschlagt.[8] Seit Januar dieses Jahres werden zudem die Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen nicht mehr als arbeitslos gezählt, was für sich genommen einen Rückgang der Zahl der registrierten Arbeitslosen bedeutet (Januar 2004: 81 000). Ohne diese Änderung in der statistischen Abgrenzung wäre die Zahl der Arbeitslosen im ersten Quartal deutlich gestiegen.

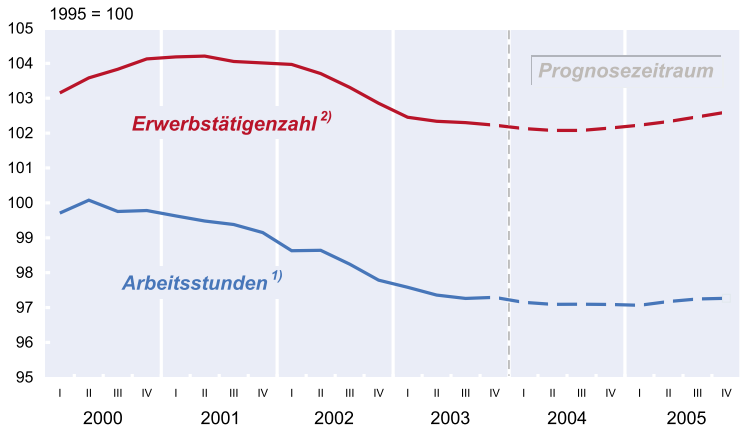
Mit der Belebung der gesamtwirtschaftlichen Produktion hellen sich die Beschäftigungsperspektiven im Prognosezeitraum auf. Angesichts der nur verhaltenen konjunkturellen Expansion ist eine durchgreifende Besserung der Lage am Arbeitsmarkt aber noch nicht in Sicht. Immerhin dürfte sich in der zweiten Hälfte dieses Jahres allmählich eine leichte Aufwärtstendenz bei der Zahl der Erwerbstätigen herausbilden. Gestützt wird die Beschäftigung weiterhin von der Arbeitsmarktpolitik. Zu Neueinstellungen wird es vorerst vorwiegend bei Mini-Jobs und bei Teilzeitkräften kommen. Die Zahl der Ich-AGs nimmt im Jahresdurchschnitt zwar noch weiter zu; im Verlauf des Jahres wird sie aber deutlich weniger stark steigen als 2003, denn die Zahl derer, die aufgeben und wieder in die Arbeitslosigkeit zurückfallen, wird sich erhö-

[7] Die Maßnahmen betrafen Jugendliche, die sich nur deshalb als arbeitslos registrieren ließen, um ihren Eltern den Anspruch auf Kindergeld zu erhalten, und Personen über 58 Jahre, die sich als arbeitslos meldeten, um keine Anrechnungszeiten für die Rente zu verlieren.

[8] Hinweise auf eine solche Größenordnung gibt einerseits die Entwicklung bei Leistungs- und Nichtleistungsempfängern. So ist die Zahl der Nichtleistungsempfänger im Gegensatz zu den Leistungsempfängern in den Jahren 2002 und 2003 erheblich gesunken. Würde man bei Nichtleistungsempfängern die gleiche Entwicklung unterstellen wie bei Leistungsempfängern, wäre die Zahl der Arbeitslosen 2002 um 210 000 und im Jahre 2003 um 180 000 höher gewesen. Weitere Hinweise gibt die Entwicklung der »Abgänge aus Arbeitslosigkeit in Nichterwerbstätigkeit«. Sie waren im Jahre 2003 um reichlich ein Fünftel höher als im Vorjahr und um rund ein Drittel höher als 2001. Aus Angaben des IAB lässt sich eine Größenordnung für die aus der Statistik herausgefallenen Arbeitslosen von rund 125 000 ableiten. Vgl. H.-U. Bach et al.: IAB-Kurzbericht Nr. 5/2004, S. 2.

Abb. 3.10

Geleistete Arbeitsstunden[1] und Zahl der Erwerbstätigen[2] im Inland



1) Saison- und kalenderbereinigt.
2) Saisonbereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2004: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2004

hen. Im Jahresergebnis wird die Zahl der Erwerbstätigen 2004 nochmals um 80 000 zurückgehen. Im Jahre 2005 dürfte sich dann erstmals seit drei Jahren wieder ein leichter Anstieg ergeben.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird im Prognosezeitraum wieder stärker von der Konjunktur bestimmt. Mit steigender Erwerbstätigkeit wird auch die Zahl der Arbeitslosen sinken. Da in Phasen konjunktureller Erholung erfahrungsgemäß Personen aus der »Stillen Reserve« verstärkt Arbeitsplätze nachfragen, wird der Rückgang der Arbeitslosigkeit allerdings deutlich hinter dem Anstieg der Beschäftigung zurückbleiben. Überdies nimmt das Angebot an Arbeitskräften wieder zu.[9] Alles in allem wird die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2004 zwar um 44 000 niedriger sein als im Vorjahr, dies aber allein wegen der »Herausrechnung« der Teilnehmer an Trainingsmaßnahmen u.Ä. Nach alter Definition ergäbe sich ein Anstieg um 40 000. Für 2005 ist ein Rückgang der Zahl der Arbeitslosen um 56 000 zu erwarten; die Auswirkungen der geplanten Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf die Zahl der Arbeitslosen sind dabei nicht berücksichtigt.

Erholung auch in Ostdeutschland

Die anhaltende Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Aktivität prägte auch die ostdeutsche Wirtschaft. Die Produktion stieg in den vergangenen beiden Jahren nur geringfügig (Tab. 3.2). Im verarbeitenden Gewerbe erhöhte sich die Wertschöpfung allerdings deutlich, während sie in Westdeutschland zurückging.

[9] Vgl. H.-U. Bach et al., a.a.O.

Im Verlauf dieses Jahres wird die anziehende Konjunktur auch auf die neuen Bundesländer übergreifen. Wegen der vorrangigen Ausrichtung auf die Inlandsmärkte gehen vom weltweiten Aufschwung direkt zwar nur vergleichsweise geringe Anregungen für die ostdeutsche Wirtschaft aus, indirekt profitiert sie gleichwohl über die Zulieferbeziehungen zu westdeutschen Exporteuren davon. Mit dem Anziehen der Nachfrage von Investoren und Verbrauchern in Deutschland wird sich auch im Ostteil die gesamtwirtschaftliche Expansion im späteren Verlauf dieses Jahres und im kommenden Jahr kräftigen. Für die gestiegene Absorptionsfähigkeit von konjunkturellen Impulsen aus dem In- und Ausland spricht auch, dass in den neuen Bundesländern die Herstellung national und international handelbarer Güter an Wettbewerbsfähigkeit hinzugewonnen hat. So liegen die Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe im Durchschnitt inzwischen unter denen im früheren Bundesgebiet.

Das Plus im verarbeitenden Gewerbe wird gesamtwirtschaftlich erneut teilweise kompensiert durch die anhaltende Schrumpfung der Bautätigkeit. Allerdings werden die Vorzieheffekte infolge der gekürzten Eigenheimzulage im Prognosezeitraum den Rückgang mildern. Die Dienstleistungen werden vor allem infolge der Konsumflaute und des Bevölkerungsrückgangs nur schwach expandieren, zumal die notwendige Rückführung des nach wie vor zu großen Staatssektors die Wertschöpfung in diesem Bereich dämpft. Insgesamt wird die gesamtwirtschaftliche Aktivität in Ostdeutschland in diesem Jahr mit 1,3% etwas langsamer als in Westdeutschland ausgeweitet. Im Zuge der Belebung der Inlandsnachfrage in Deutschland dürfte das Wachstumstempo in Ostdeutschland mit dem im Westen gleichziehen.

Da der Produktionsanstieg weit unter der Beschäftigungsschwelle bleibt, wird die Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland erneut sinken (Tab. 3.7). Zwar dürfte 2004 die Zahl der Arbeitslosen um 41 000 Personen niedriger ausfallen als im Vorjahr. Das ist jedoch größtenteils auf die Bereinigung der Arbeitslosenstatistik zurückzuführen. Auch für das Jahr 2005 ist keine Trendwende am ostdeutschen Arbeitsmarkt zu erwarten. Die Erwerbstätigkeit wird nochmals abnehmen. Die Zahl der Arbeitslosen wird trotzdem zurückgehen, insbesondere weil sich das Arbeitskräftepotential weiter verringert. Die Arbeitslosenquote verharrt bei 17,5% der inländischen Erwerbspersonen.

Die wirtschaftlichen Aussichten lassen in diesem und im kommenden Jahr keine Rückkehr Ostdeutschlands auf einen Aufholpfad erwarten. Bei der Pro-Kopf-Produktion wird

Tab. 3.7
Arbeitsmarktbilanz
Jahresdurchschnitte in 1000 Personen

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland						
Erwerbstätige Inländer	38 681	38 851	38 610	38 189	38 106	38 217
Arbeitnehmer	34 680	34 774	34 520	34 046	33 863	33 920
Selbständige	4 001	4 077	4 090	4 143	4 243	4 297
Pendlersaldo	67	60	61	57	59	60
Erwerbstätige Inland	38 748	38 911	38 671	38 246	38 165	38 277
Arbeitslose[1]	3 889	3 852	4 060	4 376	4 332	4 276
Arbeitslosenquote[2]	9,1	9,0	9,5	10,3	10,2	10,1
Erwerbslose[3]	3 065	3 110	3 396	3 661	3 670	3 590
Erwerbslosenquote[4]	7,3	7,4	8,1	8,7	8,8	8,6
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	86	123	207	195	150	100
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	313	243	193	142	120	100
Neue Instrumente der Arbeitsmarktpolitik[5]				59	235	262
Berufliche Vollzeitweiterbildung	324	315	300	224	160	150
Westdeutschland[6]						
Erwerbstätige Inländer[7]	30 917	31 144	31 003	30 682	30 639	30 785
Arbeitslose[1]	2 380	2 320	2 498	2 753	2 750	2 702
Arbeitslosenquote[2]	7,1	6,9	7,5	8,2	8,2	8,1
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	59	94	162	160	125	80
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	59	53	42	30	25	20
Berufliche Vollzeitweiterbildung	177	169	162	129	95	90
Ostdeutschland[6]						
Erwerbstätige Inländer[7]	7 764	7 707	7 607	7 507	7 467	7 432
Arbeitslose[1]	1 508	1 532	1 563	1 623	1 582	1 574
Arbeitslosenquote[2]	16,3	16,6	17,0	17,8	17,5	17,5
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	27	29	45	35	25	20
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	254	190	150	112	95	80
Berufliche Vollzeitweiterbildung	148	146	138	95	65	60

1 Zum 1.1.2005 sollen Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Rahmen von Hartz IV zusammengelegt werden. Die Einführung der Grundsicherung hat zur Folge, dass sich dann ohne Ausnahme jeder erwerbsfähige Empfänger einer bedürftigkeitsabhängigen Sozialleistung als arbeitssuchend melden muss, um finanzielle Nachteile zu vermeiden. Deshalb ist davon auszugehen, dass die Arbeitslosigkeit zunächst geringfügig steigen wird. Allerdings kann es unter anderem aufgrund einer forcierten Vermittlung zu einem gegenläufigen Effekt kommen. Zusammengenommen könnten sich die beiden Effekte kompensieren. – **2** Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose). – **3** Definition der ILO. – **4** Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose). – **5** »Kapital für Arbeit«, »Ich-AG«, Personal-Service-Agenturen, Sonderprogramm für Langzeitarbeitslose, »Jump Plus«. – **6** Westdeutschland: alte Bundesländer ohne Berlin, Ostdeutschland: neue Bundesländer einschließlich Berlin. – **7** Schätzung der Institute auf Basis der Länderergebnisse der Erwerbstätigenrechnung von Februar/März 2004.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; 2004 und 2005: Prognose der Institute.

zwar der Abstand zum Westen wieder etwas geringer (Tab. 3.8), aber nicht wegen einer stärkeren Produktionszunahme, sondern aufgrund der weiterhin divergierenden Bevölkerungsentwicklung. Während die Einwohnerzahl im Osten infolge geringer Geburtenzahlen und der Abwanderung sinkt, erhöht sie sich im Westen. Auch die Produktivitätslücke bleibt groß. Der Osten holt zwar – statistisch gesehen – auf, aber vorrangig wegen des stärkeren Rückgangs von Beschäftigung und geleisteter Arbeitszeit. Aufgrund der längeren tariflichen Arbeitszeit im Osten ist der Abstand gegenüber dem Westen bei der Produktivität, aber auch beim Arbeitsentgelt auf Stundenbasis größer als auf Basis der Personenzahl.

Nur geringer Rückgang des Budgetdefizits

Die Entwicklung der Staatseinnahmen wird in diesem Jahr zum einen von der verhaltenen wirtschaftlichen Expansion, zum anderen von Steuerrechtsänderungen geprägt. Die auf 2004 verschobene zweite Stufe der Steuerreform verursacht – im Vergleich zum Rechtsstand 2003 – Mindereinnahmen von reichlich 6 Mrd. Euro, die teilweise vorgezogene dritte Stufe weitere Einnahmeausfälle von 9 Mrd. Euro (Tab. 3.9). Die Einnahmen aus der Lohnsteuer werden deshalb kräftig – um reichlich 5% – sinken. Wenn das Steueraufkommen insgesamt dennoch um knapp 1% zunimmt, so ist dies vornehmlich auf die Erhöhung der Tabaksteuer, den Abbau von

Tab. 3.8
Indikatoren zum wirtschaftlichen Aufholprozess in Ostdeutschland

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Westdeutschland = 100													
Bruttoinlandsprodukt													
nominal je Einwohner[1]	33,4	41,2	50,8	57,2	59,6	61,7	62,2	61,5	62,4	61,8	62,1	62,8	63,9
Bauinvestitionen													
nominal je Einwohner[2]	70,2	103,1	131,0	164,1	175,8	180,8	172,8	153,2	137,0	120,5	108,1	101,7	100,4
darunter:													
Wohnbauten[2]	45,8	61,7	81,1	110,0	131,2	143,2	140,6	121,4	106,9	90,8	77,3	70,7	69,2
Nichtwohnbauten[2]	97,0	151,4	195,0	241,7	240,5	237,9	223,2	205,2	186,2	169,3	157,1	151,3	150,9
Investitionen in neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen													
nominal je Einwohner[2]	59,6	69,0	89,0	100,5	103,7	102,3	92,7	90,6	88,3	85,0	83,3	85,1	-
Arbeitnehmerentgelt je													
Arbeitnehmer[1]	49,3	61,9	69,2	72,6	75,2	75,8	76,1	76,3	77,1	77,3	77,2	77,2	77,4
Arbeitsstunde der Arbeitnehmer[1]	-	-	-	-	-	-	-	68,8	70,3	70,8	70,8	71,6	-
Arbeitsproduktivität je													
Erwerbstätigen[1, 3]	34,9	48,3	59,5	64,2	65,0	67,0	68,0	67,7	68,7	69,7	70,7	71,5	72,5
Arbeitsstunde der Erwerbstätigen[1, 3]	-	-	-	-	-	-	-	62,4	63,9	65,1	66,0	67,3	-
Lohnstückkosten[1,4]													
Basis Personen	141,1	128,3	116,3	113,2	115,7	113,1	111,8	112,6	112,2	110,8	109,2	108,0	106,8
Basis Stunden	-	-	-	-	-	-	-	110,2	110,0	108,8	107,2	106,4	-
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr													
Bevölkerung[1]													
Ostdeutschland	-	-1,3	-0,7	-0,6	-0,4	-0,4	-0,3	-0,4	-0,5	-0,6	-0,8	-0,9	-0,8
Westdeutschland	-	1,2	1,0	0,5	0,4	0,4	0,3	0,1	0,2	0,3	0,4	0,4	0,2
Erwerbstätige (Inland)[1]													
Ostdeutschland	-	-12,4	-2,5	2,4	1,9	-0,7	-1,2	0,2	0,5	-0,9	-1,4	-1,7	-1,6
Westdeutschland	-	0,8	-1,1	-0,6	-0,1	-0,2	0,0	1,3	1,3	2,3	0,8	-0,4	-1,0
Arbeitsvolumen[1]													
Ostdeutschland	-	-	-	-	-	-	-	-	-0,8	-2,3	-2,4	-2,7	-
Westdeutschland	-	-	-	-	-	-	-	-	0,8	1,3	-0,2	-0,8	-

1 Angaben für Ostdeutschland: neue Bundesländer ohne Berlin, für Westdeutschland: alte Bundesländer einschließlich Berlin. – **2** Angaben für Ostdeutschland: neue Bundesländer und Ostberlin, für Westdeutschland: früheres Bundesgebiet. – **3** Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen bzw. je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen. – **4** Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bzw. je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen bzw. je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (Rechenstand: April 2004); Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: April 2004); Berechnungen der Institute.

Steuervergünstigungen und Abschreibungsmöglichkeiten sowie nicht zuletzt auf die überdurchschnittliche Zunahme der Einnahmen aus der Körperschaftsteuer zurückzuführen; Letztere expandieren, weil die Unternehmen in geringerem Maße als in den Vorjahren die im Zusammenhang mit der Reform der Körperschaftsteuer entstandenen Erstattungsansprüche geltend machen. Aufkommenssteigernd wirken auch die Amnestieregelungen für Steuerflüchtlinge; allerdings werden die Mehreinnahmen von den Instituten um 3½ Mrd. Euro geringer veranschlagt als von der Bundesregierung. Das Umsatzsteueraufkommen wird erstmals seit längerer Zeit wieder zulegen, wenn auch nur schwach.

Die verhaltene Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung ist auch der Grund dafür, dass die Einnahmen der Sozialversicherungen in diesem Jahr nur wenig zunehmen werden. Aufkommenssteigernd wirkt, dass die Rentner höhere Beiträge auf Versorgungsbezüge (z.B. Betriebsrenten) entrichten müssen, doch werden die Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung gesenkt. Für die übrigen Einnahmen des Staates zeichnet sich ein Rückgang ab, vor allem weil die Gewinnabführung der Bundesbank in diesem Jahr – bedingt durch Wertberichtigungen auf ihre Dollarbestände und niedrigere Erlösen aus Finanzanlagen – sehr gering ausfiel. Alles in allem werden die Einnahmen des Staates in diesem Jahr um 0,4% zunehmen.

Als im Verlauf des vergangenen Jahres erkennbar wurde, dass 2004 die im Vertrag von Maastricht gezogene Defizitgrenze abermals überschritten werden dürfte, beschloss

Tab. 3.9
Veränderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben[1]
Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-) in Mrd. Euro gegenüber 2003

	2004	2005
Zweite Stufe der Einkommensteuerreform	-6,1	-6,3
Dritte Stufe der Einkommensteuerreform		
Tarifliche Entlastung zum 1. Januar 2004	-9,1	-9,2
Tarifliche Entlastung zum 1. Januar 2005	-	-6,2
Maßnahmen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen		
(Haushaltsbegleitgesetz 2004 ohne Tarifänderung, zzgl. »Koch-Steinbrück I«)	1,5	3,5
Steueränderungsgesetz 2003	-0,2	0,3
»Korb II«[2]	0,7	1,4
Brücke zur Steuerehrlichkeit (Steueramnestie)	1,5	-
Investmentmodernisierungsgesetz	-0,6	-0,5
Erhöhung der Tabaksteuer	1,0	2,2
Reform der Gewerbesteuer	0,2	0,5
Steuervergünstigungsabbaugesetz vom 16. Mai 2003	1,9	3,0
Alterseinkünftegesetz	-	-1,0
Senkung des durchschnittlichen Beitragssatzes in der gesetzlichen Krankenversicherung		
um 0,25 Prozentpunkte im Jahr 2004	-2,5	-2,6
um 0,2 Prozentpunkte im Jahr 2005	-	-1,5
Anhebung der Krankenversicherungsbeiträge für andere als gesetzliche Alterseinkünfte	1,6	1,6
Lkw-Maut	-	1,0
Zuzahlungen, Ausgrenzung von Leistungen und Struktureffekte im Rahmen der Gesundheitsreform	5,0	5,6[3]
Abschaffung des Sterbegeldes	0,4	0,4
Kürzung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes für Beamte	0,9	0,9
Kürzung von Subventionen und Vermögensübertragungen	1,3	1,0
Aussetzung der Anpassung bei Altersrenten im Jahr 2004[4]	0	0
Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors bei der Rentenanpassung	-	0,6
Belastung der Rentner durch den vollen Beitragssatz in der Pflegeversicherung	1,3	1,7
Sonstige Maßnahmen[5]	8,9	17,5
Insgesamt	**7,7**	**13,9**

1 Ohne makroökonomische Rückwirkungen. – **2** Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zum Vermittlungsverfahren zum Steuervergünstigungsabbaugesetz. – **3** Darunter: 0,5 Mrd. Euro aufgrund der privaten Absicherung von Zahnersatzleistungen. – **4** Die Aussetzung der Rentenanpassung zum 1. Juli 2004 dürfte keine Finanzwirkungen entfalten, da bei Fortgeltung des alten Rechts die Anpassung nach der aktuellen Datenlage nahe null, möglicherweise sogar negativ gewesen wäre. – **5** Darunter: Ausgabeneinsparungen im Haushaltsvollzug der Gebietskörperschaften und der Bundesagentur für Arbeit, »heimliche« Steuererhöhungen, Abbau des Personalbestands, Kürzung des Erziehungsgeldes.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen; Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit; Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung; Berechnungen der Institute.

die Bundesregierung weitere Maßnahmen zur Begrenzung des Ausgabenanstiegs. Nicht zuletzt deshalb kann für dieses Jahr mit nahezu stagnierenden Staatsausgaben gerechnet werden. Hierzu trägt wesentlich bei, dass die Personalausgaben per saldo nicht zunehmen, da weiterhin Stellen abgebaut werden[10] sowie Bund und Länder das Urlaubsgeld für Beamte gestrichen und deren Weihnachtsgeld gekürzt haben. Noch stärker dürften sich die Einsparbemühungen bei den Sachausgaben niederschlagen. Vor allem im Gesundheitswesen werden Leistungen eingeschränkt und die Zuzahlungen der privaten Haushalte erhöht; zudem werden die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen durch strukturelle Maßnahmen gesenkt. Gekürzt werden auch die Vermögensübertragungen (vor allem Investitionszuschüsse an die Bahn) und die Subventionen; Letztere fallen auch deshalb geringer aus, weil aufgrund des höheren Weltmarktpreises für Steinkohle geringere Beihilfen notwendig werden.

Beim größten Ausgabenblock, den monetären Sozialleistungen, kann nur mit einem mäßigen Zuwachs gerechnet werden. Zum einen wurde die Rentenerhöhung zur Jahresmitte 2004 ausgesetzt;[11] auch müssen die Rentner seit dem 1. April den vollen Beitrag zur Pflegeversicherung – anstelle des bisherigen halben – bestreiten. Zum anderen kommt es zu Einsparungen bei der Bundesagentur für Arbeit, da z.B. das Unterhaltsgeld bei Umschulungen bzw. Fortbildungen gekürzt wird und weniger Strukturanpassungs- und Beschäftigung schaffende Maßnahmen finanziert werden. Wie auch in den

[10] Allerdings handelt es sich dabei teilweise um eine Auslagerung von Einrichtungen aus den Kernhaushalten, nicht aber um die Streichung von Stellen.

[11] Bei Fortgeltung des alten Rechts wäre die Rentenanpassung allerdings wahrscheinlich sogar negativ gewesen.

Vorjahren wird der Rotstift bei den Investitionsausgaben – insbesondere auf der kommunalen Ebene – angesetzt. Obwohl die Gemeinden von 2004 an eine geringere Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder abführen müssen, bleibt ihre finanzielle Lage angespannt. Der Investitionsrückgang wird allerdings dadurch gemildert, dass im Rahmen des Programms »Zukunft, Bildung und Betreuung« mehr aufgewendet wird, um die Ganztagsbetreuung im schulischen Bereich zu fördern. Wegen der hohen Neuverschuldung werden die Zinsausgaben trotz des niedrigen Zinsniveaus deutlich zunehmen. Zwar wird der Anstieg nochmals dadurch gebremst, dass hochverzinsliche Altschulden durch niedrig verzinste neue Kredite abgelöst werden, jedoch ist dies nur noch in geringerem Maße als in den Vorjahren möglich.

Alles in allem werden die öffentlichen Haushalte 2004 einen Fehlbetrag von voraussichtlich 80 Mrd. Euro aufweisen; dies entspricht 3,7% des nominalen Bruttoinlandsprodukts (Tab. 3.10). Für das Jahr 2005 zeichnen sich nur wenig günstigere Perspektiven ab. Bei einem Zuwachs der Einnahmen um 1,5% und der Ausgaben um 1,3% erwarten die Institute ein Budgetdefizit von knapp 79 Mrd. Euro beziehungsweise von 3,5% des Bruttoinlandsprodukts. Die Defizitobergrenze des Maastricht-Vertrages wird damit zum vierten Mal infolge überschritten.

Ein Grund dafür ist, dass die Steuereinnahmen im Jahre 2005 deutlich schwächer zunehmen dürften als das nominale Bruttoinlandsprodukt. Zwar wird sich die Umsatzsteuer voraussichtlich parallel zur steuerrelevanten Inlandsnachfrage entwickeln, doch wird das Lohnsteueraufkommen infolge der nochmaligen Steuerentlastung leicht zurückgehen. Zudem ist die geplante Neuordnung der steuerlichen Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen, mit der ab 2005 schrittweise zur nachgelagerten Besteuerung übergegangen werden soll, mit Mindereinnahmen verbunden. Dagegen führen die weitere Anhebung der Tabaksteuer und der Abbau von Steuervergünstigungen zu Mehreinnahmen. Bei den Sozialbeiträgen ist nur mit einem geringen Anstieg zu rechnen, da die Beitragssätze in der Krankenversicherung nochmals leicht gesenkt werden und die konjunkturelle Erholung sich noch nicht in einer nennenswerten Steigerung der Bruttolöhne und -gehälter widerspiegelt. Die übrigen Einnahmen des Staates werden kräftiger als im laufenden Jahr expandieren. Neben einer höheren Gewinnabführung der Bundesbank wird angenommen, dass Einnahmen aus der Autobahnmaut für Lkw anfallen.

Die Personalausgaben des Staates werden sich auch 2005 sehr moderat entwickeln, da die Zahl der Beschäftigten weiter reduziert wird und die Tarifabschlüsse erneut niedriger ausfallen dürften als in der privaten Wirtschaft. Auch die Sachausgaben werden nur wenig expandieren, da es zu weiteren Einsparungen im Gesundheitswesen kommt; zudem gilt die Übernahme des vollen Beitragssatzes zur Pflegeversicherung durch die Rentner nun für das gesamte Jahr. Schließlich dürfte die Rentenanpassung zur Jahresmitte 2005 gering ausfallen, da die Löhne 2004 nur wenig steigen und die Rentenanpassungsformel um einen »Nachhaltigkeitsfaktor« ergänzt wurde. Angesichts der unverändert angespannten Finanzlage der öffentlichen Haushalte werden die Investitionsausgaben abermals gekürzt. Hingegen dürften die Zinsausgaben vergleichsweise kräftig expandieren, da die Einspareffekte bei der Refinanzierung von Altschulden geringer werden.

Alles in allem dürfte die Finanzpolitik im Prognosezeitraum leicht restriktiv ausgerichtet sein. Das strukturelle Defizit wird in diesem Jahr voraussichtlich um 0,4% des nominalen Bruttoinlandsprodukts und im Jahr

Tab. 3.10
Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren[1] 1991 bis 2005
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungssaldo	nachrichtlich: Zinssteuerquote[2]
	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:			
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Bruttoinvestitionen		
1991	44,1	22,4	17,2	47,1	2,8	2,7	-2,9	12,6
1992	45,5	22,8	17,6	48,1	3,3	2,9	-2,6	14,3
1993	46,2	22,9	18,2	49,3	3,3	2,8	-3,1	14,6
1994	46,6	22,9	18,6	49,0	3,3	2,7	-2,4	14,6
1995[3]	46,0	22,5	18,8	49,3	3,7	2,3	-3,3	16,3
1996	46,9	22,9	19,4	50,3	3,7	2,1	-3,4	16,0
1997	46,6	22,6	19,7	49,3	3,6	1,9	-2,7	16,1
1998	46,6	23,1	19,3	48,8	3,6	1,9	-2,2	15,6
1999	47,3	24,2	19,0	48,7	3,5	1,9	-1,5	14,4
2000[4]	47,1	24,6	18,6	48,2	3,4	1,8	-1,2	13,7
2001	45,5	23,0	18,5	48,3	3,3	1,7	-2,8	14,2
2002	45,0	22,6	18,4	48,5	3,1	1,6	-3,5	13,7
2003	45,0	22,7	18,6	48,9	3,1	1,5	-3,9	13,7
2004	44,2	22,3	18,4	47,9	3,1	1,4	-3,7	14,1
2005	43,9	22,1	18,2	47,4	3,2	1,4	-3,5	14,4

1 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. – **2** Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen in %. – **3** Ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR (per saldo 119,4 Mrd. Euro). – **4** Ohne Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen (50,8 Mrd. Euro).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2004 und 2005: Prognose der Institute.

Tab. 3.11
Finanzwirtschaftliche Planungen der Bundesregierung 2001 bis 2007

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Wachstum des realen BIP[1]							
- Stabilitätsprogramm 2000	2 3/4	2 1/2	2 1/2	2 1/2	-	-	-
- Stabilitätsprogramm 2001	3/4	1 1/4	2 1/2	2 1/2	2 1/2	-	-
- Stabilitätsprogramm 2002	0,6	1/2	1 1/2	2 1/4	2 1/4	2 1/4	-
- Stabilitätsprogramm 2003	0,6	0,2	0	1 1/2 - 2	2 1/4	2 1/4	2 1/4
Defizitquote[2]							
- Stabilitätsprogramm 2000	- 1 1/2	-1	- 1/2	0	-	-	-
- Stabilitätsprogramm 2001	- 2 1/2	-2	-1	0	0	-	-
- Stabilitätsprogramm 2002	-2,8	- 3 3/4	- 2 3/4	- 1 1/2	-1	0	-
- Stabilitätsprogramm 2003	-2,8	-3,5	-4	- 3 1/2[a]	- 2 1/2	-2	- 1 1/2
Strukturelle Defizitquote							
- Stabilitätsprogramm 2002	- 2 3/4	-3	-2	-1	-1	- 1/2	-
- Stabilitätsprogramm 2003	-	-3,3	-3	- 2 1/2	-2	- 1 1/2	-1
Staatsquote[3]							
- Stabilitätsprogramm 2000	46 1/2	45 1/2	44 1/2	44	-	-	-
- Stabilitätsprogramm 2001	48	48	46 1/2	45 1/2	44 1/2	-	-
- Stabilitätsprogramm 2002	48,3	48 1/2	48	46 1/2	45 1/2	44 1/2	-
- Stabilitätsprogramm 2003	48,3	48,5	49	47 1/2	46 1/2	45 1/2	44 1/2
Abgabenquote[4]							
- Stabilitätsprogramm 2000	41	41	40 1/2	40 1/2	-	-	-
- Stabilitätsprogramm 2001	41 1/2	42	42	41 1/2	41	-	-
- Stabilitätsprogramm 2002	41,5	41	41 1/2	41 1/2	41	41	-
- Stabilitätsprogramm 2003	41,5	41,1	41	40 1/2	40 1/2	40 1/2	40 1/2

1 In Preisen von 1995; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %. – **2** Budgetdefizit in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. – **3** Staatsausgaben in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. – **4** Steuern und Sozialabgaben in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. – a Aufgrund einer Aktualisierung vom Januar 2003 erwartet die Bundesregierung nunmehr eine Defizitquote von 3 1/4%.

Quelle: Bundesministerium für Finanzen.

2005 um 0,3% zurückgeführt. Damit werden die Zusagen der Bundesregierung gegenüber der Europäischen Kommission verfehlt[12], zumal die Wirtschaft in diesem und insbesondere im nächsten Jahr erheblich langsamer wachsen wird als im Stabilitätsprogramm vom Dezember 2003 zugrunde gelegt (Tab. 3.11). Sollen die Zusagen eingehalten werden, wären – ohne Berücksichtigung makroökonomischer Rückwirkungen – im laufenden Jahr weitere Einsparungen in einer Größenordnung von 5 1/2 Mrd. Euro und im kommenden Jahr von 6 1/2 Mrd. Euro erforderlich.

4. Zur Wirtschaftspolitik

Die deutsche Wirtschaft löst sich allmählich aus der Stagnation, und die konjunkturelle Erholung wird sich im kommenden Jahr mit hoher Wahrscheinlichkeit fortsetzen. Allerdings bleibt das Tempo gering. Getragen wird die Konjunktur in erheblichem Maße vom Aufschwung in der Weltwirtschaft. Eine stärkere Expansion der Inlandsnachfrage, die notwendig wäre, um von einem kräftigen Aufschwung sprechen zu können, ist im Prognosezeitraum wenig wahrscheinlich. Die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts bleibt – wie schon in den vergangenen zehn Jahren – hinter der ohnehin nur schwachen Dynamik im übrigen Euroraum zurück.

So macht denn auch die konjunkturelle Erholung, die jetzt eingesetzt hat, die Herausforderungen für die Politik nicht geringer. Es wäre falsch zu meinen, die bessere Konjunktur sei auch oder sogar vorwiegend das Ergebnis der in Gang gesetzten Reformen, und man könne nun warten, weil vermeintlich genug getan worden sei. Vielmehr ist die Wirtschaftspolitik auch jetzt gefordert, das Potentialwachstum in Deutschland zu stärken und dabei auf eine kräftige Zunahme der Beschäftigung hinzuwirken. Es wäre fatal, wenn man die Jahre 2004 und 2005 – mit einer Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts von geschätzten jeweils 1 1/2% – rückblickend schon als »gute Jahre« für die Konjunktur bezeichnen müsste. Größere Anstrengungen sind auch erforderlich, um zu verhindern, dass sich die Probleme für das System der sozialen Sicherung zuspitzen. Dieses Risiko eines anhaltend niedrigen Wirtschaftswachstums hatten die Institute hauptsächlich gemeint, als sie in den vergangenen Gutachten davor warnten, dass sich der Lebensstandard

[12] Die Bundesregierung erklärte sich im November 2003 bereit, die strukturelle Defizitquote im Jahr 2004 um 0,6 Prozentpunkte und im Jahr 2005 um mindestens 0,5 Prozentpunkte zu verringern, um so sicherzustellen, dass die Haushaltsfehlbeträge im Jahr 2005 wieder unter der Defizitobergrenze von 3% liegen.

von Teilen der deutschen Bevölkerung möglicherweise vermindern werde. Vermutlich wird das Verhalten der privaten Haushalte und der Unternehmen bereits jetzt dadurch beeinflusst, dass sie ihre mittelfristigen Einkommensaussichten eher pessimistisch einschätzen.

Die Wachstumsschwäche zeigt sich in der mittelfristigen Entwicklung der Kapitalbildung, der Beschäftigung – sinnvollerweise gemessen am Arbeitsvolumen – sowie des Produktivitätsfortschritts (Abb. 4.1). Seit Anfang der neunziger Jahre

- ist die Investitionsquote im Trend leicht gefallen,
- ist das Arbeitsvolumen fast kontinuierlich gesunken und
- hat der Anstieg der Arbeitsproduktivität abgenommen.[13]

Damit befinden sich diese drei Größen im Abwärtstrend, und zwar deutlich stärker, als es in vielen europäischen Ländern der Fall ist – ganz zu schweigen von den USA, wo diese Größen aufwärts gerichtet sind. Nach nahezu allen Schätzungen nationaler Institutionen und internationaler Organisationen hat sich das Wachstum in Deutschland im Trend verlangsamt, und diese Tendenz hat sich bis zuletzt fortgesetzt.

Dies hat gravierende Konsequenzen für alle Bereiche der Wirtschaftspolitik; sie reichen vom Pfad der Konsolidierung in den öffentlichen Haushalten bis hin zu den Orientierungsgrößen für die Lohnpolitik. Die Wirtschaftspolitik ist jetzt gefordert, Fehler und Versäumnisse aus der Vergangenheit zu korrigieren. Denn die Politik hat die Wachstumsschwäche durchaus mitverursacht. Hier ist vor allem die Investitionstätigkeit des Staates zu nennen. Durch den Rückgang der Investitionen in Realkapital und die Kürzungen bei den Ausgaben für die Bildung von Humankapital wurde die Kapitalbasis vermindert und der Produktivitätsfortschritt geschwächt. In der Lohn- und Arbeitsmarktpolitik wurden die Arbeitsanreize in der Vergangenheit nicht hinreichend erhöht; vor allem hat die staatlich subventionierte Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch Frühverrentung zur Abnahme des Arbeitseinsatzes beigetragen.[14]

Gemessen an diesen Problemen ist die Ausgangslage für die Wirtschaftspolitik derzeit aus mehreren Gründen schwierig. Die Finanzpolitik steht vor der Aufgabe, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. Daher gibt es scheinbar wenig Spielraum für eine Wachstumspolitik, zum Beispiel für höhere Investitions- und Bildungsausgaben. Gleichzeitig erfordert die sich abzeichnende Verschiebung der Altersstruktur zulasten der Bevölkerung im Erwerbsalter weitere

Abb. 4.1

Arbeitsvolumen, Produktivität und Investitionen

1) Nominale Ausrüstungsinvestitionen bzw. nominale gewerbliche Anlageinvestitionen ohne Wohnungsbauten in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute. GD Frühjahr 2004

Maßnahmen in der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung, um den künftigen Belastungen gerecht zu werden. Was man bislang beschlossen hat, verschafft allenfalls eine Atempause; weiter reichende Vorschläge, z.B. von der Rürup-Kommission, wurden noch nicht umgesetzt.

In der Finanzpolitik in Deutschland ist derzeit kein klares Konzept zu erkennen. Gewiss hat die derzeit schwierige Lage in den öffentlichen Haushalten immer noch mit den besonders hohen Lasten zu tun, die sich in der Folge der deutschen Einheit ergeben haben. Auch rächt es sich nun, dass man die versprochene und notwendige Haushaltskonsolidierung in der Hochkonjunktur nicht intensiv genug betrie-

[13] Ähnliches gilt für die totale Faktorproduktivität.

[14] Das DIW Berlin ist der Auffassung, dass die Makropolitik in der Vergangenheit die Wachstumsschwäche mitverursacht hat, weil sie zumeist nicht so zügig und deutlich auf wirtschaftliche Abschwünge reagiert hat, wie beispielsweise jene in den USA. Sie hat damit die negativen mittelfristigen Wirkungen von konjunkturellen Schwächephasen weniger stark bekämpft.

ben hat. Doch hat es wenig Sinn, in die Vergangenheit zu schauen. Vor allem kommt es darauf an, die richtigen Akzente in der Wachstumspolitik zu setzen. So gilt es, das Versprechen einzulösen, die Staatsausgaben zugunsten investiver Ausgaben umzuschichten. Mittelfristig sollten die Ausgaben des Staates für Sach- und Humankapital wieder erheblich aufgestockt werden.

Auch das Ziel, die Abgabenlast zu verringern, muss trotz hoher Budgetdefizite nicht grundsätzlich aufgegeben werden. Zwar ist es aus heutiger Sicht schwierig, die Bürger weiter zu entlasten. Doch muss man mit einer Reform des Steuersystems nicht Jahre warten; vielmehr sollte auf Basis der vorliegenden Vorschläge nun auf jeden Fall das Steuersystem rasch vereinfacht werden. Wenn man mit dem Abbau von Subventionen und Steuervergünstigungen vorankommt, eröffnen sich Spielräume sowohl für mehr staatliche Investitionen als auch für niedrigere Steuersätze. In dieser Debatte hat der anfängliche Schwung, der im vergangenen Jahr zu beobachten war, nachgelassen, obwohl durchaus ein breiter Konsens für einen Subventionsabbau besteht. Die Institute plädieren dafür, den Abbau nach dem Plan der Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück zu forcieren und in einigen Bereichen sogar noch darüber hinauszugehen.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank hat die konjunkturelle Erholung im Euroraum und auch in Deutschland durch niedrige Zinsen gefördert. Wenn nun auch weltweit offenbar eine Zinswende bevorsteht, ist es richtig, dass die EZB die Zinsen beibehält, solange die wirtschaftliche Erholung im Euroraum so moderat verläuft wie sowohl von den Instituten als auch von der Notenbank prognostiziert. Eine weitere Zinssenkung wäre nur angemessen, wenn der Preisanstieg unerwartet stark zu sinken und so die Zielmarke der EZB deutlich zu unterschreiten drohte. Umgekehrt wäre eine Straffung der Geldpolitik sinnvoll, wenn die Inflationsgefahren wieder zunähmen; dies ist jedoch unter den zu erwartenden Rahmenbedingungen nicht wahrscheinlich. Generell ist hinsichtlich des Niveaus der kurzfristigen Zinsen zu bedenken, dass sie auf Basis aller fundamentalen Überlegungen nicht auf Dauer so niedrig bleiben können, wie sie es derzeit sind.

Zur Agenda 2010

Vor gut einem Jahr hat die Bundesregierung mit ihrer Agenda 2010 eine Strategie vorgestellt, die darauf abzielt, durch strukturelle Reformen der Sozialversicherung und Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt die deutsche Wirtschaft auf einen höheren Wachstums- und Beschäftigungspfad zu führen. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen war, dass ein höheres Wachstum und eine höhere Beschäftigung im Wesentlichen durch Reformen auf der Angebotsseite zu erreichen wären. Ein wesentliches Element dieser Strategie sind Leistungseinschränkungen und Anreizverbesserungen in der Sozialversicherung, die zu dauerhaft niedrigeren Lohnnebenkosten führen sollen. Ein zweites Kernstück besteht in der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sowohl im Hinblick auf die Vermittlung von Arbeitslosen als auch durch den Abbau von Schutzregelungen für Beschäftigte. Alles zusammen soll die Kosten der Arbeit reduzieren oder zumindest ihren Anstieg begrenzen und die Anreize zur Arbeitsaufnahme verstärken. Bereits durch die Ankündigung dieser Reformen sollte ein positives Wachstums- und Beschäftigungsklima erzeugt werden.

Nunmehr sind zahlreiche Maßnahmen der Agenda umgesetzt worden. Insbesondere wurden Reformen für den Arbeitmarkt in Angriff genommen. Gleichwohl hat sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland bislang nicht grundlegend verbessert. Der von manchen erhoffte, bereits kurzfristig positiv wirkende Erwartungseffekt ist ausgeblieben, und die Skepsis der Institute hat sich damit bewahrheitet. Mehr noch, die Erwartungen der Verbraucher sind wegen der zukünftigen oder bereits eingetretenen Leistungskürzungen und den damit befürchteten Einkommensverlusten im Alter gedrückt. Dies dürfte zu der gestiegenen Sparquote und der tiefgreifenden Konsumschwäche beigetragen haben.

Ohne Zweifel sind strukturelle Reformen notwendig, um die sozialen Sicherungssysteme nachhaltig zu sichern. Auch die Institutionen des Arbeitsmarktes bedürfen einer Reform. Die Effizienz der bisher von der Bundesagentur für Arbeit (BA) verwendeten arbeitsmarktpolitischen Instrumente wird allgemein als gering eingeschätzt. Auch ist es sinnvoll, die Anreize für Arbeitslose, Arbeit aufzunehmen, zu verstärken.

Strukturelle Reformen sind nur erfolgreich, wenn sie die Anreize so verbessern, dass die zur Verfügung stehenden Mittel effizienter eingesetzt werden. Ein positives Beispiel hierfür ist die Praxisgebühr, die die in Deutschland im internationalen Vergleich sehr häufigen und kostentreibenden Arztkontakte nach ersten Ergebnissen zunächst deutlich vermindert hat. Dies spart Kosten und wirkt sich damit dämpfend auf die Lohnnebenkosten aus. Positive Beispiele könnten sich auch aus einem Teil der Arbeitsmarktreformen ergeben. Gelänge es, die Effizienz der Beschäftigungsvermittlung zu steigern, ergäbe sich hieraus zumindest ein einmaliger Beschäftigungseffekt. Allerdings ist einzuschränken, dass angesichts der nur niedrigen Zahl von Vakanzen die Wirkung gering sein wird. Aus den gleichen Gründen führt auch die beschlossene Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu keiner zusätzlichen Beschäftigung.

Viele der Arbeitsmarktreformen, z.B. die strengere Zumutbarkeitsregelung, dürften das Wachstumspotential steigern. Sie werden aber ihre volle Wirkung erst in einem Aufschwung entfalten, wenn das Potential mehr und mehr ausgeschöpft

ist. Auch könnte der Aufschwung mit den Reformen länger anhalten als ohne sie.

Wenig effizienzsteigernd sind solche Reformen im Gesundheitssektor, mit denen allein – wie künftig beim Zahnersatz – die Finanzierung der Leistungen auf die privaten Haushalte verlagert wird. Solange keine zusätzlichen Anreize für eine bessere Vorsorge damit verbunden sind, können auch hieraus nicht die erwünschten Wachstums- und Beschäftigungseffekte entstehen. Zwar verbilligt sich auf der einen Seite der Einsatz des Faktors Arbeit für die Unternehmen, und die internationale Wettbewerbsfähigkeit wird verbessert. Auf der anderen Seite wird jedoch der private Verbrauch belastet. Wie hoch auch immer man die beiden Effekte im Einzelnen einschätzt, ein durchgreifender Wachstumsimpuls kann hieraus nicht entstehen. Gerade im Gesundheitssystem wird die Reform der kostentreibenden Strukturen bei den Kassenärztlichen Vereinigungen und der Pharmaindustrie, die durch mangelnden Wettbewerb gekennzeichnet sind, nicht zielstrebig genug angegangen.

Alles in allem ist selbst von den langfristig sinnvollen Reformschritten kein Anstoß für die Konjunktur zu erwarten. Auf längere Sicht ist aber mit einem Wachstumsimpuls zu rechnen, der allerdings nicht allzu groß sein wird.

Zur Arbeitsmarktpolitik

Die Bundesregierung hat im Jahre 2003 mit einer Neuausrichtung ihrer Arbeitsmarktpolitik begonnen. Grundlage sind die Vorschläge der Hartz-Kommission vom August 2002.[15] Im vergangenen Jahr wurde eine Reihe von Maßnahmen in Kraft gesetzt. So wurden insbesondere

- mit der Einrichtung von Personal-Service-Agenturen (PSA) begonnen,
- die Förderung von Existenzgründungen durch sog. Ich-AGs erweitert und
- die Bestimmungen für Mini-Jobs neu geregelt und eine Gleitzone für Midi-Jobs zwischen 400 und 800 Euro eingeführt.[16]

Darüber hinaus wurden u.a. eine frühzeitigere Meldefrist für Arbeitslose eingeführt, die Zumutbarkeitsregelungen verschärft, die Möglichkeiten der befristeten Beschäftigung älterer Arbeitnehmer ausgeweitet, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes verkürzt (ab Februar 2006) und der Kündigungsschutz partiell gelockert. Ein weiterer Vorschlag der Hartz-Kommission, die Einstellung von Arbeitslosen durch Koppelung an ein zinsgünstiges Darlehen zu fördern (»Kapital für Arbeit«), war bereits Ende 2002 beschlossen worden. Nun soll die Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik mit der Umwandlung der Arbeitsämter in Job-Center und mit der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II fortgesetzt werden.

Entsprechend dem Auftrag der Hartz-Kommission zielt die Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik großenteils auf eine effizientere Arbeitsvermittlung, eine bessere Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen, die Verringerung von Mismatch am Arbeitsmarkt sowie eine Intensivierung der Suchprozesse; dadurch soll die Dauer der Arbeitslosigkeit reduziert werden. Mit den neuen Regelungen soll aber auch insgesamt die Flexibilität und Dynamik am Arbeitsmarkt erhöht werden. Schließlich sollen auch Kosten verringert und finanzielle Mittel eingespart werden, u.a. durch die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

Nimmt man allein die Inanspruchnahme der neuen Instrumente als Maßstab, kann die Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik durchaus Erfolge vorweisen. Dies gilt insbesondere für die Ich-AGs, von denen es im März dieses Jahres schon 115 770 gab; entsprechend gestiegen ist die Zahl der Selbständigen. Hinter den Erwartungen zurück blieben die PSA;[17] hier waren im März knapp 27 000 zuvor als arbeitslos gemeldete Personen untergebracht.[18] Wenig Zuspruch fand auch das Programm »Kapital für Arbeit«; es führte lediglich zu 12 000 Neueinstellungen.

Schwer abzuschätzen sind die Auswirkungen der Neuregelung der Mini-Jobs. Die Zahlen der Minijob-Zentrale müssen noch mit der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten abgeglichen werden und sind deshalb zur Beurteilung der Arbeitsmarktwirkungen nur bedingt geeignet. Nach Angaben der BA war die Zahl der geringfügig Beschäftigten Anfang dieses Jahres um rund 320 000 höher als vor dem Inkrafttreten der Neuregelung im März 2003. Dabei handelt es sich aber um Bruttozahlen, denn durch die Anhebung der Freigrenze von 325 Euro auf 400 Euro wurden zuvor sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in Mini-Jobs umgewandelt. Dies dürfte auf etwa 40% der neuen Mini-Jobs zutreffen, so dass die Zahl der zusätzlich Beschäftigten bei knapp 200 000 anzusetzen ist.[19]

[15] Vgl.: Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt. Bericht der Kommission »Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt«, Berlin, August 2002.

[16] Während die Reform der Mini-Jobs im Prinzip lediglich eine Rücknahme der Reform aus dem Jahre 1999 darstellt, ist die Gleitzone neu. Sie soll geringfügige Beschäftigungen zwischen 400 und 800 Euro für Arbeitnehmer attraktiver machen und die »Abgabenfalle« der alten Regelung beseitigen. Vgl. M. Arntz, M. Feil und A. Spermann: Die Arbeitsangebotseffekte der neuen Mini- und Midijobs – eine ex-ante Evaluation. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 36 (3), 2003, S. 271–290.

[17] Nach den – gegenüber der Hartz-Kommission bereits deutlich zurückgeschraubten – Vorstellungen der Bundesregierung sollte es bis Ende 2003 rund 50 000 Beschäftigte in PSA geben.

[18] Der Rückgang gegenüber dem Vormonat ist in erster Linie auf die Insolvenz der »Maatwerk Deutschland GmbH« im Februar 2004 zurückzuführen. Sie besaß ein Fünftel aller PSA mit 9 000 darin beschäftigten Personen.

[19] Weitere Doppelzählungen können sich daraus ergeben, dass Beschäftigte mit mehreren Mini-Jobs sozialversicherungspflichtig werden und dann auch dort statistisch erfasst werden.

Die Auswirkungen der neuen Instrumente auf den Arbeitsmarkt sind unterschiedlich. PSA und Ich-AGs erhöhten die Beschäftigung und senkten gleichzeitig die Arbeitslosenzahl. Die Neuregelung bei den Mini-Jobs führte zwar ebenfalls zu einer Erhöhung der Beschäftigtenzahl, die Arbeitslosigkeit wurde dadurch aber bisher kaum reduziert. Denn die Mini-Jobs wurden großenteils durch Personen, die nicht als arbeitslos registriert waren (Schüler, Studenten, Rentner usw.), oder – als Zweitjobs – von bereits Beschäftigen in Anspruch genommen. Die verschärften Aktivierungsanstrengungen der BA äußerten sich bisher in erster Linie in einer Statistikbereinigung; so wurden Arbeitslose wegen mangelnder Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt bzw. fehlender Mitwirkung bei der Arbeitsplatzsuche aus der Statistik gestrichen.

Wie viele zusätzliche Arbeitsplätze die Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik bisher tatsächlich gebracht hat und wie dauerhaft diese sind, lässt sich nur schwer abschätzen. Denn die neuen Instrumente haben zum Teil erhebliche Mitnahme- und Verdrängungseffekte. Das Programm »Kapital für Arbeit« dürfte überwiegend zu Mitnahmeeffekten geführt haben. Die Reform der geringfügigen Beschäftigung in Form von Mini-Jobs und Midi-Jobs hat die Attraktivität einer legalen Beschäftigung im Niedriglohnbereich sicherlich merklich erhöht; das zeigt auch die kräftig gestiegene Zahl der Mini-Jobs in Privathaushalten.[20] Die Kehrseite sind aber nicht unbeträchtliche Verdrängungseffekte. So dürfte sich der Trend zur Aufteilung von Vollzeitjobs in mehrere Mini-Jobs durch die Neuregelung noch verstärkt haben. Auch bei den PSA spricht vieles für erhebliche Mitnahme- und Verdrängungseffekte. Die Einrichtung von PSA und die damit einhergehende Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes gefährdet nicht nur Arbeitsplätze bei regulären Zeitarbeitsfirmen – hier gibt es bereits Einbußen –; die damit verbundenen Lohnsubventionen könnten auch Unternehmen veranlassen, bei ohnehin geplanten Neueinstellungen zunächst auf PSA-Beschäftigte zurückzugreifen. Bei den Ich-AGs sind ebenfalls Verdrängungseffekte auf dem ersten Arbeitsmarkt, aber auch Mitnahmeeffekte bei Arbeitslosen[21] zu erwarten. Zudem sagt die hohe Zahl der Ich-AGs noch nicht viel über den Erfolg dieser Maßnahme aus. Denn anders als beim traditionellen Übergangsgeld müssen Arbeitslose, die eine Ich-AG gründen, kein tragfähiges Geschäftskonzept vorlegen. Das lässt befürchten, dass ein großer Teil der Gründer noch während oder spätestens nach Ablauf der – degressiv gestalteten – Förderung wieder aufgibt und in die Arbeitslosigkeit zurückfällt.

Ein weiteres Kernstück der Vorschläge der Hartz-Kommission, die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und die Einführung des Arbeitslosengeldes II, soll zum 1. Januar 2005 in Kraft treten. Die Wirkungen, die davon auf den Arbeitsmarkt ausgehen, sind derzeit kaum abzuschätzen. Teile der Reform, insbesondere die Zuständigkeit für die Betreuung erwerbsfähiger Sozialhilfeempfänger, sind noch offen. Die Institute hatten bereits in ihrem Gutachten vom vergangenen Herbst für eine enge Zusammenarbeit zwischen der BA und den Sozialämtern der Kommunen bei der Betreuung der erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger plädiert, um Arbeitsvermittlung und soziale Integration vor Ort in einer Hand zu konzentrieren.[22] Dies ist im vorliegenden Gesetzentwurf im Grundsatz auch vorgesehen. Kritik gibt es aber insbesondere von Ländern und Gemeinden an den Arbeitsgemeinschaften von Agenturen für Arbeit und kommunalen Trägern, die die Bezieher von Arbeitslosengeld II künftig betreuen sollen. Die Kommunen befürchten, dass sie dort nicht gleichberechtigt tätig werden können. Um solchen Bedenken Rechnung zu tragen, soll es zusätzlich eine so genannte Optionslösung geben, die den Kommunen die Wahl einräumt, auch die Aufgaben der BA zu übernehmen. Über die Ausgestaltung gibt es aber noch keine Einigung zwischen Bund und Ländern. Das Nebeneinander verschiedener Modelle ist nach Einschätzung der Institute nicht unproblematisch. Es dürfte zu Reibungsverlusten führen, zumal ein Wechsel zwischen beiden Modellen möglich ist. Nach Einschätzung der Institute sollte unbedingt vermieden werden, dass die Zusammenführung der Systeme von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer Aufblähung der Bürokratie führt, die die angestrebten Effizienzgewinne zunichte macht.

Die Institute halten es für sinnvoll, dass bei der Anrechnung von Einkommen und Vermögen solche Vermögensteile nicht berücksichtigt werden sollen, die der Altersvorsorge dienen. Sie befürworten auch, das Zuverdienen zu erleichtern. Die jetzt vorgesehene Regelung stellt eine erhebliche Verbesserung gegenüber der heutigen Sozialhilfepraxis dar, da Transferentzugsraten von 100% nicht mehr wie bisher bei einem Monatslohn von 691 Euro, sondern erst von mehr als 1 500 Euro erreicht werden. Es ist allerdings noch nicht abzuschätzen, was diese Maßnahme kostet. Die Institute halten es ebenfalls für sinnvoll, dass von den erwerbsfähigen Sozialhilfeempfängern im Sinne des Förderns und Forderns eigene Bemühungen um einen Arbeitsplatz eingefordert und bei Fehlverhalten Sanktionen ergriffen werden. Positiv zu werten ist auch, dass entgegen der ursprünglichen

[20] Nach Angaben der Minijob-Zentrale gab es Anfang April dieses Jahres etwa 100 000 gemeldete Mini-Jobs in Privathaushalten. Ein Jahr zuvor betrug die Zahl nur 26 000.

[21] So könnten Arbeitslose, deren Anspruchsdauer auf Arbeitslosengeld nur noch kurz ist, eine Ich-AG anmelden und so die Bezugsdauer verlängern. Der Anreiz dazu ist umso größer, wenn kein oder nur ein geringer Anspruch auf Arbeitslosenhilfe besteht.

[22] Vgl.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2003, Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Hamburg: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW Berlin; Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA); ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München; Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel; Institut für Wirtschaftsforschung Halle; Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen; S. 43.

Absicht darauf verzichtet wurde, die Zumutbarkeit der Arbeitsaufnahme für Langzeitarbeitslose an einen »ortsüblichen Lohn« zu koppeln. Damit hätte man einen Mindestlohn eingeführt, der die Vermittlung solcher Arbeitsloser erschwert hätte.

Als Folge der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe könnte die Zahl der Arbeitslosen zunächst steigen. So könnte die stufenweise Senkung der Arbeitslosenhilfe dazu führen, dass Angehörige von Arbeitslosenhilfebeziehern sich nun ebenfalls als arbeitssuchend melden. Zudem werden erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger, die sich bisher – etwa wegen der Betreuung kleiner Kinder – nicht als arbeitssuchend registrieren lassen mussten, dies nun nachholen, um ihre Leistung nicht zu verlieren. Wie groß dieser Effekt sein wird, ist nur schwer abzuschätzen; er könnte eine Größenordnung von reichlich 100 000 erreichen.

Die Institute haben bereits mehrfach betont, dass sie die in Angriff genommene Arbeitsmarktreform alles in allem für einen Schritt in die richtige Richtung halten. Sie könnte dazu beitragen, die Effizienz der Arbeitsvermittlung und die Intensität der Arbeitssuche zu erhöhen sowie die Dauer der Arbeitslosigkeit zu verringern. Auch könnte die Neuregelung der Mini-Jobs helfen, Arbeitsplätze aus der Schattenwirtschaft auf den regulären Arbeitsmarkt zurückzuverlagern. Die Institute haben allerdings immer davor gewarnt, bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit allzu große Hoffnungen auf das Hartz-Konzept zu setzen, das die Grundlage der neuen Arbeitsmarktpolitik bildet. Ein Grund dafür sind die nicht unerheblichen Mitnahme- und Verdrängungseffekte. Schwerer wiegt aber noch, dass die ergriffenen Maßnahmen nur wenig dazu geeignet sind, wesentliche Determinanten von Höhe und Struktur der Arbeitslosigkeit wie die zu geringe Wachstumsdynamik, eine hohe Regulierungsdichte am Arbeitsmarkt, Qualifikationsmängel beim Arbeitsangebot und eine immer noch relativ geringe Lohnspreizung zu beseitigen. Insofern dürfte auch der rückläufige Trend beim Arbeitsvolumen durch die Reform der Arbeitsmarktpolitik allenfalls etwas gebremst, aber nicht umgekehrt werden.

Zur Lohnpolitik

Seit drei Jahrzehnten steigt die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Die Arbeitslosenquote ist heute zehnmal so hoch wie Anfang der siebziger Jahre. Diese Entwicklung hat viele Ursachen, die nicht nur auf Funktionsstörungen auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen sind. Die Tarifpartner haben aber eine besondere Verantwortung, eine beschäftigungsfreundliche Lohnpolitik zu betreiben. Dies gilt vor allem in Zeiten, in denen von vielen wegen der Beschleunigung des Globalisierungsprozesses ein Druck auf den heimischen Beschäftigungsstandort befürchtet wird.

Die zunehmende internationale Integration der Schwellen- und Reformländer ändert die Angebots- und Nachfragebedingungen auf den Weltmärkten. Aufgrund der noch über längere Zeiträume vergleichsweise niedrigen Lohnsätze in diesen Ländern wandert vor allem arbeitsintensive Produktion dorthin ab. Gleichzeitig steigen die Exporte in diese Länder von solchen Gütern, bei denen Deutschland einen komparativen Vorteil hat. Da es sich dabei aber typischerweise um human- und sachkapitalintensiv hergestellte Produkte handelt, kann die Beschäftigung vor allem von relativ niedrig Qualifizierten nur gehalten werden, wenn die freigesetzten Arbeitskräfte in diesen expandierenden Sektoren oder in der Produktion nichthandelbarer Güter eine neue Beschäftigung finden. In vielen Fällen ist dies nur möglich, wenn die Löhne für die betroffenen Gruppen langsamer steigen oder sogar fallen. Von manchen wird erwartet, dass dies einen so breiten Kreis betrifft, das sogar ein Druck auf das durchschnittliche Lohnniveau ausgeht. Das bedeutet nicht, dass Löhne auf das niedrige Niveau in den Beitrittsländern sinken müssen. In dem Maße, wie die deutsche Produktivität höher ist als dort, können auch höhere Löhne bezahlt werden. Will man einen Konvergenzprozess der Beitrittsländer, ist es unmöglich und auch nicht wünschenswert, alle Produktionsaktivitäten im Inland zu halten. Die Löhne müssen aber so flexibel sein, dass der notwendige Strukturwandel von dieser Seite nicht zusätzlich belastet wird.

Aus diesen allgemeinen Überlegungen lassen sich keine einfachen Richtlinien für eine »richtige« Lohnpolitik herleiten. Die Tarifparteien sollten darauf achten, dass auch für weniger produktive Beschäftigte marktgerechte Löhne ermöglicht werden. So können Arbeitsplätze, die im Strukturwandel verloren gehen, durch neue ersetzt werden. Niedrige Steigerungen der Tariflöhne ermöglichen es den Unternehmen selbst, eine stärkere Lohndifferenzierung zu finden; das allein reicht aber zur Findung einer marktgerechten Lohnstruktur nicht aus. Tarifliche Öffnungsklauseln und eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit können die Anpassungsflexibilität verbessern.

Im Kern soll sich die Lohnentwicklung an der Produktivität orientieren; die Ausrichtung an der gemessenen Durchschnittsproduktivität kann aber irreführend sein, da ein Beschäftigungsrückgang die gemessene Arbeitsproduktivität erhöht (Entlassungsproduktivität) und damit fälschlicherweise einen Verteilungsspielraum suggeriert, der unter dem Aspekt der Beschäftigungssicherung nicht vorhanden ist. Über die korrekte Methode zur Messung des beschäftigungsneutralen Produktivitätswachstums mag man diskutieren, die Notwendigkeit der Bereinigung um die Entlassungsproduktivität sollte allerdings nicht umstritten sein. Ein praktikabler Vorschlag für künftige Lohnverhandlungen könnte sein, von der Trendwachstumsrate der Arbeitsproduktivität einen Abschlag von beispielsweise einem halben Prozentpunkt zu kalkulieren und nur die Inflationsrate zu

berücksichtigen, die mit dem Inflationsziel der EZB vereinbar ist.[23]

Einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigungssicherung kann auch die Flexibilisierung der Arbeitszeit leisten. Ein Beispiel sind Arbeitszeitkonten, die bereits in vielen Unternehmen eingeführt wurden. Sie ermöglichen eine Anpassung des Arbeitsvolumens an Schwankungen der Produktion, ohne dass die längere Arbeitszeit in Spitzenzeiten zu höheren Kosten etwa durch Überstundenzuschläge führt. Besonders erfolgversprechend sind betriebliche Vereinbarungen, die unternehmensspezifische Besonderheiten berücksichtigen. Die Flexibilisierung der Arbeitszeiten muss aber in höherem Maße durch Tarifregelungen unterstützt werden. Bisher sind tarifliche Vereinbarungen zu restriktiv. So darf gemäß dem im Februar dieses Jahres in der Metall- und Elektroindustrie abgeschlossenen Tarifvertrag nur in Betrieben mit einem hohen Anteil von qualifizierten Arbeitskräften für maximal 50% der Beschäftigten die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit bis auf 40 Stunden verlängert werden. Eine solche Regelung ist halbherzig. Die Tarifpartner sollten den Betriebsparteien wesentlich großzügigere Freiräume gewähren.

EU-Osterweiterung und Verlagerung von Arbeitsplätzen

In den vergangenen Jahren sind die Herausforderungen durch den Wettbewerb mit anderen Volkswirtschaften größer geworden, insbesondere durch die Erweiterung der Europäischen Union. Die EU-Beitrittsländer bieten eine Reihe von Wettbewerbsvorteilen, die es ihnen ermöglichen werden, den Einkommensabstand zu den reicheren Ländern in der EU zu vermindern. Genau dies ist im Sinne der europäischen Integration, die unter anderem eine Konvergenz zwischen den Volkswirtschaften zum Ziel hat. Auf die alten EU-Länder kommen aber Anpassungsprozesse zu, auf die sie offensiv reagieren sollten, wenn sie im Wettbewerb nicht verlieren wollen. Beispielsweise hilft es nicht weiter, über niedrige Löhne in den Beitrittsländern zu klagen. Dieser Vorteil ist weder künstlich geschaffen noch eine Wettbewerbsverzerrung (oder gar eine »beggar-thy-neighbour policy«); er stellt auch kein »Lohndumping« dar, sondern ist vor allem Ausdruck des vergleichsweise niedrigen Produktivitätsniveaus in diesen Ländern. Hierauf mit Lohnstandards in den Beitrittsländern oder gar einer Abschottung der Märkte zu reagieren, wäre kontraproduktiv für das Wachstum in der EU insgesamt. Ebenso ist es für den Wohlstand in der EU schädlich, den Steuerwettbewerb auszuschalten oder zu vermindern. Wenn den Beitrittsländern Standortvorteile genommen werden, die sie teilweise auch in den Steuersystemen haben, werden sie es in dem von allen Seiten gewünschten Konvergenzprozess schwerer haben und langsamer wachsen. Dies wäre auch von Nachteil für die alten Mitgliedstaaten der EU, denn ihre Exportmöglichkeiten würden sich verringern. Vor allem aber würden sie die Produktivitätsgewinne, die sich durch die Spezialisierung im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung ergeben, verschenken. Protektionismus in welcher Form auch immer schadet allen beteiligten Ländern. Problematisch ist allerdings, dass die Beitrittsländer relativ hohe Subventionen von der EU erhalten. Somit fällt es ihnen leichter, die Steuersätze niedriger zu halten, als es sonst der Fall wäre. Dies ist allerdings ein Argument gegen die Subventionspolitik, nicht gegen einen Steuerwettbewerb.

Durch die Situation in den Beitrittsländern ergeben sich durchaus auch hierzulande Wachstumsimpulse. Ebenso vergrößert sich der Druck, die Qualifizierung der Arbeitskräfte in Deutschland zu erhöhen. Denn es kommt vor allem darauf an, dass ein reiches Land wie Deutschland die komparativen Vorteile wahrnimmt; dann wird auch das Realeinkommen hier zunehmen. Diese Vorteile liegen in der Produktion von hochwertigen Konsum- und Investitionsgütern und in der Bereitstellung von (human)kapitalintensiven Dienstleistungen. Entsprechend muss eine Umstrukturierung der Produktion von Gütern und Dienstleistungen, die wenig Qualifikation erfordert, hin zu der Produktion von humankapitalintensiven erfolgen, die zudem auch von den aufholenden Ländern in zunehmendem Maße nachgefragt werden. Hier hat die deutsche Wirtschaft in der Vergangenheit ein hohes Maß an Wettbewerbsfähigkeit bewiesen. Diesen Anpassungsprozess bewältigen zu helfen, gehört zu den Aufgaben der Wirtschaftspolitik, nicht zuletzt auch der Tarifpolitik. Er kann zudem durch ein hohes Bildungs- und Ausbildungsniveau gefördert werden. Gelingt dies nicht, kann es sein, dass die Volkswirtschaft von der Globalisierung bzw. der Osterweiterung nicht so stark profitiert, wie es möglich wäre.

Die Osterweiterung der EU hat vielfach Befürchtungen hervorgerufen, dass deutsche Unternehmen die sich dadurch bietenden Möglichkeiten nutzen könnten, in noch stärkerem Maße als bisher Teile ihrer Wertschöpfungskette und damit Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern, sei es durch Direktinvestitionen, sei es durch die Vergabe von Aufträgen an Unternehmen in den Beitrittsländern. Verstärkt werden solche Befürchtungen dadurch, dass in jüngster Zeit mehrere Großunternehmen solche Schritte ankündigten und mittelständische Firmen in Umfragen eine hohe Bereitschaft erkennen lassen, dies zu tun.

Bereits seit Anfang der neunziger Jahre haben Produktionsverlagerungen in die Beitrittsländer der EU, aber auch

[23] Das DIW Berlin vertritt hingegen die Auffassung, dass bei Unterbeschäftigung nicht immer ein Abschlag für die Lohnentwicklung in Höhe der so genannten Entlassungsproduktivität gemacht werden muss. Dies wäre nur dann gerechtfertigt, wenn es zuvor zu übersteigerten Lohnzuwächsen gekommen ist, durch die die Entlassungen verursacht worden sind. Ist aber Nachfragemangel der Grund, würde ein gedrückter Lohnzuwachs diesen Mangel verstärken und sogar eine neue Runde von Entlassungen auslösen.

in den asiatischen Raum zugenommen. Beispielsweise waren 2001 in Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen in den ehemaligen Transformationsländern Europas 830 000 Arbeitnehmer tätig; 1990 hatte diese Zahl noch nahe bei null gelegen. Zwar diente ein nennenswerter Teil der Direktinvestitionen, z.B. im Einzelhandel oder im Telekommunikationssektor, der Markterschließung, ansonsten waren aber vor allem arbeitsintensive Produktionsprozesse betroffen. Da viele Produzenten keine eigenen Kapazitäten im Ausland aufbauen, sondern es vorziehen, arbeitsintensive Teile ihrer Wertschöpfungskette unmittelbar aus dem Ausland zu beziehen, dürfte der tatsächliche Umfang der Produktionsverlagerung noch weitaus größer sein, als es in den Direktinvestitionen zum Ausdruck kommt. Für eine starke Ausweitung der grenzüberschreitenden Arbeitsteilung spricht jedenfalls, dass die Elastizität der deutschen Wareneinfuhren in Bezug auf die inländische Produktion zunimmt. Gerade deutsche Unternehmen hatten bis Ende der achtziger Jahre, in Ermanglung eines geeigneten Hinterlandes zur Auslagerung arbeitsintensiver Produktionsstufen, einen Rückstand und damit auch einen Wettbewerbsnachteil z.B. gegenüber amerikanischen Unternehmen, der in den neunziger Jahren wohl verringert wurde.

Ob durch das wachsende unternehmerische Engagement in Osteuropa per saldo Arbeitsplätze in Deutschland verloren gehen, lässt sich nur nach Abwägung verschiedener Faktoren sagen. Zwar wurden einerseits Arbeitsplätze durch Produktionsverlagerungen abgebaut, andererseits verbesserten kostengünstigere Vorprodukte aus dem Ausland auch die Wettbewerbsfähigkeit und führten über höhere Exporte zu mehr Arbeitsplätzen. Hinzu kommt, dass ausländische Investoren wesentlich zum Wachstum in den osteuropäischen Ländern beigetragen haben, was ebenfalls zu höheren deutschen Ausfuhren führte. Die positiven Effekte scheinen in Deutschland zu überwiegen; jedenfalls zeigen mikroökonomische Studien, dass in deutschen multinationalen Unternehmen zwischen dem Aufbau von Arbeitsplätzen im Ausland und der Beschäftigungsentwicklung in Deutschland eine positive Korrelation besteht.[24] Sich einer mit dem Outsourcing verbundenen Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung entgegenzustemmen hieße, auf Wachstumschancen zu verzichten.

Wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf besteht allerdings in zweierlei Hinsicht: Zum einen gilt es, Verlagerungen zu vermeiden, die allein Reflex einer falschen Rahmensetzung in Deutschland sind. Dies gelingt am besten dadurch, dass man die Wachstumsbedingungen hierzulande nachhaltig verbessert. Zum anderen sind internationale Verlagerungen mit Anpassungen in der Wirtschaftsstruktur verbunden, deren Folgen es abzumildern gilt. Eine zurückhaltende Lohnentwicklung in den betroffenen Bereichen kann dabei durchaus helfen, den Strukturwandel zeitlich zu strecken und Härten zu vermeiden, wenn dies auch nur eine defensive Reaktion sein kann. Denn die Erfahrung zeigt, dass angesichts der Lohnunterschiede zu Osteuropa auf diese Weise Arbeitsplätze in Deutschland nicht nachhaltig gesichert werden können.

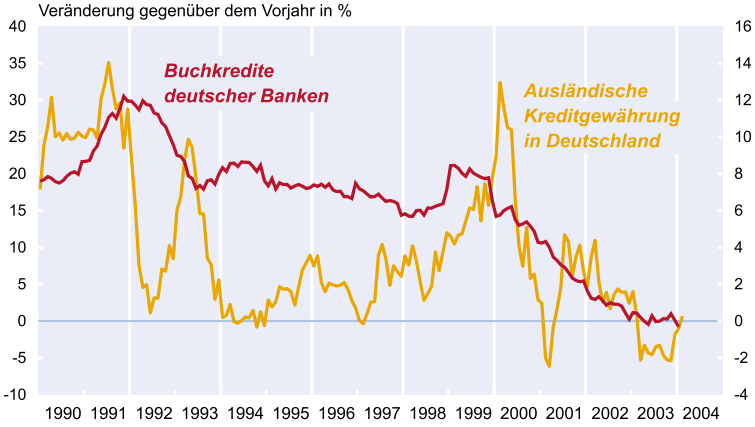
Geldpolitik

Die Geldpolitik der EZB ist seit geraumer Zeit expansiv ausgerichtet. Gleichwohl nehmen seit Ende 2002 die Kredite an Unternehmen im Euroraum nur wenig zu, in Deutschland sind sie sogar rückläufig. Hierfür dürfte in erster Linie die schwache Konjunktur verantwortlich sein, die einerseits die Nachfrage nach Krediten sinken lässt, andererseits dazu führt, dass die Banken Kreditrisiken kritischer beurteilen.

Dies kommt auch in Umfragen zum Ausdruck, die die EZB und die nationalen Zentralbanken seit 2003 vierteljährlich unter Banken durchführen. Danach sind im Verlauf des vergangenen Jahres die Kreditrichtlinien als bankinternes Instrument für die Schuldnerauswahl in Deutschland und im Euroraum verschärft worden. Als Gründe führten die befragten Banken vor allem erhöhte firmen- und branchenspezifische Risiken sowie die mangelnde Werthaltigkeit von Sicherheiten an. Aus Sicht der Kreditnehmer erscheinen die Konditionen wie Zinsen, Kredithöhe oder Sicherheitsanforderungen zwar als ungünstiger, aus der Perspektive

Abb. 4.2

Ausländische und inländische Kreditvergabe an Unternehmen und Privatpersonen in Deutschland



Quelle: Deutsche Bundesbank.

GD Frühjahr 2004

[24] R. Döhrn: Investment Abroad and Home Employment in the German Manufacturing Sector. In: M. Frenkel and G. Stadtmann (eds.): Foreign Direct Investment, Theory, Empirical Evidence and Policy Implications INFER Studies 9. VWF: Berlin, 2003, S. 1–16.

der Banken stellt dies aber lediglich eine risikogerechtere Gestaltung der Kreditkonditionen dar und muss nicht Hinweis auf eine Kreditklemme sein.

Eine Kreditklemme wäre gegeben, wenn die Banken aufgrund eigener Liquiditäts- oder Eigenkapitalengpässe ihr Kreditangebot rationieren würden. Dass dies in Deutschland keine große Rolle zu spielen scheint, lässt sich auch daran ablesen, dass einerseits die Kreditvergabe ausländischer Banken an inländische Unternehmen und Privatpersonen seit Anfang 2001 ähnlich schwach verläuft wie die der deutschen Kreditinstitute (Abb. 4.2), andererseits deutsche Banken ihre Kreditvergabe an ausländische Schuldner weiter deutlich ausgeweitet haben.

Dass das Kreditvolumen in Deutschland schwächer zunimmt als im Euroraum, wird gelegentlich auf die in Deutschland vergleichsweise hohen Kreditzinsen zurückgeführt. Vergleichbare Angaben zu den Zinsen im Euroraum liegen allerdings erst seit Anfang 2003 vor, so dass der Interpretation der Angaben Grenzen gesetzt sind. Im Beobachtungszeitraum waren die Zinsen für Überziehungskredite in Deutschland in der Tat um durchschnittlich einen halben Prozentpunkt höher als im Euroraum. Dies scheint nur begrenzt auf überdurchschnittliche Margen deutscher Banken zurückzuführen zu sein; auch die Depositenzinsen lagen in Deutschland über dem Durchschnitt des Euroraums. All dies lässt den Schluss zu, dass das Kreditangebot konjunkturbedingt schwach ist, aber kein Hemmnis für den Aufschwung darstellt.

Die monetären Rahmenbedingungen haben sich aufgrund der Aufwertung des Euro eingetrübt. Seit Januar 2002 hat der Euro um fast 40% gegenüber dem US-Dollar an Wert gewonnen. Real effektiv sowie nominal effektiv betrug die Aufwertung im selben Zeitraum etwa 20%. Eine reale Aufwertung wirkt über zwei Kanäle auf eine Volkswirtschaft: Zum einen verringert sich die Nachfrage nach im Inland produzierten Gütern, sei es, dass die Ausfuhren abnehmen, da die Exporteure an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verlieren, sei es, dass Importe inländische Produktion verdrängen. Zum anderen verbessern sich die Terms of Trade, was mit Real-

Kasten 4.1
Quantitative Wirkungen einer Aufwertung des Euro: Ergebnisse von Simulationsrechnungen mit verschiedenen makroökonometrischen Modellen

Um die Wirkungen einer Aufwertung des Euro zu quantifizieren, werden hier die Ergebnisse von Simulationsrechnungen mit einer Reihe von makroökonometrischen Modellen dargestellt. Zum Teil wurden die Berechnungen von den Instituten selbst vorgenommen, zum Teil werden Ergebnisse aus früheren Studien angeführt, wobei durch Vereinheitlichung der Annahmen die Simulationen weitgehend vergleichbar gemacht wurden. Ausgewiesen sind die Effekte einer nominalen effektiven Aufwertung des Euro um 10% – also etwa im Ausmaß der Aufwertung vom vergangenen Jahr – auf die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts und des Verbraucherpreisindex (in eckigen Klammern) im Euroraum und in Deutschland für die ersten drei Jahre nach Beginn der Wechselkursänderung. Unterstellt ist dabei, dass die Notenbank nicht mit einer Zinsänderung reagiert.

Den verwendeten Modellen gemein ist, dass sie kurzfristig nominale Rigiditäten, aber langfristig Preisflexibilität unterstellen. Die genaue Modellierung unterscheidet sich freilich von Modell zu Modell erheblich. Die Modelle[1] des National Institute for Economic and Social Research (NiGEM), von Oxford Economic Forecasting (Oxford) und das INTERLINK-Modell der OECD sind Mehr-Länder-Modelle mit zahlreichen Verhaltensgleichungen und Identitäten, wobei NiGEM durch eine vorwärts gerichtete Erwartungsbildung gekennzeichnet ist. Das Modell des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) ist ein kleines Modell für zwei Regionen – Deutschland und den übrigen Euroraum –, die jeweils durch vier Verhaltensgleichungen – Exporte, Importe, Binnennachfrage und Industrieproduktion – sowie eine Reihe von Identitätsgleichungen beschrieben werden. Das IWH-Modell ist ein etwas größeres Modell für den Euroraum.

Um die Simulationen näherungsweise vergleichbar zu machen, mussten folgende Einstellungen bzw. Umrechnungen vorgenommen werden. In NiGEM wird die effektive Wechselkursänderung dadurch implementiert, dass das Preisniveauziel der EZB und der Fed jeweils verringert bzw. angehoben wird.[2] Im Oxford-Modell wird der Wert des Euro gegenüber dem US-Dollar so verändert, dass sich die effektive Aufwertung des Euro ergibt. Die Publikationen der OECD beschreiben die Simulationsergebnisse für den Fall einer 10-prozentigen Abwertung des US-Dollar. Da das Gewicht des Dollar-Raums (USA, Südkorea, Hongkong, Singapur) im Index des effektiven Wechselkurses des Euro etwa 0,4 beträgt[3], wurden die OECD-Resultate durch diesen Wert dividiert, um näherungsweise auf die Ergebnisse im Fall einer 10-prozentigen effektiven Aufwertung des Euro zu schließen. Ebenso wurde mit den Simulationsergebnissen des IWH-Modells verfahren. Die Ergebnisse mit dem IfW-Modell beziehen sich auf eine reale effektive Aufwertung des Euro. Zu berücksichtigen ist, dass die Modellergebnisse nur näherungsweise vergleichbar sind, da aufgrund unterschiedlicher Ausgangswerte Nichtlinearitäten in den Modellen eine Rolle spielen können.

[1] Für Dokumentationen der verwendeten Modelle vgl. *www.niesr.ac.uk* und *www.oef.com*; OECD Economic Outlook, Dezember 2001, und OECD Economic Outlook, Dezember 2003; K.-J. Gern, C. Kamps, C.-P. Meier und J. Scheide: Verhaltener Aufschwung in Euroland. Die Weltwirtschaft, Heft 1, Kiel 2004; C. Dreger und M. Massimiliano: A macroeconometric model for the Euro economy. Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Diskussionspapiere Nr. 181, Halle 2003.
[2] Eine vergleichbare Simulation findet sich in EUROFRAME Forecast – EU and Euro Area Economies, November 2003 (http://euro-frame.org/forecast/index.php)
[3] L. Buldorini, S. Makrydakis und C. Thimann: The effective exchange rates of the euro. ECB Occasional Paper Nr. 2, Frankfurt/M., 2002.

Wirkung einer 10-prozentigen effektiven Aufwertung des Euro auf die Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts und die Inflationsrate im Euroraum und in Deutschland ohne geldpolitische Reaktion
– Abweichung vom Basisszenario in Prozentpunkten –

Modell	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr
	Euroraum / Deutschland[a]		
NiGEM	-2,0 / -2,3 [-0,7 / -0,7]	-0,8 / -0,6 [-0,9 / -0,6]	0,2 / 0,4 [-1,0 / -1,0]
Oxford	-0,7 / -0,6 [-0,9 / -0,8]	-0,7 / -1,0 [-1,2 / -0,7]	-0,9 / -1,2 [-1,7 / -1,0]
OECD	-1,3 / — [-0,4 / —]	-0,3 / — [-0,4 / —]	0,0 / — [-0,6 / —]
IWH	-0,6 / — [-0,4 / —]	-0,4 / — [-0,3 / —]	-0,2 / — [-0,1 / —]
IfW	-0,4 / -0,8 [— / —]	-0,1 / -0,1 [— / —]	0,0 / -0,0 [— / —]

[a] Wirkungen auf die Inflationsrate in eckigen Klammern.

einkommenszuwächsen verbunden ist. Diese unmittelbaren Wirkungen auf Außenhandelsmengen und -preise pflanzen sich in den anderen gesamtwirtschaftlichen Aggregaten fort. Der Gesamteffekt der beschriebenen Wirkungen ist in der Regel negativ. Dies zeigen jedenfalls Simulationsrechnungen mit verschiedenen makroökonometrischen Modellen für den Euroraum und Deutschland, in denen eine nominale effektive Aufwertung des Euro um 10% unterstellt wurde (s. Kasten 4.1).

Bei allen Unterschieden im Einzelnen weisen die Simulationen einige Gemeinsamkeiten auf (Tabelle im Kasten): Die Aufwertung zeigt deutliche negative realwirtschaftliche Auswirkungen, die insgesamt gesehen in Deutschland größer sind als im Euroraum. Dies dürfte daran liegen, dass hierzulande der Handel mit Drittländern bedeutsamer ist als im übrigen Euroraum. Die Preisreaktionen erfolgen langsamer als die bei den Mengen, und sie sind in Deutschland etwas schwächer ausgeprägt. Die realwirtschaftlichen Auswirkungen sind spürbar geringer, wenn die EZB mit einer Zinsänderung auf die geänderte Produktion und Inflation reagiert.

Für die vorliegende Prognose ist unterstellt, dass der reale effektive Wechselkurs des Euro auf dem Niveau vom ersten Quartal 2004 bleibt. Da nach den Modellrechnungen mindestens zwei Jahre nach einer Aufwertung noch Wirkungen auf die Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts nachweisbar sind, ist auch bei gleich bleibendem Wechselkurs noch für einige Zeit mit dämpfenden Effekten der vergangenen Aufwertungen zu rechnen. Diese werden erst im Verlauf des kommenden Jahres abklingen. Die Unsicherheit über die quantitativen Auswirkungen einer Aufwertung ist beträchtlich; dies erschwert es der EZB, angemessen zu reagieren, und legt ein vorsichtiges Vorgehen der Notenbank nahe.

Die Institute empfehlen vor dem Hintergrund der hier vorgelegten Prognose, den maßgeblichen Leitzins bis zum Ende des Prognosezeitraums auf dem gegenwärtigen Niveau zu belassen. Dass eine solche Politik vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Situation angemessen ist, zeigt auch ein Vergleich mit dem Taylor-Zins (Abb. 4.3).[25]

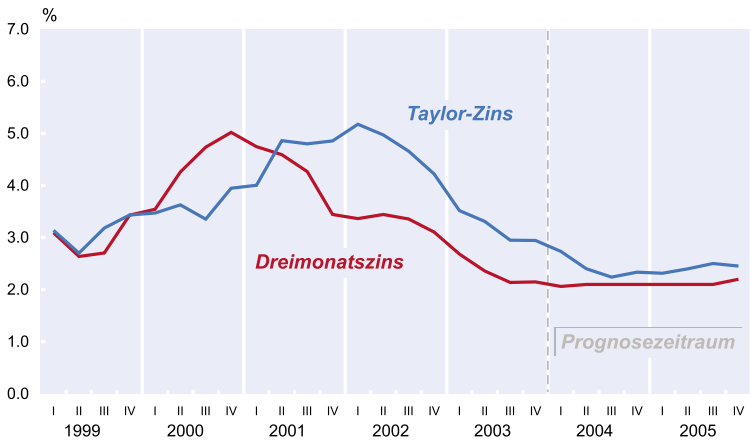
Finanzpolitik

Die Lage der öffentlichen Finanzen in Deutschland bleibt angespannt, das Budgetdefizit hoch. Nach der Prognose der Institute wird es sowohl in diesem Jahr als auch 2005 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt rund 3½% betragen. Damit wird die im Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) festgelegte Obergrenze im kommenden Jahr zum vierten Mal in Folge überschritten. Die Bundesregierung geht hingegen noch davon aus, dass sie die Zusagen an die Europäische Kommission[26] einhalten und 2005 die Defizitgrenze unterschreiten kann. Sie unterstellt zum einen eine kräftigere Konjunktur. Nach Schätzung der Institute hingegen dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im kommenden Jahr um etwas mehr als 1 Prozentpunkt niedriger sein als von der Regierung im Stabilitätsprogramm vom Dezember 2003 erwartet. Zum anderen hat die Regierung eine Reihe von zusätzlichen Maßnahmen eingeplant, die allerdings noch nicht beschlossen sind. Für die Finanzpolitik stellt sich daher die Frage, wie auf die absehbare erneute Zielverfehlung reagiert werden soll. Denn das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit würde bei einem Überschreiten der 3-Prozent-Marke erneut aufgenommen werden, nachdem es im vergangenen November durch den Beschluss des ECOFIN-Rates ausgesetzt worden war.

Die Bundesregierung hat bisher Reformen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes abgelehnt und angekündigt, sie werde sich an die Zusagen zur Rückführung des strukturellen Defizits halten. Entsprechende Empfehlungen finden sich auch in den für 2004 aktualisierten »Grundzügen der Wirt-

Abb. 4.3

Dreimonatszins und Taylor-Zins für den Euroraum



Die Berechnung des Potentialwachstums erfolgte unter der Annahme, dass in IV/2001 die Produktionslücke geschlossen war. Diese Annahme wird durch die Produktionslückenberechnungen der OECD und des IMF gestützt. Produktionslücke und die Inflationslücke haben ein Gewichtungsfaktor von je 0,5. Als Inflationsrate wurde die Kerninflationsrate (HVPI Gesamtindex ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) verwendet. Der gleichgewichtige Realzins und die Trendwachstumrate wurden mit jeweils 2 1/4 % beziffert.

Quelle: EZB; Eurostat; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2004: Prognose der Institute. GD Frühjahr 2004

[25] Taylor stellte folgende Regel auf: Taylor-Zins = gleichgewichtiger Realzins + Inflationsrate + 0,5 x (Inflationsrate – Inflationsziel) + 0,5 x Produktionslücke; vgl. J.B. Taylor: Discretion versus policy rules in practice. Carnegie-Rochester Conference Series on Public Policy 39, Amsterdam 1993.

[26] Die Vorgaben der Europäischen Kommission sahen für Deutschland eine Rückführung des strukturellen Defizits von 0,8% des Bruttoinlandsprodukts im Jahre 2004 und von 0,6% im Jahre 2005 vor.

schaftspolitik«, die im April dieses Jahres von der Europäischen Kommission vorgelegt wurden. Darin heißt es, dass das strukturelle Defizit im Jahre 2005 um 0,5% des Bruttoinlandsprodukts oder mehr zu verringern ist, um sicherzustellen, dass die Quote für das gesamtstaatliche Defizit 2005 unter 3% gesenkt wird. Darüber hinaus soll Deutschland in den Jahren nach 2005 das strukturelle Defizit um mindestens 0,5% des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr zurückführen, um einen ausgeglichenen oder überschüssigen Haushalt zu erreichen und wieder eine rückläufige Schuldenquote aufzuweisen. Die bisherigen Pläne bleiben, was das strukturelle Defizit betrifft, sowohl 2004 als auch 2005 hinter den Vorgaben und auch hinter den freiwilligen Selbstverpflichtungen zurück. Daher ist es wahrscheinlich, dass die Defizitquote auch im kommenden Jahr höher ist als 3%.

Hält die Bundesregierung an ihrer Absicht fest, muss sie für dieses und für das kommende Jahr zusätzliche Sparmaßnahmen ergreifen. Ein konkretes Sparpaket würde nach Schätzung der Institute eine Größenordnung von 12 Mrd. Euro haben. Es sollte solche Maßnahmen enthalten, die mittelfristig ohnehin geboten und nützlich sind und zum Teil auch bereits diskutiert wurden. Dazu gehört ein verstärkter Abbau von Subventionen, der dadurch erreicht werden könnte, dass man den Plan von Koch/Steinbrück aufgreift und die vorgesehenen Kürzungen aufstockt. Ein noch größeres Sparpotential ergibt sich, wenn die Eigenheimzulage sowie die Steuerfreiheit für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit abgeschafft werden. Ferner könnte die Entfernungspauschale deutlicher als vorgesehen zurückgeführt werden. Zu überlegen ist auch, ob die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik reduziert werden können. Schließlich ergäbe sich ein Spielraum, wenn der Lohnanstieg im öffentlichen Dienst geringer ausfällt als unterstellt.

Der Konsolidierungskurs sollte nach Auffassung aller Institute fortgeführt werden. Noch immer sind die konjunkturbereinigten Fehlbeträge, ähnlich wie in einer Reihe von anderen EU-Staaten, hoch. Die Schätzungen großer internationaler Organisationen für das strukturelle Defizit in Deutschland belaufen sich für 2003 auf 2,3 bis 3,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Die Institute halten es für zentral, dass über die Staatsausgaben konsolidiert werden soll. Zur Stabilisierung der Einkommenserwartungen von Unternehmen und privaten Haushalten ist es erforderlich, dass in den kommenden Jahren auf weitere Erhöhungen von Steuern und Sozialabgaben – z.B. auch auf einen höheren Beitragssatz in der Rentenversicherung im Jahre 2005 – verzichtet wird. Die immer wieder neu aufkeimenden Debatten um neue oder höhere Steuern und Abgaben sind schädlich für die Zukunftsaussichten.

Die in den deutschen Stabilitätsprogrammen formulierten Ziele wurden regelmäßig verfehlt. Dies lag zum Teil an der unerwartet ungünstigen Konjunktur, doch ist auch der Abbau des strukturellen Defizits nicht vorangekommen. Im jüngsten Stabilitätsprogramm ist das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts sogar nicht mehr enthalten (Tab. 3.11). Für die Defizitquote im Jahre 2007 wird ein Wert von 1½% angestrebt.[27] Diese Projektion basiert auf einem aus heutiger Sicht sehr günstigen Verlauf der Konjunktur; unterstellt ist ein Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts von jeweils 2¼% in den Jahren 2005 bis 2007. Gleichzeitig soll die Staatsquote von rund 49 auf 44½% zurückgeführt werden, ohne dass konkretisiert wird, wie diese vergleichsweise drastische Abnahme zustande kommen soll. So hat denn auch die EU-Kommission Zweifel an dem Programm angemeldet.

Während die Institute hinsichtlich der Notwendigkeit der Konsolidierung prinzipiell übereinstimmen, kommen sie zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen über das konkrete Vorgehen. Die Mehrheit der Institute hält es für erforderlich, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt eingehalten wird. Sie plädiert dafür, den Anstieg der Staatsausgaben enger zu begrenzen, Steuervergünstigungen weiter abzubauen und so sicher zu stellen, dass das Defizit schon im kommenden Jahr unter die 3-Prozent-Marke gesenkt wird. Die Bundesregierung kann jetzt nicht mehr darauf verweisen, dass dies mit Rücksicht auf die Konjunktur nicht sinnvoll sei. Der Budgetausgleich kann nicht auf unbestimmte Zeit oder auch nur auf die Jahre nach 2007 verschoben werden. Denn dann würde man bei einer möglichen Konjunkturschwäche von einem zu hohen Defizit starten; ferner müsste man, um die 3-Prozent-Marke bei der Defizitquote nicht zu überschreiten, möglicherweise hinnehmen, dass die automatischen Stabilisatoren nicht voll wirken können.

Das DIW Berlin und das IWH halten das von der Mehrheit geforderte zusätzliche Sparpaket zur Einhaltung der Defizitzusagen für nicht angemessen. Gerade weil die deutsche Wirtschaft im Euroraum derzeit besonders unter der konjunkturellen Schwäche leidet und die Geldpolitik nur auf die Entwicklung im Euroraum insgesamt reagieren kann, ist eine adäquate finanzpolitische Reaktion von großer Bedeutung. Aus diesem Grund schlagen die beiden Institute vor, die Konsolidierung mittelfristig durch einen verbindlichen Ausgabenpfad in Höhe von 1½% voranzutreiben und die Einnahmen im Rhythmus der Konjunktur schwanken zu lassen. Auf diese Weise würde in der gegenwärtigen Schwäche ein zu restriktiver Kurs vermieden. Umgekehrt würde bei einer stärkeren Belebung der Konjunktur in der Zukunft der Konsolidierungskurs gleichsam automatisch verschärft. Dann ginge – wie die entsprechenden Erfahrungen in den USA zeigen – die Staatsschuldenquote rasch zurück.

[27] Ein so hohes Defizit enthält beispielsweise auch das jüngste französische Programm.

Ostdeutschland

Die anhaltende Stockung im Aufholprozess Ostdeutschlands sowie die hohen Abgaben zur Finanzierung der Aufbauleistungen haben eine Diskussion über den Stellenwert und die Ausrichtung der Aufbaupolitik Ost ausgelöst, zumal die Transfers teilweise für die Wachstumsschwäche Deutschlands verantwortlich gemacht werden. Die Debatte lässt gelegentlich sogar den Eindruck entstehen, der wirtschaftliche Aufbau in den neuen Bundesländern sei auf der ganzen Linie gescheitert. Dabei wird jedoch übersehen, dass ein Kern wettbewerbsfähiger Unternehmen und Regionen entstanden ist, die mit ihren Produkten auf den nationalen und internationalen Märkten erfolgreich sind und gute Zukunftschancen besitzen. Allerdings erweisen sich die Fortschritte seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre als nicht groß genug, um den Rückstand des Ostens bei Produktion, Beschäftigung und Einkommen spürbar zu verringern. Deshalb wird von verschiedenen Seiten eine Korrektur der Aufbaupolitik eingefordert.

Im Wesentlichen geht es heute darum, die knappen öffentlichen Mittel dort einzusetzen, wo der größte gesamtwirtschaftliche Wachstumserfolg erzielt werden kann. Zum Teil wird deshalb gefordert, die Aufbaupolitik auf jene Regionen und Wirtschaftszweige zu konzentrieren, in denen die Wachstumspotentiale hoch sind. Dies herauszufinden, ist jedoch für den Staat schwierig und auch nicht seine Aufgabe. Vielmehr liegt dies in der Verantwortung der Unternehmen. Insofern sollte sich die Politik darauf konzentrieren, die Rahmenbedingungen für Unternehmen attraktiv zu gestalten und so die Voraussetzungen für mehr Wachstum und Beschäftigung zu verbessern. Wenn der Staat dennoch im Osten selektiv vorgehen wollte, könnte er seine Politik auf Wachstumskerne ausrichten.

Die Voraussetzungen für stärkeres Wachstum in den neuen Bundesländern zu verbessern, heißt zu allererst, noch bestehende Standortmängel zu beseitigen. Dazu gehört der weitere rasche Ausbau der Infrastruktur, um Ostdeutschland attraktiver für Investoren zu machen und damit das Produktionspotential verstärkt auszubauen. Von einem flächendeckenden Nachholbedarf beim Ausbau der Infrastruktur kann zwar nicht mehr gesprochen werden. Nachteile, die ein Hindernis für die Ansiedlung weiterer Investoren sind, bestehen aber insbesondere im Bereich der Verkehrsinfrastruktur noch zur Genüge, zumal die neuen Bundesländer die Mittel aus dem Solidarpakt I zu wenig für investive Zwecke verwendet haben. Die im Solidarpakt II vorgesehenen Mittel gilt es, zweckentsprechend für Investitionen einzusetzen und nicht dem laufenden Haushalt zuzuführen. Gerade in Ostdeutschland leisten sich viele Länder und Kommunen überhöhte konsumtive Ausgaben. Der Personalbestand für Verwaltungsaufgaben ist im Schnitt zu groß und muss auch angesichts der sinkenden Einwohnerzahlen weiter zurückgeführt werden. Die Länder sollten zudem dafür Sorge tragen, dass ihren Kommunen hinreichende Mittel zur Finanzierung von zusätzlichen Investitionen zufließen.

Schon in wenigen Jahren werden die Betriebe in Ostdeutschland vor dem Problem stehen, dass aufgrund des Geburteneinbruchs zu Beginn der neunziger Jahre Auszubildende und später dann Fachkräfte fehlen werden. Der öffentlichen Hand obliegt es, durch Investitionen in Schulen und Hochschulen sowie durch die Qualifizierung des Lehrpersonals und die Modernisierung der Lehrpläne die Ausbildung junger Menschen zu verbessern. Wichtig ist darüber hinaus, Jugendlichen eine betriebliche Ausbildung zu ermöglichen, auch durch Vermittlung auf Lehrstellen im Westen Deutschlands. Die Sorge, dass die jungen Menschen den Osten auf Dauer verlassen, ist zwar kurzfristig berechtigt, langfristig dürfte es aber bei zunehmendem Fachkräftemangel und verbesserter Wirtschaftslage in Ostdeutschland zu Rückwanderungen kommen.[28]

Ein Standortvorteil sind die im Vergleich zum früheren Bundesgebiet längeren Arbeitszeiten und niedrigen Arbeitskosten. Die Löhne haben sich in den vergangenen Jahren immer mehr den am Markt erzielten Erträgen der Unternehmen angepasst, und in manchen Teilen der Wirtschaft sind sie von einem früher gravierenden Standortnachteil zu einem Vorteil geworden. Auch künftig ist es erforderlich, dass die Lohnfindung an der Produktivitätsentwicklung vor Ort ausgerichtet ist und nicht die Anpassung an das westdeutsche Lohn- und Arbeitszeitniveau zur Leitlinie erhoben wird. Die Institute sind nicht der Auffassung, dass Ostdeutschland als Ganzes dauerhaft ein Niedriglohngebiet bleiben muss. Mittel- bis langfristig wird sich auch hier eine Produktionsstruktur herausbilden, die hohe Einkommen zu generieren in der Lage ist.

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit hat es in der Vergangenheit eine Vielzahl von Aktivitäten gegeben, Arbeitslose in öffentlich finanzierten Beschäftigungsprogrammen unterzubringen oder sie durch Qualifizierungsmaßnahmen besser auf die Anforderungen des ersten Arbeitsmarktes vorzubereiten. Evaluierungen der verschiedenen Instrumente der Arbeitsmarktpolitik zeigen, dass die klassischen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die Chancen für die individuelle Wiederbeschäftigung nicht erhöht und damit die Lage auf den regionalen Arbeitsmärkten nicht verbessert haben. ABM sollte deshalb in der jetzigen Form nicht mehr für die Arbeitsmarktpolitik eingesetzt werden. Andere Instrumente wie Lohnkostenzuschüsse und Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung erwiesen sich zwar als

[28] Vgl.: Fortschritte beim Aufbau Ost. Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland. Kurzfassung. In: IHW: Wirtschaft im Wandel, 7-8/2002, S. 214 ff.

erfolgreicher, aber die Ergebnisse sprechen derzeit nicht eindeutig für den Ausbau dieser Maßnahmen.[29]

Der Aufbau Ost sollte in eine gesamtdeutsche Regionalpolitik eingegliedert werden. Bereits heute unterscheiden sich die Problemlagen in einigen Gebieten des Westens nur wenig von denen im Osten. Dennoch müssen auch westdeutsche Problemregionen einen Beitrag zum Solidarpakt leisten. Allein mit einer neu ausgerichteten Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland wird der Aufholprozess allerdings nicht wieder in Gang gesetzt werden können. Westdeutschland trägt nicht nur die Hauptlast bei der Aufbringung der Transferzahlungen, sondern ist auch der wichtigste äußere Absatzmarkt für die ostdeutsche Wirtschaft. Wenn Deutschland insgesamt wirtschaftlich nicht wieder an Dynamik gewinnt, wird auch der Osten keine ausreichenden Wachstumsimpulse erhalten.

[29] Vgl.: Zweiter Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland. Kurzfassung. In: IHW: Wirtschaft im Wandel, 15/2003, S. 442 ff.

Anhang:

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2004 bis 2005

	2003	2004	2005	2004		2005	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	-1,1	-0,2	0,3	-0,3	-0,1	0,2	0,4
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,1	-1,0	0,2	-1,0	-1,1	-0,1	0,5
Arbeitstage	0,1	1,5	-0,7	1,4	1,7	-0,1	-1,2
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	-0,9	0,3	-0,2	0,1	0,4	0,0	-0,4
Produktivität[1]	0,8	1,3	1,8	1,2	1,3	1,7	1,8
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995	**-0,1**	**1,5**	**1,5**	**1,3**	**1,8**	**1,6**	**1,5**
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen a) Mrd. Euro							
Konsumausgaben	1 658,0	1 677,1	1 712,3	814,5	862,6	831,1	881,3
Private Haushalte[2]	1 247,1	1 266,9	1 298,1	618,7	648,2	633,0	665,1
Staat	410,9	410,2	414,2	195,9	214,3	198,0	216,2
Anlageinvestitionen	377,7	384,1	394,5	182,6	201,5	186,8	207,8
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	169,7	173,9	183,8	82,1	91,8	86,3	97,5
Bauten	207,9	210,2	210,7	100,5	109,8	100,5	110,2
Vorratsveränderungen[3]	3,0	9,5	9,8	14,7	- 5,2	16,9	- 7,1
Inländische Verwendung	2 038,7	2 070,7	2 116,6	1 011,8	1 058,9	1 034,7	1 081,9
Außenbeitrag	90,5	106,9	113,6	53,1	53,8	54,4	59,3
Exporte	761,0	812,1	865,8	395,1	417,0	419,3	446,6
Importe	670,5	705,2	752,2	342,0	363,2	364,9	387,3
Bruttoinlandsprodukt	**2 129,2**	**2 177,6**	**2 230,3**	**1 064,9**	**1 112,7**	**1 089,1**	**1 141,2**
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	1,0	1,2	2,1	0,7	1,5	2,0	2,2
Private Haushalte[2]	0,9	1,6	2,5	0,9	2,2	2,3	2,6
Staat	1,6	- 0,2	1,0	0,1	- 0,5	1,1	0,9
Anlageinvestitionen	- 3,6	1,7	2,7	1,3	2,1	2,3	3,1
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	- 3,8	2,4	5,7	0,7	4,1	5,1	6,3
Bauten	- 3,5	1,1	0,2	1,8	0,4	0,0	0,4
Inländische Verwendung	0,9	1,6	2,2	0,8	2,3	2,3	2,2
Exporte	0,4	6,7	6,6	6,3	7,1	6,1	7,1
Importe	0,5	5,2	6,7	2,5	7,8	6,7	6,6
Bruttoinlandsprodukt	**0,9**	**2,3**	**2,4**	**2,2**	**2,3**	**2,3**	**2,6**
3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995 a) Mrd. Euro							
Konsumausgaben	1 515,8	1 518,4	1 533,8	744,7	773,7	752,3	781,4
Private Haushalte[2]	1 124,1	1 128,3	1 142,4	552,7	575,7	559,3	583,1
Staat	391,7	390,1	391,4	192,0	198,1	193,0	198,4
Anlageinvestitionen	385,6	393,3	402,1	187,0	206,3	190,8	211,3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	175,8	181,4	190,6	85,6	95,8	89,8	100,8
Bauten	209,8	211,9	211,6	101,4	110,5	101,0	110,6
Vorratsveränderungen[3]	- 7,4	1,5	2,5	7,7	- 6,2	10,4	- 7,9
Inländische Verwendung	1 894,0	1 913,2	1 938,4	939,3	973,8	953,5	984,9
Außenbeitrag	93,7	105,2	111,0	51,8	53,5	53,5	57,5
Exporte	731,1	779,0	818,0	380,6	398,5	398,3	419,7
Importe	637,4	673,8	707,0	328,8	345,0	344,7	362,2
Bruttoinlandsprodukt	**1 987,7**	**2 018,4**	**2 049,4**	**991,1**	**1 027,3**	**1 007,0**	**1 042,4**
Nachrichtlich: Bruttonationaleinkommen	1 978,7	2 009,4	2 041,4	983,6	1 025,8	1 000,0	1 041,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	0,1	0,2	1,0	- 0,2	0,5	1,0	1,0
Private Haushalte[2]	- 0,1	0,4	1,2	- 0,2	0,9	1,2	1,3
Staat	0,9	- 0,4	0,3	- 0,4	- 0,4	0,5	0,2
Anlageinvestitionen	- 2,9	2,0	2,3	1,8	2,2	2,0	2,5
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	- 2,3	3,2	5,1	1,4	4,8	4,9	5,2
Bauten	- 3,4	1,0	- 0,2	2,1	0,1	- 0,4	0,1
Inländische Verwendung	0,3	1,0	1,3	0,3	1,7	1,5	1,1
Exporte	1,2	6,6	5,0	6,9	6,3	4,7	5,3
Importe	2,6	5,7	4,9	4,6	6,7	4,9	5,0
Bruttoinlandsprodukt	**-0,1**	**1,5**	**1,5**	**1,3**	**1,8**	**1,6**	**1,5**
Nachrichtlich: Bruttonationaleinkommen	-0,5	1,6	1,6	1,5	1,8	1,7	1,5

noch: **Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland**
Vorausschätzung für die Jahre 2004 bis 2005

	2003	2004	2005	2004		2005	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1995=100) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Private Konsumausgaben[2]	1,0	1,2	1,2	1,1	1,3	1,1	1,3
Konsumausgaben des Staates	0,7	0,2	0,6	0,5	0,0	0,6	0,7
Anlageinvestitionen	-0,8	-0,3	0,4	-0,4	-0,1	0,2	0,6
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-1,6	-0,7	0,6	-0,7	-0,7	0,1	1,0
Bauten	-0,2	0,1	0,4	-0,2	0,4	0,4	0,3
Exporte	-0,7	0,2	1,5	-0,5	0,8	1,4	1,7
Importe	-2,0	-0,5	1,7	-2,0	1,0	1,8	1,5
Bruttoinlandsprodukt	**1,0**	**0,7**	**0,9**	**0,9**	**0,6**	**0,6**	**1,1**
5. Einkommensentstehung und -verteilung a) Mrd. Euro							
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	1 582,5	1 595,9	1 632,4	783,8	812,1	800,5	831,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	223,3	223,5	222,7	108,2	115,3	107,6	115,2
Bruttolöhne und -gehälter	909,4	916,8	932,4	432,1	484,7	439,0	493,3
Übrige Primäreinkommen[4]	449,8	455,6	477,3	243,5	212,1	253,9	223,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	216,0	246,3	257,3	110,9	135,4	115,9	141,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	**1 798,5**	**1 842,2**	**1 889,6**	**894,7**	**947,5**	**916,4**	**973,2**
Abschreibungen	319,7	324,5	330,6	161,8	162,7	164,7	166,0
Bruttonationaleinkommen	**2 118,2**	**2 166,6**	**2 220,3**	**1 056,4**	**1 110,2**	**1 081,1**	**1 139,2**
Nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1 572,6	1 608,2	1 649,4	778,0	830,2	797,3	852,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	439,9	467,9	494,3	237,7	230,2	250,7	243,6
Arbeitnehmerentgelt	1 132,7	1 140,3	1 155,1	540,3	600,0	546,6	608,5
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	0,2	0,8	2,3	0,4	1,3	2,1	2,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,5	0,1	-0,3	0,2	0,0	-0,6	-0,1
Bruttolöhne und -gehälter	-0,1	0,8	1,7	0,6	1,0	1,6	1,8
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1,3	1,4	1,5	1,3	1,5	1,6	1,5
Übrige Primäreinkommen[4]	0,2	1,3	4,8	0,1	2,7	4,3	5,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	2,1	14,0	4,5	21,5	8,6	4,6	4,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	**0,4**	**2,4**	**2,6**	**2,6**	**2,3**	**2,4**	**2,7**
Abschreibungen	0,6	1,5	1,9	1,4	1,6	1,8	2,0
Bruttonationaleinkommen	**0,4**	**2,3**	**2,5**	**2,4**	**2,2**	**2,3**	**2,6**
Nachrichtlich:							
Volkseinkommen	0,1	2,3	2,6	2,6	2,0	2,5	2,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-0,3	6,4	5,7	7,6	5,1	5,5	5,8
Arbeitnehmerentgelt	0,2	0,7	1,3	0,5	0,8	1,2	1,4
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte[2] a) Mrd. Euro							
Masseneinkommen	963,4	982,6	995,6	471,2	511,4	477,3	518,3
Nettolöhne und -gehälter	588,3	604,8	615,4	281,9	322,8	287,0	328,5
Monetäre Sozialleistungen	452,3	456,4	460,6	228,3	228,1	230,3	230,4
abzüglich Abgaben auf soziale Leistungen[5]	77,1	78,5	80,5	39,0	39,5	40,0	40,5
Übrige Primäreinkommen[4]	449,8	455,6	477,3	243,5	212,1	253,9	223,4
Sonstige Transfers (Saldo)[6]	- 35,0	- 37,5	- 38,5	- 18,5	- 19,0	- 19,0	- 19,5
Verfügbares Einkommen	**1 378,2**	**1 400,7**	**1 434,3**	**696,2**	**704,5**	**712,1**	**722,2**
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	20,2	21,0	22,0	10,0	11,0	10,5	11,5
Konsumausgaben	1 247,1	1 266,9	1 298,1	618,7	648,2	633,0	665,1
Sparen	151,3	154,8	158,2	87,6	67,3	89,6	68,6
Sparquote (%)[7]	10,8	10,9	10,9	12,4	9,4	12,4	9,3
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr							
Masseneinkommen	0,5	2,0	1,3	1,8	2,1	1,3	1,4
Nettolöhne und -gehälter	- 0,9	2,8	1,8	2,5	3,1	1,8	1,7
Monetäre Sozialleistungen	3,0	0,9	0,9	1,1	0,7	0,9	1,0
abzüglich Abgaben auf soziale Leistungen[5]	3,8	1,8	2,5	2,1	1,5	2,6	2,5
Übrige Primäreinkommen[4]	0,2	1,3	4,8	0,1	2,7	4,3	5,3
Verfügbares Einkommen	**0,9**	**1,6**	**2,4**	**1,0**	**2,3**	**2,3**	**2,5**
Konsumausgaben	0,9	1,6	2,5	0,9	2,2	2,3	2,6
Sparen	3,4	2,3	2,2	1,7	3,1	2,3	2,0

noch: **Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland**
Vorausschätzung für die Jahre 2004 bis 2005

	2003	2004	2005	2004		2005	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates[1]							
a) Mrd. Euro							
Einnahmen							
Steuern	482,3	486,0	493,0	238,2	247,8	240,5	252,5
Sozialbeiträge	395,5	400,0	405,1	195,5	204,5	197,6	207,5
Vermögenseinkommen	15,1	11,1	12,7	5,8	5,3	7,3	5,4
Sonstige laufende Transfers	17,1	17,0	17,0	8,3	8,7	8,3	8,7
Vermögenstransfers	8,4	8,4	8,6	4,0	4,5	4,1	4,6
Verkäufe	40,3	40,3	41,1	19,1	21,2	19,0	22,1
Sonstige Subventionen	0,6	0,6	0,6	0,3	0,3	0,3	0,3
Insgesamt	**959,2**	**963,4**	**978,2**	**471,1**	**492,3**	**477,0**	**501,2**
Ausgaben							
Vorleistungen[3]	253,0	252,3	256,6	121,0	131,3	122,9	133,7
Arbeitnehmerentgelt	168,2	168,3	169,1	79,1	89,2	79,3	89,8
Vermögenseinkommen (Zinsen)	66,2	68,4	71,1	33,8	34,6	35,1	36,0
Subventionen	29,2	27,5	27,3	12,3	15,2	12,1	15,2
Monetäre Sozialleistungen	420,1	423,1	426,7	211,7	211,4	213,4	213,2
Sonstige laufende Transfers	38,1	39,6	41,9	18,4	21,2	19,4	22,5
Vermögenstransfers	36,7	35,0	35,0	19,4	15,6	18,8	16,3
Bruttoinvestitionen	31,1	30,7	30,4	13,3	17,4	13,1	17,3
Nettozugang an nichtprod.Vermögensgütern	- 1,3	- 1,3	- 1,3	- 0,6	- 0,8	- 0,6	- 0,8
Insgesamt	**1 041,3**	**1 043,5**	**1 056,7**	**508,4**	**535,2**	**513,5**	**543,2**
Finanzierungssaldo	-82,1	-80,2	-78,6	-37,3	-42,9	-36,5	-42,1
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	1,0	0,8	1,4	1,1	0,5	0,9	1,9
Sozialbeiträge	1,7	1,2	1,3	1,8	0,5	1,1	1,5
Vermögenseinkommen	- 14,2	- 26,9	14,9	- 40,0	- 4,0	26,3	2,5
Sonstige laufende Transfers	11,2	- 0,9	0,3	1,2	- 2,9	0,2	0,3
Vermögenstransfers	- 3,3	0,2	2,4	- 5,0	5,4	2,5	2,2
Verkäufe	- 0,6	0,1	2,0	0,3	0,0	- 0,2	4,0
Sonstige Subventionen	- 28,8	8,8	3,2	7,4	10,0	3,4	3,0
Insgesamt	**1,0**	**0,4**	**1,5**	**0,5**	**0,4**	**1,3**	**1,8**
Ausgaben							
Vorleistungen[3]	2,1	-0,3	1,7	-0,1	-0,4	1,6	1,8
Arbeitnehmerentgelt	0,3	0,1	0,5	0,9	-0,6	0,2	0,7
Vermögenseinkommen (Zinsen)	1,5	3,2	4,0	2,2	4,3	3,9	4,1
Subventionen	-5,3	-6,0	-0,7	-7,6	-4,6	-1,2	-0,3
Monetäre Sozialleistungen	2,6	0,7	0,8	1,0	0,5	0,8	0,9
Sonstige laufende Transfers	8,4	3,9	5,8	1,3	6,3	5,5	6,1
Vermögenstransfers	5,9	-4,6	0,0	-2,7	-6,9	-3,2	4,0
Bruttoinvestitionen	-9,4	-1,3	-1,0	1,6	-3,4	-1,8	-0,3
Nettozugang an nichtprod.Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	**1,7**	**0,2**	**1,3**	**0,4**	**0,0**	**1,0**	**1,5**

1 Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde.
2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleisteter Vermögenseinkommen.
5 Einschließlich verbrauchsnaher Steuern.
6 Empfangene abzüglich geleisteter sonstiger Transfers.
7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).
8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
9 Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen der Institute; 2004 und 2005: Prognose der Institute.